

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

HENDRIK SANDER

**DIE KLIMAGERECHTIGKEITS-
BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND
ENTWICKLUNG UND PERSPEKTIVEN**

IMPRESSUM

ONLINE-Publikationen werden herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

Redaktionsschluss: November 2016

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

HENDRIK SANDER

DIE KLIMAGERECHTIGKEITS- BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

ENTWICKLUNG UND PERSPEKTIVEN

Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HENDRIK SANDER ist freiberuflicher Politikwissenschaftler und lebt in Berlin. Seine Themenschwerpunkte sind marxistische Hegemonie- und Staatstheorie, Transformationsstrategien, soziale Bewegungen, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Energiepolitik. Er ist aktiv bei Attac und der Interventionistischen Linken.

Vom Autor ist in der Reihe Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits erschienen: «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung (zusammen mit Tobias Haas, Februar 2013); Die Zukunft von Attac. Stärken, Probleme, Handlungsoptionen (Februar 2016).

EXECUTIVE SUMMARY

Spätestens seit dem UN-Klimagipfel 2015 in Paris ist klar, dass die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden muss. Die bisher in Deutschland ergriffenen Maßnahmen reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um die notwendige radikale Reduktion der Treibhausgasemissionen herbeizuführen, geschweige denn, dass sie einen solchen tief greifenden Transformationsprozess sozial gerecht und demokratisch gestalten. Die Hoffnung der Linken liegt deshalb auf der neuen kapitalismuskritischen, aktionistischen und graswurzelorientierten Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich in Deutschland seit 2007 herausgebildet hat. In der vorliegenden Studie soll die bisherige Entwicklung der Bewegung rekonstruiert werden, um ihren aktuellen Stand zu verstehen und aus den gemachten Erfahrungen – Erfolgen wie Niederlagen – zu lernen. Neben der Analyse von Strategiepapieren und -artikeln basiert sie vor allem auf 13 Experteninterviews mit VertreterInnen und KennerInnen der Bewegung. Nachdem einführend ihre historischen und internationalen Rahmenbedingungen, ihre wesentlichen Akteure und ihr inhaltliches Selbstverständnis skizziert werden, liegt der Schwerpunkt der Studie darauf, die verschiedenen Phasen und strategischen Ansätze innerhalb der Bewegung nachzuzeichnen.

Die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung entstand aus Debatten in der globalisierungskritischen Bewegung nach dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Ihr erster praktischer Ausdruck war die Beteiligung an einem Klima- und Antirassismus-Camp im Sommer 2008 in Hamburg, das sich vor allem gegen das neue Steinkohlekraftwerk Moorburg richtete. In der Folgezeit konzentrierten sich die neu gegründeten linken Klimagruppen auf die Mobilisierung zu dem internationalen Klimagipfel Ende 2009 in Kopenhagen, um eine globale Klimabewegung mit aufzubauen. Nach den insgesamt enttäuschenden Gipfelprotesten erfuhr die deutsche Bewegung eine Krise und strategische Neuausrichtung. Die Bewegungsakteure wandten sich von den kampagnenförmigen Gipfelmobilisierungen ab und lokalen bzw. regionalen Kämpfen um Klimagerechtigkeit zu. Dabei fungierte das Konzept der Energiedemokratie als neuer politischer Orientierungspunkt.

In dieser Phase bildeten sich zwei Flügel der Bewegung heraus. Der sozial-ökologische Bewegungsflügel setzte darauf, in konkreten Kämpfen in den Städten die soziale und ökologische Frage miteinander zu verbinden, um daraus hegemoniefähige Ansätze einer radikalen gesellschaftlichen Transformation zu entwickeln. In mehreren Städten starteten Klimagruppen Kampagnen für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr sowie Volksbegehren für die Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energieversorgung. Der global-ökologische Bewegungsflügel orientierte hingegen darauf, aus einer Perspektive der globalen Klimagerechtigkeit die wesentlichen CO₂-Verursacher, die *carbon majors*, anzugreifen, um eine radikale Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Die entsprechenden Graswurzelgruppen fokussierten auf die Braunkohleindustrien im Rheinland und in der Lausitz. Seit 2010 organisierten sie dort regelmäßig Klimacamps, von denen aus Protestaktionen gegen die Tagebaue und Kraftwerke starteten.

Während die sozial-ökologischen Ansätze in den letzten Jahren in strategische Orientierungsschwierigkeiten gerieten, konzentrierten sich alle wesentlichen Akteure der Klimagerechtigkeitsbewegung spätestens ab 2015 auf die neue global-ökologische Kampagne «Ende Gelände», die der Bewegung einen immensen Auftrieb verschaffte. Sie setzte sich zum Ziel, ungehorsame Massenaktionen für einen sofortigen Kohleausstieg zu organisieren. In einer Aktion zivilen Ungehorsams blockierten im Sommer 2015 über tausend Menschen einen

Tagebau im Rheinischen Kohlerevier. Diese Aktion führte zu einer massiven Stärkung der radikalen Klimabewegung und hatte eine große internationale Ausstrahlung. Eine weitere Steigerung gelang bei der Folgeaktion im Frühjahr 2016 in der Lausitz, bei der mehr als viertausend AktivistInnen für mehrere Tage die Kohleinfrastruktur lahmlegten. Zum viel beachteten UN-Klimagipfel Ende 2015 in Paris mobilisierten die deutschen Klimagruppen hingegen aufgrund der Erfahrungen von Kopenhagen kaum. Auch wenn insgesamt viele Menschen an den Protesten in der französischen Hauptstadt teilnahmen, blieb deren Wirkung begrenzt.

Schließlich wird in der vorliegenden Studie diskutiert, wie die Klimagerechtigkeitsbewegung eine größere politische Wirkung entfalten könnte und was es hieße zu «gewinnen». Dabei werden verschiedene Sichtweisen aus der Bewegung vorgestellt und gegeneinander abgewogen. Diese sind in einem Spannungsverhältnis zu verorten zwischen dem Aufbau einer eigenständigen Bewegung, die auf die Überwindung des Kapitalismus orientiert, und der Zusammenarbeit mit vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren, um konkrete realpolitische Ziele zu erreichen. Abschließend werden verschiedene Perspektiven auf die strategischen Herausforderungen der Bewegung in den nächsten Jahren diskutiert. Diese bewegen sich zwischen zwei Optionen: einerseits «Ende Gelände» fortzuführen und weiterzuentwickeln und andererseits wieder verstärkt eine lokale (städtische) Praxis zu entfalten, die neue sozial-ökologische Ansätze erprobt.

INHALT

1	Einleitung	4
2	Grundlagen	5
2.1	Die Umweltbewegung von ihren Anfängen bis heute	5
2.2	Die Entstehung der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung	6
2.3	Akteure der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung	6
2.4	Grundkonsens und Kontroversen in der Bewegung	7
3	Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung	10
3.1	Konstituierung nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm	10
3.2	Die erste Phase der Bewegung: Klimacamp in Hamburg und Gipfelproteste in Kopenhagen	10
3.3	Die zweite Phase der Bewegung: Umbruch und Neuorientierung nach Kopenhagen	12
3.4	Der sozial-ökologische Bewegungsflügel: Kostenloser Nahverkehr und Energiedemokratie	13
3.5	Der global-ökologische Bewegungsflügel: Anti-Kohle-Kämpfe und Klimacamps	19
3.6	Die jüngste Phase der Bewegung: «Ende Gelände»	23
3.7	Exkurs: Bedeutung des Klimagipfels in Paris	26
4	Zur Wirksamkeit der Klimagerechtigkeitsbewegung	28
5	Strategische Perspektiven zukünftiger Klimakämpfe	32
6	Literatur	39

1 EINLEITUNG

Beim UN-Klimagipfel Ende 2015 in Paris beschlossen die versammelten StaatenlenkerInnen, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das Problem des Klimawandels scheint gelöst. Stutzig macht nur, dass das Budget der Emissionen, die global maximal noch ausgestoßen werden dürfen, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, fast aufgebraucht ist. Notwendig wäre also eine Vollbremsung beim CO₂-Ausstoß von Energieproduktion, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Konsum – vor allem in den Ländern des Globalen Nordens. Tatsächlich wird insbesondere in Deutschland seit Jahrzehnten über den Klimawandel diskutiert, Umweltverbände setzen sich für eine entschlossene Klimapolitik ein, Unternehmen werben in ihrer PR-Arbeit mit grünen Investmentstrategien und die Politik hat mit den Jahren eine Vielzahl von Regulierungen zum Schutz des Klimas eingeführt. Das Problem ist nur: Diese Politiken sind bei Weitem nicht ausreichend, die Treibhausgasemissionen radikal zu reduzieren. Noch weniger sind sie dazu geeignet, den nötigen Transformationsprozess demokratisch und gerecht zu gestalten. Denn sie reproduzieren die Handlungslogiken und Strukturen der etablierten Produktions- und Lebensweise, obwohl diese selbst die wesentliche Ursache für die umfassende Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist (Klein 2015).

Beim globalen Klimagipfel 2007 in Bali gründete deshalb eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor allem aus dem Globalen Süden das neue Netzwerk *Climate Justice Now! (CJN!)*, das einen konfrontativen Weg einschlägt, um für echte Klimagerechtigkeit zu kämpfen. Auch in Deutschland entstand 2007 nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm eine aktionistische und kapitalismuskritische Klimabewegung. Sie brachte sich in ein Klima- und Antirassismus-Camp in Hamburg ein und mobilisierte zum Klimagipfel in Kopenhagen 2009. Nach dem Gipfelprotest fand ein Umbruch und eine Neuorientierung in der Bewegung statt. Sie wandte sich nun vor allem lokalen Energiekämpfen zu. In Städten wie Hamburg, Berlin und Tübingen stritten linke Klimagruppen für eine demokratisierte kommunale Energieversorgung und einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr, gegen örtliche Kohlekraftwerke und Stromabklemmungen. In den beiden großen Braunkohlerevieren der Bundesrepublik, dem Rheinland und der Lausitz, starteten aktionistische Gruppen jährliche Klimacamps, um gegen die verheerende fossilistische Industrie zu protestieren (Kössler 2013). Seit 2015 kommt die gesamte Bewegung wieder in der Kampagne «Ende Gelände» zusammen, die mit Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Kohlewirtschaft vorgeht und damit eine große öffentliche Ausstrahlung erreicht.

In der vorliegenden Studie wird die Entwicklung der Klimabewegung nachgezeichnet, um Lehren aus den bisherigen Erfahrungen zu ziehen. Allerdings muss an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen werden, dass nicht die Klima- oder gar Umweltbewegung im weiteren Sinne betrachtet wird, die auch Umweltverbände, Bürgerinitiativen und so weiter einschließt. Der Fokus der vorliegenden Studie richtet sich vielmehr auf die graswurzelorientierte, kapitalismuskritische und aktionistische *Klimagerechtigkeitsbewegung*. Es werden immer wieder die wichtigen politischen Beiträge anderer Akteure gewürdigt, allerdings nur insofern sie mit der Entwicklung der radikalen Klimabewegung zusammenhängen.

In der Studie werden die aktionsorientierten Klimagruppen zunächst im historischen Kontext der breiteren deutschen Umweltbewegung und der internationalen Klimabewegung verortet. Die wesentlichen Akteure, Konsense und Kontroversen der Klimagerechtigkeitsbewegung werden skizziert. Im Hauptteil der Studie werden die verschiedenen Stationen und Kampffelder der Bewegung, die jeweiligen strategischen Überlegungen und die Verläufe der Kampagnen beleuchtet. Die Studie soll auch – vor dem Hintergrund dieser Analyse – die kommenden Herausforderungen und die strategischen Handlungsoptionen der Bewegung diskutieren. Dazu sollen die Fragen aufgeworfen werden, was es für sie überhaupt hieße, Erfolg zu haben, und wie sie gesellschaftlich wirksam werden kann. Abschließend sollen mögliche zukünftige Schwerpunktsetzungen und Entwicklungsrichtungen für die Bewegung vorgestellt und ihre jeweiligen Vorzüge und Schwierigkeiten abgewogen werden.

Die Studie basiert auf langjährigen Erfahrungen des Autors in der Bewegung. Ferner wurden die wesentlichen strategischen Debatten der letzten Jahre in Form von Zeitschriftenartikeln (insbesondere in der Zeitschrift *Analyse & Kritik*) und Strategiepapieren rezipiert. Vor allem wurden 13 Experteninterviews mit AktivistInnen der Bewegung und ihr nahestehenden Personen durchgeführt. Gespräche haben stattgefunden mit VertreterInnen von Attac, der Interventionistischen Linken, AusgeCO₂hlt, Gegenstrom Berlin, der Bundeskoordination Internationalismus und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie aus Hamburg, Berlin, Leipzig, Verden (Aller) und Bonn. Zudem wurden MitarbeiterInnen bzw. Aktive von Robin Wood, Campact, den Naturfreunden Deutschland und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) befragt. Alle Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet. Auf Grundlage der Audiomitschnitte wurden kurze Protokolle angefertigt, die wiederum mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Die Gespräche wurden anonymisiert, um die InterviewpartnerInnen zu schützen und ihnen eine freiere Darstellung ihrer Erfahrungen und Sichtweisen zu ermöglichen. Deswegen werden die befragten Personen mit den Kürzeln «I1» bis «I13» bezeichnet. Darüber hinaus werden jedoch keine Informationen zu ihnen benannt.

2 GRUNDLAGEN

2.1 Die Umweltbewegung von ihren Anfängen bis heute

Die Anfänge der deutschen Umweltbewegung datieren auf die frühen 1970er Jahre, als sich die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammengeschlossenen Umweltinitiativen zunehmend radikalisierten. Hintergrund war die Abkehr der damaligen Bundesregierung von der relativ ehrgeizigen Umweltpolitik des Spätfordismus. Sie konnten viele Menschen zu konfrontativen Aktionen gegen zerstörerische Industrieprojekte mobilisieren. Ihre Basis lag in einem neuen alternativen Milieu, das aus den Kämpfen von 1968 hervorgegangen war. In den 1980er Jahren begann sich die Bewegung jedoch zunehmend zu professionalisieren und zu institutionalisieren: «Die Umweltbewegung hat sich [...] mehr und mehr von einer Protest- zu einer proaktiven Umsetzungsbewegung gewandelt. Spektakuläre Aktionen und große Demonstrationen sind einem professionellen, lösungsorientierten Engagement auf den verschiedenen Ebenen gewichen» (Brand 2008: 242). Auf den Druck der Bewegung hin wurden zwar durchaus neue Umweltpolitiken entwickelt und zum Beispiel das Bundesumweltministerium gegründet. Die dominanten Akteure folgten dabei aber dem neuen Konzept der *ökologischen Modernisierung*, das die der ökologischen Krise zugrunde liegenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse gerade nicht infrage stellt. Folglich wurden die adressierten sozial-ökologischen Probleme keineswegs gelöst (Jänicke 2008; kritisch Barth 2014).

In diesem Prozess gewannen die Umweltverbände an Bedeutung, die auf einen kooperativen Politikstil setzten. Als eine zweite Akteursgruppe behielten auch Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle, die sich – in der Regel vor Ort – gegen zahlreiche umstrittene Infrastrukturprojekte wandten. Drittens existierten radikalere Akteure und Aktionsformen in der Umweltbewegung zwar weiter, verloren aber ihre prägende Rolle. Andersherum ließ auch das Interesse der radikalen Linken an ökologischen Fragen erheblich nach. Dieses Phänomen war auch im Bereich der Energiepolitik zu beobachten. War das Experimentieren alternativer Akteure mit erneuerbaren Energien in seinen Anfängen noch in eine umfassende Gesellschaftskritik und -utopie eingebettet, wandelten sich die Hersteller und Betreiber der regenerativen Anlagen sukzessive zu einer wohlhabenden Mittelklasse und zu einer neuen grünen Kapitalfraktion (Mautz/Byzio/Rosenbaum 2008; Haas/Sander 2013). Auch gegen Kohlekraftwerke und Tagebaue – vor allem im Rheinland – bildeten sich schon früh Bürgerinitiativen. Sie blieben jedoch regional und auf ihr Fachthema beschränkt und konnten keine übergreifende Bewegungsdynamik entfalten.

Nur bei der Anti-Atom-Bewegung ließ sich eine andere Entwicklung feststellen, die zweifellos die stärkste Teilbewegung in der ökologischen Protestszene war. Ihr Erfolg wurzelte in dem tiefen Misstrauen, das die Bevölkerung von Anfang an der neuen Technologie entgegenbrachte. Ihr Coming-out erlebte die Bewegung mit der erfolgreichen Bauplatzbesetzung in Wyhl im Jahre 1975. Es folgten die mit zunehmender Vehemenz geführten Kämpfe gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf, den «Schnellen Brüter» in Kalkar und die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) in Gorleben und Wackersdorf (Roose 2010; Radkau/Hahn 2013: 288–311). Die Anti-AKW-Bewegung konnte sich in den lokalen Bevölkerungen an den Atomstandorten verankern, wachsende Teile der Öffentlichkeit für sich gewinnen und nicht wenige Projekte der Atomindustrie kippen. Aber Wirtschaft und Politik hielten unbeirrt an der Atomkraft fest. Über Jahrzehnte prägte der Atomkonflikt die deutsche Gesellschaft wie kein anderer. Die verheerende Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 kann als Wendepunkt dieses Konflikts gelten. Sie verlieh der Anti-Atom-Bewegung neuen Auftrieb und trug die Kämpfe um die Atompolitik in die Staatsapparate. In den 1990er Jahren erlebte die Bewegung nach einer gewissen Latenzphase einen neuen Aufschwung mit den Protesten gegen die Castortransporte nach Ahaus und Gorleben. Das Wendland, das seit den Kämpfen gegen die WAA von einer nachhaltigen Widerstandskultur geprägt war, wurde wieder zum Zentrum der Bewegung. Den von der neuen rot-grünen Bundesregierung 2000 ausgehandelten Atomkompromiss lehnten die meisten Anti-Atom-Akteure ab. Durch den sogenannten Ausstieg wurde die Bewegung in ihrer Breite zwar befriedet. Die Proteste gegen die Castortransporte ins Wendland gingen aber mit unverminderter Heftigkeit weiter (Corbach 2006: 95–98).

Eine systemkritische Umweltbewegung war in den 1990er Jahren nicht nur zwischen Lüneburg und Gorleben zu finden. Zum einen diskutierte die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) anlässlich der viel beachteten Studie «Zukunftsfähiges Deutschland» (Loske/Bleischwitz 1998) kritisch das Konzept der Nachhaltigkeit und forderte die Abwicklung des nördlichen Entwicklungsmodells (Spehr 1996). Diese Debatte führte damals noch nicht zur Bildung neuer Protestgruppen, wurde aber in den kritischen Sozialwissenschaften fortgeführt (Brand/Görg 2002). Zum anderen radikalisierten sich Ende der 1980er Jahre viele Aktive in den Jugendverbänden von Umwelt-NGOs; eine ganze Reihe von AktivistInnen verließ die Verbände. Aus diesen Prozessen entstand Anfang der 1990er Jahre die radikal-ökologische und herrschaftskritische *Jugendumweltbewegung*. Ihr wesentlicher Kristallisationspunkt waren die jährlichen *Jugendumweltkongresse*, die zu Spitzenzeiten von über tausend TeilnehmerInnen besucht wurden. Innerhalb der Bewegung bildeten öko-anarchistische Gruppen (s. u.) eine starke Strömung, die sich unter anderem in sogenannten *Projektwerkstätten* organisierten.

Zwar finden die Kongresse weiterhin in unregelmäßigen Abständen statt. Die Bewegung verlief sich jedoch Anfang des neuen Jahrtausends. Abgesehen von der Anti-Atom-Bewegung und kleineren radikal-ökologischen Protestgruppen formierte sich erst 2007 mit der Klimagerechtigkeitsbewegung wieder eine aktionsorientierte und gesellschaftskritische Bewegung im Bereich der Umweltpolitik. Für deren Entwicklung spielten Veränderungen im zivilgesellschaftlichen Feld der internationalen Klimapolitik eine prägende Rolle.

2.2 Die Entstehung der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung

Noch in den 1990er Jahren waren die Nichtregierungsorganisationen die bestimmenden zivilgesellschaftlichen Akteure in der internationalen Klimapolitik (Walk/Brunnengräber 2000). Seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro bestimmten die pragmatischen NGOs aus dem Globalen Norden, die sich mit dem *Climate Action Network (CAN)* ein gemeinsames Dach geschaffen hatten, das Bild der internationalen Klimadiplomatie (Unmüßig 2011). Seit einigen Jahren hat sich allerdings eine neue globale Klimabewegung herausgebildet. Waren die ersten UN-Klimagipfel von einer Konsensorientierung aller Akteure geprägt, gewinnen seit einiger Zeit wieder kritischere und protestorientierte Bewegungsgruppen an Bedeutung (Garrelts/Dietz 2013; Dietz 2013). WissenschaftlerInnen wie Achim Brunnengräber ordnen dieses Phänomen in einen umfassenderen Bewegungszyklus ein. So sei auch die transnationale Occupy-Bewegung ein Ausdruck dieses neuen Zyklus' sozialer Kämpfe gewesen (Brunnengräber 2012). Er weist jedoch darauf hin, dass die neuen Bewegungen kein widerspruchsfreies Phänomen sind. Vielmehr ließen sie einen hybriden Charakter erkennen, zumal auch etablierte Umweltverbände Teil der Bewegungen seien (Brunnengräber 2013). Auf dem Klimagipfel 2007 in Bali schlossen sich mehrere progressive Süd-NGOs zum neuen Netzwerk *Climate Justice Now!* zusammen. Bald stießen neue Gruppen hinzu und auch die offiziellen UNFCCC-Institutionen (engl. United Nations Framework Convention on Climate Change; Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen) erkannten das Netzwerk als legitime Vertretung der Zivilgesellschaft neben CAN an. Dieser Prozess war Ausdruck einer Spaltung und Verschiebung im gesamten zivilgesellschaftlichen Feld und leitete eine Repolitisierung der internationalen Klimapolitik ein. CJN! kritisiert die sogenannten *false solutions* der herrschenden Klimapolitik, will stattdessen die grundlegenden Ursachen der Klimakrise angehen und setzt sich unter der Parole der Klimagerechtigkeit für eine tief greifende Veränderung des globalisierten Kapitalismus ein. Ferner begleitet das Netzwerk den offiziellen UN-Prozess nicht nur kritisch, sondern wendet auch verstärkt protestorientierte und konfrontative Aktionsformen an. Auch in Europa und Nordamerika entstanden in diesem Kontext neue Graswurzelbewegungen, die das Konzept der Klimagerechtigkeit aufgriffen. Vor allem in Großbritannien bildete sich mit den *Camps for Climate Action* ab 2006 früh eine eigenständige kapitalismuskritische Klimabewegung heraus (Frenzel 2011). Die bewegungsorientierten Gruppen aus dem Süden und dem Norden fanden beim umstrittenen Klimagipfel 2009 in Kopenhagen einen gemeinsamen Kristallisationspunkt, indem sie ihre Aktivitäten und Proteste dort eng koordinierten (Rest 2011; della Porta/Parks 2013; Bedall 2014). Von den entsprechenden Klimagerechtigkeitsgruppen in Deutschland handelt diese Studie.

2.3 Akteure der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung

Bevor der Entstehungsprozess der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung rekonstruiert wird, sollen zunächst einige ihrer wesentlichen Grundlagen benannt werden. Dafür sollen einleitend die wichtigsten Akteure der Bewegung vorgestellt werden:

- *Attac*:¹ Das globalisierungskritische Netzwerk war von Anfang an bei der Entwicklung der neuen Klimakampagnen dabei. Vor allem die im Januar 2009 gegründete bundesweite Arbeitsgruppe «Energie.Klima.Umwelt» (EKU-AG) gewährleistet die Anbindung von Attac an die Bewegung. Darüber hinaus ist eine Reihe von Lokalgruppen in der Bewegung aktiv. Zeitweise engagierten sich AktivistInnen von NOYA, der Attac-Jugend, bei den verschiedenen Protesten. Die Stärke des Netzwerks Attac liegt darin, dass es eine bundesweite öffentliche Ausstrahlung hat und ein Scharnier zu den etablierten Umweltverbänden bildet.
- *Interventionistische Linke (IL)*:² Auch die postautonome IL war seit 2007 in der entstehenden Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Vor allem die Ortsgruppen Hamburg, Berlin und Leipzig, aber auch IL-AktivistInnen aus anderen Städten unterstützen die Klima- und Energiekämpfe. Die IL trägt zur Kontinuität der Bewegung bei. Zudem liegt ihr Vorteil darin, dass sie in vielen Städten vertreten ist, über viel Erfahrung mit Aktionen zivilen Ungehorsams verfügt und eine aktionistische, linksradikale Szene mobilisieren kann.
- *Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)*:³ Ein wichtiger Ideengeber für die Bewegung ist der *Arbeitschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (AS GesNat)* der BUKO. Er organisiert in loser Folge theoretisch inspirierte Seminare zu sozial-ökologischen Fragen und stößt Debattenreihen in linken Zeitschriften

1 Vgl. die Webseite der globalisierungskritischen NGO unter: www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite.

2 Vgl. die Webseite der Organisation unter: www.interventionistische-linke.org/projekt/ende-gelaende.

3 Vgl. die Webseite der Organisation unter: www.buko.info/arbeitsschwerpunkte/ges-naturverhaeltnisse.

- an. Seine Positionspapiere zur Kritik der Klimagipfel in Kopenhagen und Paris wurden stark in der Bewegung rezipiert (BUKO AS GesNat 2015). Die Diskussionen bei den GesNat-Seminaren und den *Bundeskongressen Internationalismus* haben bisweilen eine nicht zu unterschätzende strategische Orientierungsfunktion für die KlimaaktivistInnen. Der Arbeitsschwerpunkt fungiert gewissermaßen als ein Thinktank der Bewegung.
- *AusgeCO₂hlt*:⁴ Unter diesem Namen fanden sich 2011 zunächst verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus dem Widerstand gegen das Rheinische Braunkohlerevier in einer Vernetzungsplattform zusammen. 2012 konstituierte sich *AusgeCO₂hlt* dann als eigenständige Gruppe, die seitdem vor allem die regelmäßigen Klimacamps im Rheinland organisiert. Sie ist eine der treibenden Kräfte der Anti-Kohle-Bewegung in der Region. Politisch weist sie starke Bezüge zum Öko-Anarchismus auf, verfolgt dabei aber eine pragmatische, bündnisorientierte Strategie.
 - *Gegenstrom Berlin*:⁵ Die Gruppe wurde nach dem Hamburger Klima- und Antirassismus-Camp 2008 gegründet, um der Bewegung kontinuierliche und lokale Strukturen zu geben. Sie beteiligt sich an Klimaaktionen in Berlin und auf bundesweiter Ebene. Vor allem organisiert sie seit 2011 jedes Jahr ein Klimacamp gegen die Kohleindustrie in der Lausitz mit. Sie ist dem postautonomen Spektrum zuzurechnen.
 - *Weitere lokale Klimagruppen*: Darüber hinaus wurden im Laufe der Jahre in einer Reihe von weiteren Städten lokale Klimaaktionsgruppen gegründet, die zum Teil aber nur wenige Jahre bestanden und sich dann wieder in andere Gruppen auflösten. Zu erwähnen sind etwa *Klimagerechtigkeit Leipzig*, *Atmospheric Disorder* (Hamburg), *Bewegt autofrei maximal sozial/Bams!* (Hannover) und *Café 2 Grad* (Frankfurt am Main, besteht weiterhin).
 - *Hambacher Forst*⁶ und *LAUtonomia*:⁷ AktivistInnen aus einem radikalen öko-anarchistischen Spektrum besetzten 2012 den Hambacher Forst, der jedes Jahr für den Braunkohletagebau Hambach weiter abgebaggert wird. Der lose Zusammenschluss von individuellen AnarchistInnen sorgt immer wieder für die Besetzung der von Rodung bedrohten Bäume, die ein aufs andere Mal mit großer Brutalität von Polizei und RWE-Werkschutz geräumt wird. Anfang 2016 organisierten AktivistInnen aus demselben Spektrum zudem unter dem Namen *LAUtonomia* eine Waldbesetzung beim Tagebau Nochten 1 in der Lausitz.

In der ersten Phase der Klimabewegung existierten ferner eine Reihe von *Klimaplena* in Städten wie Bremen, Hamburg und Berlin. Die meisten haben sich inzwischen allerdings aufgelöst. Auch antirassistische Gruppen wie *NoLager Bremen/Afrique-Europe-Interact* und das *Antirassismusbüro Bremen (ARAB)* waren in den ersten Jahren stärker in der Bewegung aktiv, zogen sich nach dem Kopenhagen-Gipfel aber zurück. Schließlich beteiligten sich linke Parteilugenden wie die *Linksjugend Solid* und die *Grüne Jugend* am Anfang noch recht intensiv an den Klimaprotesten. All die genannten Akteure kooperierten von Anfang an in gemeinsamen Netzwerken. Eine Reihe von Aktiven verließen zwar die Bewegung und viele Neue kamen hinzu – trotzdem weisen ihre Kerne eine relativ große Kontinuität auf, die sich zuerst im *Klima!Bewegungsnetzwerk (K!BN)*, später im Netzwerk *Energiekämpfe in Bewegung (EKiB)* und dann in der Kampagne *«Ende Gelände»* zusammenschlossen. Auf europäischer Ebene vernetzt sich die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung außerdem im Netzwerk *Climate Justice Action (CJA)* mit Klimagruppen aus anderen Ländern.

2.4 Grundkonsens und Kontroversen in der Bewegung

Grundkonsens: Im Jahre 2007 formulierte das oben bereits erwähnte Antirassismusbüro Bremen in seinem wegweisenden Text *«Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat»* eine These, die Analyse und Kritik der radikalen Klimabewegung auf den Punkt bringt: *«Der Ort des Klimawandels ist nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion»* (Antirassismusbüro Bremen 2007: 1). Die AktivistInnen wandten sich gegen eine Deutung des Klimawandels als Menschheitsproblem, das gewissermaßen von außen über die Zivilisation hereinbricht. Der hegemoniale Klimadiskurs unterstellt, dieses Problem könne gelöst werden, wenn Staaten, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam an einem Strang zögen, wenn die Politik dem Markt die richtigen Anreize setze, um ökologischere Technologien zu entwickeln, und wenn die Menschen individuell auf ihre Konsumansprüche verzichteten. Zu den *false solutions* werden auch Carbon Capture and Storage (CCS) und Geoengineering, Fracking und Atomkraft, Biotreibstoffe und erneuerbare Großkraftwerke gezählt (Desertec,⁸ Offshore-Windenergie, Riesenstaudämme). Die herrschende Bearbeitungsstrategie zielt letztlich darauf, auf dem Wege einer ökologischen Modernisierung einen grünen Kapitalismus zu etablieren, der die sozial-ökologischen Widersprüche reproduziert, die in der kapitalistischen Produktionsweise wurzeln

4 Vgl. den Internetauftritt der Bewegung unter: www.ausgeco2hlt.de.

5 Vgl. die Webseite der Gruppe unter: www.gegenstromberlin.net.

6 Vgl. die Informationen auf der Webseite der AktivistInnen unter: <http://hambacherforst.blogspot.de>.

7 Vgl. die Informationen auf der Webseite der WaldbesetzerInnen unter: <http://lautonomia.blogspot.eu>.

8 Desertec bezeichnet Pläne, in der Sahara einen Verbund großflächiger Solaranlagen aufzubauen, um damit Energie für Nordafrika und Europa zu gewinnen. Bisher ist die Idee jedoch nicht über ein frühes Planungsstadium hinausgekommen.

(Kaufmann/Müller 2009; Sander 2016). Eine befragte Aktivistin kritisiert diese Hoffnung auf eine technologische Revolution, mit der Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum vermeintlich unendlich fortgesetzt werden könnten:

Das ist für mich keine Revolution. Ich finde diese Gleichsetzung von Technologien und [Revolutionen] oder den Glauben daran, dass Technologien alleine systemverändernd sein können oder eine Revolution auslösen können, [...] verrückt. Dem kann ich nicht zustimmen, [...] weil ich denke, dass Technologien nicht revolutionärer sein können als die Machtstrukturen, innerhalb derer sie verwendet werden. Eigentlich können nur Menschen revolutionär [sein]. (I 8)

Vor diesem Hintergrund adressiert die Klimagerechtigkeitsbewegung ebendiese Machtstrukturen und die kapitalistische Profitlogik, die als eigentliche Ursachen einer umfassenden Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse begriffen werden. Denn die ökologischen Probleme sind eng mit sozialen Ungleichheiten, mit gesellschaftlichen Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen verbunden. Mit ihrer Parole «System change, not climate change!» insistiert sie darauf, dass die Gesellschaft grundlegend verändert werden muss, um die Klimakrise lösen zu können. Diese radikale Transformation solle darauf zielen, dass die Menschen unmittelbar und kollektiv über die Gestaltung der Naturverhältnisse entscheiden können und die Aneignung der Natur gerecht und nachhaltig gestaltet wird. Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen sollen auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet werden, sodass die jeweils Betroffenen die gesellschaftlichen Infrastrukturen und natürlichen Ressourcen in Form von öffentlichen Gemeingütern kontrollieren können (Brand 2011: 168–176). Für alle Menschen sollen gleiche soziale Rechte gewährleistet sein. In diesem Sinne machen Akteure der Klimabewegung die Konzepte und Forderungen nach *Klimagerechtigkeit*, *Energiedemokratie* und *Vergesellschaftung* stark (Brand et al. 2009; Weis/Becker/Naumann 2015; Interventionistische Linke o. J.). Um solche alternativen gesellschaftlichen Entwürfe zu ermöglichen, müssten vor allem die großen Energiekonzerne, die die AktivistInnen als Hauptgegner ausmachen, enteignet und aufgelöst werden (Initiative K 2008; Methmann/Sander/Sundermann 2008). Nicht zuletzt macht die Degrowth-Debatte deutlich, dass die verheerende kapitalistische Wachstumslogik überwunden werden muss, um einer klimagerechten Gesellschaft Platz zu machen (Schmelzer/Passadakis 2011).

Schließlich weisen die Bewegungsakteure die Vorstellung zurück, das Klimaproblem könne gelöst werden, indem an die Politik appelliert werde, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Damit grenzt sie sich auch vom kooperativen Politikstil vieler etablierter Umwelt-NGOs ab. Vielmehr betonen die KlimaaktivistInnen, dass echte Klimagerechtigkeit nur im Konflikt mit Politik und Wirtschaft von unten durchgesetzt werden kann. Die Menschen müssten den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen. In der subversiven Praxis einer aktionistischen Klimabewegung könnten sie tatsächliche Ermächtigungserfahrungen machen und selbsttätig werden, um eigene Lösungen für die sozial-ökologische Krise zu erkämpfen.

Kontroversen: Jenseits dieses gemeinsamen Grundverständnisses in der graswurzelorientierten Klimabewegung sind jedoch auch einige strategische Kontroversen und unterschiedliche Herangehensweisen festzustellen, die die Debatten und Kampagnen der letzten Jahre durchziehen. *Erstens* sind zwei Hauptströmungen in der Bewegung zu unterscheiden: *Postautonome* Gruppen wählen eher Forderungen und Aktionsformen, die dazu geeignet sind, vielen Menschen einen niedrigschwelligen, berechenbaren Rahmen zum Mitmachen anzubieten, Bündnisse und Solidarisierungen in der Breite der Gesellschaft zu organisieren und die eigenen Ziele der Öffentlichkeit zu vermitteln. Sie zielen also vor allem auf die gesellschaftliche Hegemonie. Demgegenüber versuchen *öko-anarchistische* Gruppen viel stärker, ihre herrschaftskritischen und emanzipatorischen Ideale in ihrer Praxis direkt zu verwirklichen, ohne zu viele Zugeständnisse an die hegemonialen Formen von Politik zu machen. Sie setzen mehr auf die Kreativität und Konspirativität von Kleingruppen, die durch ihr unmittelbares Eingreifen die herrschenden Abläufe (wie etwa den Betrieb der Kohleindustrie) unterbrechen sollen. Sie zielen also darauf, einen radikalen Gegenpol und utopische Inseln im Bestehenden zu schaffen, die sich sukzessive ausbreiten sollen. Ein Gesprächspartner hat die unterschiedlichen strategischen Perspektiven der beiden Spekturen treffend beschrieben:

Was sind die Ziele der Arbeit? Was sollen die Ziele sein? Da gibt es, denke ich, Unterschiede. Es gibt ein Lager, das eher auf Diskursintervention aus ist, öffentliche Debatten beeinflussen will durch seine Aktivitäten, die dann in dem Sinne eher einen symbolischen Charakter haben, weil sie etwas vermitteln wollen, etwas ausdrücken wollen. Und das andere Lager, das dem gegenübersteht, [...] versucht eher, durch seine Aktivitäten einen realen Wandel einzuleiten, sprich beispielsweise die Tagebaubagger anzuhalten, da wirtschaftlichen Schaden hervorzurufen, Kraftwerke runterzufahren. (I 3)

Zweitens wurde insbesondere in den Anfängen der Bewegung stark diskutiert, ob die Klimakrise eher im Sinne einer ideologiekritischen Diskursintervention aufgegriffen werden sollte oder ob strategische Ansätze entwickelt werden sollten, um praktisch in die Ausgestaltung der Klima- und Energiepolitik einzugreifen. Die einen argumentierten, der Klimawandel müsse als Teil einer komplexen Krise der Naturverhältnisse dechiffriert wer-

den, dessen herrschende Deutung und Bearbeitung kritisch analysiert werden müsse. Vor allem warnten sie, dem vermeintlichen Zeitdruck des offiziellen Klimadiskurses zu folgen, der einem wenig emanzipatorischen *Katastrophismus* das Wort rede (BUKO Arbeitsgruppe Soziale Ökologie 2008; Brand/Köhler/Wissen 2008). Dementgegen forderten andere, die Realität und Dringlichkeit des Klimawandels ernstzunehmen. Es müssten Klimagruppen aufgebaut und strategische Ansätze entwickelt werden, die in der Lage seien, die herrschende Klimapolitik praktisch infrage zu stellen und gerechte Alternativen durchzusetzen, um die globale Erwärmung zumindest abzubremesen (Müller 2008; Bernau 2008; Sander 2008; Müller/Passadakis 2008).

Drittens diskutierte die Bewegung kontrovers darüber, welche Konsequenzen die eigenen Analysen und Forderungen für die etablierten Konsumansprüche haben. Weitgehende Einigkeit wurde darüber hergestellt, dass die ökologische Krise eine grenzenlose Bedürfnisbefriedigung nach dem Motto «Alles für alle» infrage stellt. Vielmehr müsse es in einer befreiten Gesellschaft darum gehen, demokratisch auszuhandeln, wie die begrenzten Naturressourcen gerecht verteilt werden können, und auch, welche Formen des Konsums nicht tragbar sind (Avanti – Projekt undogmatische Linke 2009). Innerhalb der Bewegung herrscht allerdings ein breiter Konsens darüber, dass in der gegenwärtigen Politik eine individualisierte Verzichtsdebatte zurückgewiesen werden muss und die *carbon majors*, die großen CO₂-emittierenden Konzerne, als eigentliche Verursacher der Klimakrise angegriffen werden müssen. Minderheitenstimmen weisen jedoch darauf hin, dass auch die Frage des Konsums politisch zum Thema gemacht werden müsse (Methmann 2008). Es findet kaum eine explizit politische Diskussion darüber statt, wie die Bewegung mit dem eigenen Konsum umgehen will und wie sie die gesellschaftlichen Lebensstile zum Thema machen könnte. Einen kollektiven Ausweg könnten die Debatten über die «imperiale Lebensweise», Degrowth und *buen vivir* sowie die Versuche bieten, diese in praktischen Projekten umzusetzen (Brand/Wissen 2011).

3 ENTWICKLUNG DER KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG

3.1 Konstituierung nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm

Am 6. Juni 2007 besetzten Tausende Menschen die Zufahrtsstraßen zum Ostsee-Kurbad Heiligendamm, in dem der damalige G8-Gipfel beginnen sollte. Die Aktion «*Block G8*» war der Höhepunkt einer enormen Bewegungsdynamik und prägte die Protestszene in Deutschland nachhaltig. Auch in der Öffentlichkeit erfuhren die BlockiererInnen viel Sympathie. Nichtsdestotrotz scheiterten sie mit ihrem zentralen Ziel, den Gipfel öffentlich zu delegitimieren. Das lag nicht zuletzt daran, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich bei der Tagung als *Klimaqueen* inszenieren konnte, obwohl keinerlei substanzielle Beschlüsse zum Klimaschutz gefällt wurden. Offensichtlich konnten die herrschenden Eliten das Klimathema erfolgreich als ideologische Legitimationsreserve für sich nutzen. Vor diesem Hintergrund starteten einige Einzelpersonen aus dem Umfeld der Kampagne «Block G8» eine strategische Diskussion in der globalisierungskritischen Bewegung darüber, wie die eigene «klimapolitische Leerstelle» gefüllt werden könnte. Sie forderten die Linke auf, eine eigenständige Position zur ökologischen Frage zu formulieren, wirksame Praxisformen gegen die Verursacher des Klimawandels zu entwickeln, den herrschenden Kräften das Klimathema streitig zu machen und es zu nutzen, um eine antikapitalistische Perspektive stark zu machen (Passadakis 2007; Passadakis/Müller 2007). Denn die Einschätzung war, dass sich mit der Klimakrise einfach eine Systemkritik verbinden ließe und das Thema sich zugleich als Klammer für verschiedene emanzipatorische Kämpfe eigne (Antirassismusbüro Bremen 2007). So rekonstruierte auch ein Interviewpartner:

[...] eine Fokusverschiebung in einer radikal linken Szene oder globalisierungskritischen Szene, die 2007 mit Heiligendamm stattgefunden hat, wo auch die deutsche linke Szene zunehmend festgestellt hat: Sie hat in Bezug auf die ökologische Krise so eine Lücke, ein Defizit. Und dieses Thema wird meistens herrschaftsförmig bearbeitet. Da können sich bestimmte Akteure wie Merkel und globale Politik als Klimaretter [...] inszenieren. Und die radikale Linke bezieht sich nicht darauf und nutzt diese Möglichkeit, diesen [...] Ansatzpunkt nicht für die eigene Agenda. (I 3)

Für die Entstehung der Klimabewegung war damals auch eine Initiative der Bundeskoordination Internationalismus wichtig. Sie lud im Februar 2008 zu dem Seminar «Wie grün sollen Linke sein?» ins wendländische Meuchelitz ein. Nach einem intensiven Diskussionswochenende wurde der Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse gegründet (s. o.). Der oben bereits zitierte Gesprächspartner erklärte plastisch die Bedeutung dieser Zusammenkunft für die folgenden Bewegungsprozesse:

Ich glaube, [bei] diesem Seminar 2008, dem Gründungsseminar, da waren 45 Leute da. Und das war, glaube ich, eine Debatte, die [...] prägend war und die auch bei vielen Leuten Sachen ausgelöst hat. Einerseits [gab es] eine strategische Debatte, die wirklich einen Einfluss hatte auf das, was danach passiert ist. Andererseits war es für viele Leute [...] das erste Mal, dass sie an so einer bewegungslinken Aktivität teilgenommen haben. (I 3)

Der neue Arbeitsschwerpunkt verfasste nicht nur ein viel diskutiertes Positionspapier zur Kritik der Klimagipfel-diplomatie (BUKO Arbeitsgruppe Soziale Ökologie 2008), sondern startete auch eine Debattenreihe in der Zeitschrift *Analyse & Kritik*, die sich in den folgenden Jahren zum wichtigsten Diskussionsorgan der Bewegung entwickelte. In einer Reihe von Artikeln wurden die oben angesprochenen strategischen Kontroversen entwickelt. Schließlich spielte auch die *Stromkonzernkampagne* von Attac, die Anfang 2008 gestartet wurde, eine große Rolle für die entstehende Klimabewegung. Die globalisierungskritische Organisation trat mit der mutigen Forderung an die Öffentlichkeit, die Energiekonzerne zu enteignen und zu vergesellschaften, um eine soziale, ökologische und demokratische Stromversorgung zu ermöglichen. Zwar konnte die Kampagne keine ausreichende Dynamik entfalten und wurde nach dem Sommer 2008 wieder eingestellt. Doch der damals gesetzte Diskurs prägte nachhaltig die inhaltliche Ausrichtung der Bewegung und einige wichtige energiepolitische Kämpfe, wie noch zu zeigen sein wird.

3.2 Die erste Phase der Bewegung: Klimacamp in Hamburg und Gipfelproteste in Kopenhagen

Das Hamburger Klimacamp: Als Teil dieser grundsätzlichen strategischen Debatten begannen relativ früh die Vorbereitungen für ein Klimacamp in Deutschland, das der erste praktische Ausdruck eines linken Klimaaktivismus werden sollte. Die Idee dazu stammte aus Großbritannien. Dort hatten GlobalisierungskritikerInnen als Konsequenz aus dem G8-Gipfel 2005 im schottischen Gleneagles, bei dem Gegenproteste erfolgreich vereinbart bzw. in Repression erstickt wurden, ab 2006 begonnen, *Camps for Climate Action* zu organisieren (Frenzel 2011). Einige AktivistInnen aus der Bundesrepublik hatten an den Camps teilgenommen, kehrten inspiriert nach Hause zurück und schlugen vor, das Konzept nach Deutschland zu importieren. An den folgenden Planungstreffen nahmen Aktive sowohl aus dem postautonomen, globalisierungskritischen, als auch aus dem öko-anarchistischen Spektrum teil. Aufgrund unterschiedlicher politischer Vorstellungen trennten sich die beiden Gruppen nach wenigen Monaten jedoch wieder voneinander. Nachdem im Anschluss an Heiligendamm

und bei den *Perspektiventagen* Anfang 2008 in Berlin über ein themenübergreifendes Mehrsäulen-Camp diskutiert worden war, verabredeten sich der postautonome Kreis des Klimacamp-Prozesses und antirassistische Gruppen zu einem Klima- und Antirassismus-Camp in Hamburg. Dort hatten die Grünen gerade zusammen mit der CDU eine neue Regierung gebildet. Obwohl eines ihrer zentralen Wahlkampfversprechen war, das umstrittene Steinkohlekraftwerk Moorburg zu verhindern, genehmigten sie schließlich dessen Bau unter gewissen Auflagen (Passadakis/Baliani 2008).

Im August 2008 schlug das Camp seine Zelte am Stadtrand von Hamburg auf. Ein breites Bewegungsspektrum nahm daran teil; insgesamt besuchten circa 1.500 AktivistInnen das Camp. Auch die Zusammenarbeit mit den antirassistischen Gruppen wurde als sehr gewinnbringend wahrgenommen. Allerdings blieben die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen der OrganisatorInnen zurück. Nachdem es in den ersten Tagen des Camps einer Aktionsgruppe noch geglückt war, einen Kran auf der Kraftwerksbaustelle von Moorburg zu erklettern, kamen zu der Hauptaktion «*Gegenstrom 08*» – auch aufgrund des regnerischen Wetters – nur etwa 700 bis 800 AktivistInnen. Es gelang ihnen letztlich nicht, wie geplant die Baustelle in einer Aktion des zivilen Ungehorsams zu besetzen. Trotzdem wurde der Tag nicht als Niederlage wahrgenommen, weil es ein erster wichtiger Versuch war, eine Aktionspraxis zum Klimathema zu entwickeln, und weil die versuchte Besetzung auch in den Medien relativ positiv dargestellt wurde. Vor allem spielte das Camp eine zentrale Rolle für den weiteren Aufbau der Klimabewegung und die Vernetzung mit anderen Bewegungen. So zeigte sich auch Ines Koburger, die das Camp mit organisiert hatte, in einem Interview überzeugt:

Ich glaube, dass «*Gegenstrom 08*» durchaus erfolgreich war, auch wenn wir es nicht geschafft haben, im Zuge der Massenaktion den Bauplatz des Kohlekraftwerks zu besetzen. Wir haben gezeigt, dass es viele Entschlossene gibt, die eine andere Auseinandersetzung mit dem Thema wollen, sowohl von der Aktionsform her als auch von der Kritik. (Koburger/Doria 2008)

Allerdings war der Camp-Prozess kaum in der Bevölkerung vor Ort verankert und flog eher wie ein «UFO» in die Hansestadt ein. Nichtsdestotrotz trug er dazu bei, die durch den Verrat der Grünen desillusionierte Bewegung gegen Moorburg zu revitalisieren, wie später gezeigt wird.

Die Mobilisierung nach Kopenhagen: Nach den Aktionstagen in Hamburg gründete sich aus dem Camp-Prozess heraus das *Klima!-Bewegungsnetzwerk*, um der noch jungen Bewegung eine langfristige Vernetzungsplattform zu geben. Das Netzwerk fokussierte seine Kräfte in den folgenden eineinhalb Jahren auf die Mobilisierung zum Ende 2009 in Kopenhagen anstehenden UN-Klimagipfel. Im offiziellen Diskurs wurden große Hoffnungen auf den Gipfel projiziert, da dort ein Nachfolgeabkommen zum auslaufenden Kyoto-Protokoll verabschiedet werden sollte. Durch die Gründung von Climate Justice Now! war ein Anknüpfungspunkt für eine fundamentale Kritik an den Verhandlungen entstanden (Bedall 2014).

Darüber hinaus schlossen sich aktionistische Graswurzelgruppen, die schwerpunktmäßig aus Europa kamen, zum Netzwerk *Climate Justice Action (CJA)* zusammen, um in Abstimmung mit den CJNI-Organisationen der antagonistischen Position gegenüber dem offiziellen Prozess auch einen aktionistischen Ausdruck auf der Straße zu geben (Passadakis/Müller 2009). AktivistInnen aus dem deutschen Klima!-Bewegungsnetzwerk waren wesentlich an diesem Prozess beteiligt. Kontrovers wurde in der Bewegung diskutiert, ob sie mit ihren Aktionen eine grundsätzliche Ablehnung des Gipfels deutlich machen oder aus einer kritischen Position die progressiven Akteure innerhalb der Verhandlungen stärken und Druck auf die DiplomatinInnen ausüben sollte. Aufgrund dieser Kontroversen formierte sich zusätzlich das Netzwerk *Never trust a COP (NTAC)* als Linksausgründung von CJA. Während NTAC unter dem Motto «*Hit the Production*» zu einer Blockade des Kopenhagener Hafens mobilisierte, verständigte sich CJA schließlich auf ein Aktionskonzept unter dem Namen «*Reclaim Power*». In einer Aktion zivilen Ungehorsams sollte das Tagungsgelände besetzt werden, um dort in einer öffentlichkeitswirksamen Asamblea⁹ über klimagerechte Alternativen zum Gipfelgeschehen zu diskutieren, zu der auch kritische Gruppen aus dem Verhandlungsgebäude dazustoßen sollten. Mit dieser strategischen Eskalation sollte deutlich gemacht werden, dass es eine massive Kritik an der offiziellen Klimapolitik in der Gesellschaft gibt. Das Ziel bestand darin, die eigenen Forderungen öffentlich sichtbar zu machen und eine globale Bewegung aufzubauen. Die transnationale Mobilisierung in die dänische Hauptstadt wurde mit der Hoffnung verbunden, an die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung anknüpfen zu können: «Geht es um den Kopenhagener Klimagipfel, sprechen einige von einem «neuen Seattle»: einem Event, das für den nächsten Zyklus globaler Kämpfe von ähnlicher Bedeutung sein kann wie die Aktionen gegen die Welthandelsorganisation (WTO) vor fast genau zehn Jahren in Seattle» (Müller 2009).

9 Der Begriff Asamblea kommt aus dem Spanischen und bezeichnet in diesem Zusammenhang eine basisdemokratisch organisierte Massenversammlung, in der die Beteiligten ihre Belange kollektiv beraten und entscheiden können.

Die Gipfelproteste verliefen jedoch in vielerlei Hinsicht enttäuschend. Zu der Auftaktdemonstration kamen zwar circa 100.000 Menschen, sie war aber inhaltlich weitgehend appellativ. Zugleich scheiterten militante Aktionen. Hunderte DemonstrantInnen wurden von der dänischen Polizei stundenlang eingekesselt und dann verhaftet. Auch die Aktion «Hit the Production» wurde durch eine massive Polizeirepression vereitelt. An «Reclaim Power» nahmen zwar 3.000 AktivistInnen aus vielen Ländern teil. Es gelang ihnen aber nicht, auf das Tagungsgelände vorzudringen. Die symbolische Versammlung der Völker musste auf der Straße abgehalten werden und konnte kaum Resonanz erzeugen. Auch die Hoffnungen auf die rebellische dänische Jugendbewegung, die noch zwei Jahre zuvor das linke Zentrum *Ungdomshuset* militant verteidigt hatte, erfüllten sich nicht. Nur wenige dänische AktivistInnen beteiligten sich an den Aktionen. Die Kombination aus enttäuschender Mobilisierung, massiver Repression und verhinderten Aktionen auf der einen Seite und dem Scheitern des Gipfels auf der anderen Seite führten zu einer breiten Ernüchterung und Frustration in der radikalen Klimabewegung (Avanti – Projekt undogmatische Linke 2010). Ein Gesprächspartner brachte die Gründe dafür treffend auf den Punkt:

Ich würde sagen, der große Frust im Allgemeinen hatte damit zu tun, dass dieser Bewahrheitung der Einschätzung, dass die Klimagipfel nicht die Orte sind, wo Klimaschutz gemacht wird, überhaupt nichts [...] Positives entgegengesetzt werden konnte. Also, was wollte man denn erreichen mit dem Protest, wenn es nicht nur um symbolische Aufmerksamkeit geht, sondern [darum], tatsächlich das Klima zu schützen? Was ist dann die Perspektive? Nur zu sagen, ihr macht es nicht, kann es ja nicht sein. Und diese Perspektive, die gab es nicht. Und die Aktion hat sie auch nicht angelegt. (I 2)

Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass die Gipfelproteste tatsächlich eine wichtige Rolle für die weitere Entwicklung der Bewegung spielten. Insbesondere die Vernetzung mit anderen Bewegungen vor allem aus dem Globalen Süden, die im Rahmen der Karawane «*Handel-Macht-Klima*» von CJN! und dem *Klimaforum* (dem Gegengipfel in Kopenhagen) stattfand, wurde positiv hervorgehoben (Kraus 2010; Passadakis/Müller 2010). Nicht zuletzt politisierte sich dort eine neue Generation von AktivistInnen, die für die folgenden Jahre von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Bewegung war.

3.3 Die zweite Phase der Bewegung: Umbruch und Neuorientierung nach Kopenhagen

Zunächst breitete sich aber eine allgemeine Post-Kopenhagen-Depression in der kapitalismuskritischen Klimagerechtigkeitsbewegung aus, die deswegen einen starken Einbruch erlitt. Eine Reihe von erfahrenen Einzelpersonen und Gruppen, die am Anfang die Bewegung mit aufgebaut hatten, zogen sich zurück und wandten sich wieder anderen Themen zu. Die im Vorfeld von Kopenhagen in mehreren Städten gegründeten Klimaplana schlossen nach und nach ein. Auch die AktivistInnen vom Klima!Bewegungsnetzwerk, von CJA und NTAC trafen sich nur noch unregelmäßig. Schließlich lösten sich die Netzwerke ganz auf.

Regionalisierung: Als Konsequenz aus dem relativen Scheitern der Aktionstage in Kopenhagen setzte sich der weitgehende Konsens in der Bewegung durch, in Zukunft auf ein derartiges *Gipfel-Hopping* zu verzichten. Die Dynamik solcher Event-Mobilisierungen wurde als grundlegendes Problem benannt, da nach den Protesten die Aktivenstrukturen entweder wieder zusammenbrechen oder nach dem nächsten Groß-Event verlangen, um sich zu reproduzieren. Es ist aber äußerst schwierig, von solchen kurzatmigen Kampfzyklen zum Modus einer langfristigen Praxis überzugehen, die an alltäglichen Kämpfen der Menschen anknüpft. Deswegen beschlossen die wesentlichen Akteure der Bewegung, sich bewusst in lokale Kämpfe um Klimagerechtigkeit hineinzubegeben und sich darauf zu konzentrieren, vor Ort eine tatsächliche Gegenmacht aufzubauen. Sie wollten in die brennenden Konflikte um die Gestaltung der Naturverhältnisse intervenieren und die wesentlichen Verursacher des Klimawandels angreifen. Als Ansatzpunkte wurde vorgeschlagen, die damals geplanten Kohlekraftwerke zu verhindern und sich für einen kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzusetzen (Müller 2010; Avanti – Projekt undogmatische Linke/Klima AG 2009a). So verabschiedete sich das Klima!Bewegungsnetzwerk mit den Worten: «Die Orte, an denen die Weichen für die Zukunft gestellt werden, sind [...] nicht in erster Linie Kopenhagen, Bonn oder Mexiko. Wir wollen lokale Kämpfe bei uns angehen, denn die massiven Ungerechtigkeiten werden weiterhin hier im Globalen Norden produziert» und der Aufforderung «Bildet Klima-Banden!» (Klima!Bewegungsnetzwerk 2010). Diese strategische Reorientierung, an der bis heute festgehalten wird, markierte einen grundlegenden Wendepunkt der Bewegung.

Eine wichtige Rolle für diesen Prozess spielten die alljährlichen Zwischenverhandlungen des UN-Klimaprozesses in Bonn. Vor allem Attac und Solid entschieden sich, in der ehemaligen Bundeshauptstadt an die Proteste in Kopenhagen anzuknüpfen. Diese Strategie ging zwar noch auf den Modus der Gipfelmobilisierung zurück, markierte aber zugleich schon den Übergang zu lokalen Kämpfen. Die beiden Organisationen gründeten zusammen mit einer Reihe von Einzelpersonen und Gruppen aus dem Raum Köln/Bonn die *Klimawelle*. Parallel zu den Zwischenverhandlungen im Juni organisierte das Bündnis ein Klimacamp, mehrere kleine Aktionen und eine Demonstration in Bonn. Im Anschluss an die Demo blockierten mehrere Hundert AktivistInnen eine Tankstelle und forderten, fossile Ressourcen im Boden zu lassen. Zeitgleich organisierten Attac und der BUND

einen Alternativgipfel in Form der Konferenz *Klimaforum*. Auch wenn die Klimawelle sich bald danach wieder auflöste und nicht zu einem längerfristigen Organisationsprozess in der Stadt führte, waren die Proteste wichtig, um der Bewegung nach dem Kopenhagen-Tief Mut und Inspiration für die Entwicklung von neuen Kämpfen für Klimagerechtigkeit zu geben.

Energiekämpfe als neuer Bezugsrahmen: Eine zweite wesentliche Neuausrichtung der eigenen Strategien bestand darin, dass sich die Bewegung verstärkt *Energiekämpfen* zuwandte, während das Klimathema etwas in den Hintergrund trat. Politischer Anlass dieser Umorientierung war nicht zuletzt, dass der Atomkonflikt wieder an Brisanz gewann, weil die neue schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke verlängern wollte. Diese Politik provozierte einen breiten Widerspruch in der Gesellschaft und verhalf der Anti-Atom-Bewegung zu einem ungeahnten Revival (Sander 2016: 156 ff.). Vor diesem Hintergrund schlug etwa die linksradikale Organisation Avanti vor, dass Anti-Atom- und Klimabewegung stärker zusammenarbeiten und gemeinsam für die Vergesellschaftung der großen Stromkonzerne streiten sollten, weil die Konzerne die gemeinsamen Gegner seien (Avanti – Projekt undogmatische Linke//Klima AG 2009b). Jochen Stay, bekannter Anti-Atom-Aktivist und Sprecher der NGO *Ausgestrahlt*, begrüßte dieses Angebot, gab aber zu bedenken, dass sich Bewegung nicht verordnen ließe, die Bedürfnisse der Aktiven ernstgenommen werden müssten, politische Erfolge organisiert werden sollten und eine antikapitalistische Perspektive nur ein mögliches Ergebnis der Proteste sein könne (Stay 2009).

Zu einer solchen organischen Zusammenarbeit kam es jedoch nur ansatzweise. Vielmehr stellten viele Klimagruppen im Jahre 2010 ihre eigenen Aktivitäten für eine Weile zurück und beteiligten sich schwerpunktmäßig an der neu entwickelten Kampagne *«Castor? Schottern!»*. Diese zielte darauf, mit Tausenden Menschen in einer Aktion zivilen Ungehorsams das Gleisbett der Castorstrecke im Wendland zu unterhöhlen, um sie für den Atommülltransport unbefahrbar zu machen. Nachdem im Herbst 2010 etwa 5.000 AtomkraftgegnerInnen an der Aktion teilnahmen, flauten die radikalen Anti-Atom-Proteste nach dem Super-GAU von Fukushima und dem neuen Atomkompromiss deutlich ab. So kamen zu der Aktion *«Block Brokdorf»* und der zweiten Runde von *«Castor? Schottern!»* im Herbst 2011 deutlich weniger AktivistInnen.

Um die Klimabewegung wieder stärker unter einem Dach zusammenzuführen, organisierte die Gruppe Gegenstrom Berlin Anfang 2011 eine Aktionskonferenz in der Hauptstadt, zu der sie auch Umweltverbände und Bürgerinitiativen einlud. Eines der wesentlichen Ergebnisse war die Gründung des Netzwerks *Energiekämpfe in Bewegung (EKIB)*, das die Nachfolge des Klima!-Bewegungsnetzwerks antrat und fortan zur Vernetzung der verschiedenen Klimagruppen und Teilbereichskämpfe diente. Die Einbindung von reformorientierten Klimaakteuren sowie von Anti-Atom-Gruppen gelang jedoch nur sehr eingeschränkt. In ihren *«Energiepolitischen Thesen»* schlug die Gruppe zudem ein ambitioniertes Programm für die Bewegung vor. Neben dem Kampf gegen Atom und Kohle müsse die Bewegung sich für gerechte Strompreise und gegen Energiearmut einsetzen sowie für eine dezentrale und demokratische Stromversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft streiten. Eine breite Energiebewegung müsse dafür die Stromkonzerne entmachten. Als verbindendes Moment dieser Bewegung plädierten sie für den Begriff der Energiedemokratie: *«Die einigende Klammer einer solchen Bewegung ist der Kampf für Energiedemokratie. Demokratie heißt, die Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können»* (Gegenstrom Berlin 2011).

Ein tatsächlich gemeinsames Projekt entwickelte das EKIB-Netzwerk allerdings erst auf einer späteren Aktionskonferenz im Herbst 2012 in Köln: Etwa 100 AktivistInnen fuhren im Sommer 2013 mit der *«Reclaim Power Tour»* per Fahrrad vom Lausitzer zum Rheinländischen Klimacamp (s. u.) und besuchten auf dem Weg verschiedene Orte von Energiekämpfen. Zeitgleich fuhren AktivistInnen aus Baden-Württemberg auf einer Südroute ins Rheinland (Häußermann 2013). Die Tour trug dazu bei, die verschiedenen Kampffelder symbolisch stärker zu einer Bewegung zu verbinden. Ihre politische Stoßrichtung blieb jedoch unklar und sie konnte kaum eine Außenwirkung entfalten.

3.4 Der sozial-ökologische Bewegungsflügel: Kostenloser Nahverkehr und Energiedemokratie

Jenseits der grundlegenden Einigkeit über die strategische Ausrichtung der Klimagerechtigkeitsbewegung kristallisierten sich zwei unterschiedliche politische Herangehensweisen heraus, die im Folgenden als *global-ökologischer* und *sozial-ökologischer* Bewegungsflügel bezeichnet werden sollen. Die beiden Strömungen können als einander ergänzend betrachtet werden, zwischen ihnen besteht aber auch ein strategisches Spannungsverhältnis. Zum Teil wurden politische Kontroversen zwischen ihnen darüber ausgetragen, welche Ansätze gerade dem Stand der Bewegung und ihren aktuellen Aufgaben und Möglichkeiten entsprechen. Im Wesentlichen entscheidet aber jede Gruppe für sich selbst, welcher Schwerpunkt ihr selbst sinnvoll erscheint und wo sie hofft, handlungsfähig werden zu können.

Der *global-ökologische Flügel* setzt sich angesichts der Dringlichkeit des Klimawandels und der ökologischen Untragbarkeit der Produktions- und Lebensweise im Globalen Norden für eine radikale Reduktion der Treib-

hausgasemissionen in Deutschland ein. Aus einer Perspektive der globalen Klimagerechtigkeit greift er vor allem die *carbon majors* als Hauptverursacher des Klimawandels an. In den letzten Jahren hat er sich auf die deutsche Kohleindustrie – und damit in erster Linie auf den ländlichen Raum – konzentriert und versucht, seiner Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg Nachdruck zu verleihen.

Der *sozial-ökologische Flügel* möchte hingegen an konkrete Kämpfe und Begehren von Menschen vor allem in den Städten hierzulande anknüpfen. Er sucht nach Ansätzen, um den notwendigen ökologischen Umbau mit sozialer Gerechtigkeit und demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten für die hiesige Bevölkerung zu verbinden. Es geht ihm zum einen darum, soziale Ungleichheiten und Armut innerhalb der deutschen Gesellschaft abzubauen und die Entfaltungswünsche der Menschen ernstzunehmen. Zum anderen versucht er erstrebenswerte Ansätze sozial-ökologischer Transformation zu entwickeln, um perspektivisch eine Hegemonie für ein solches Projekt gewinnen zu können. Er denkt den ökologischen Umbau folglich stärker prozesshaft. In den letzten Jahren haben Gruppen dieses Flügels Kampagnen zu kostenfreiem öffentlichen Nahverkehr, Energiedemokratie und Energiearmut gemacht. Ein Aktivist erläuterte diese strategische Herangehensweise:

Ich glaube auf jeden Fall, dass im Endeffekt soziale Bewegungen dann höhere Erfolgchancen haben, wenn sie es schaffen, Themen so zuzuspitzen, dass sie an die konkreten Alltagsbedürfnisse von bestimmten Bevölkerungsgruppen anknüpfen und die [...] dann aktivieren, involvieren, organisieren. Und das ist natürlich bei diesem Feld Klimawandel nicht so super einfach. (I 10)

Die VertreterInnen dieser Linie führen eine Reihe von Argumenten für ihre Position ins Feld: Eine sozial-ökologische Strategie sei allein deshalb unverzichtbar, weil die Konzerne und ihre Verbündeten immer wieder versuchten, die Energiewende über die soziale Frage anzugreifen. Lange Zeit bestand ein breiter Konsens in der Bevölkerung, dass die Energiemonopolisten der Hauptgegner einer sozialen und ökologischen Stromversorgung sind. Doch seit einigen Jahren versuchen die Konzerne verstärkt, die ideologische Konfliktachse dahingehend zu verschieben, dass sich Großkapital, IndustriearbeiterInnen und Arme gemeinsam gegen die Zumutungen des ökologischen Umbaus wehren müssten. Weil Energiearmut ein tatsächliches Problem für eine wachsende Zahl von Haushalten ist und die Zukunftssorgen der KohlearbeiterInnen berechtigt sind, hat das Kapital mit dieser Strategie Erfolg, obwohl es nie tatsächliche Verbesserungen für die Betroffenen erreicht hat. Die soziale Frage ist deswegen eine offene Flanke der Umweltbewegung, weil sie keine plausible Antwort darauf hat (Sander 2015). Eine global-ökologische Position übernimmt zwar eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Die Menschen müssen jedoch für einen sozial-ökologischen Umbau gewonnen werden. Es ist ein umfassendes gesellschaftliches Transformationsprojekt vonnöten, das Alternativen zur herrschenden Produktions- und Lebensweise sowohl in ländlichen Räumen als auch in Städten hervorbringt (Sander/Powalla 2016).

In den sozial-ökologisch orientierten Klimagruppen wurden mehrere Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Politik diskutiert und erprobt. Diese zielen darauf, nicht nur für die Abwicklung von Atom- und Kohleindustrie zu kämpfen, sondern sich auch in die zukünftige Ausgestaltung der Energieversorgung einzumischen. Als praktischen Gegenentwurf zu einem grünen Kapitalismus setzen sich sozial-ökologische Kampagnen *erstens* dafür ein, dass die Stromversorgung im Sinne der Energiedemokratie von Genossenschaften, kleinen Gemeinschaften und vor allem demokratisierten Stadtwerken kontrolliert wird. Die Stromkonzerne müssten dagegen entmachtet werden (Methmann/Sander/Sundermann 2008). *Zweitens* fordern sie, dass die ungerechte Strompreisgestaltung zugunsten der Armen und zulasten der Großindustrie umgedreht wird. Alle Haushalte müssten ein Grundkontingent an Strom kostenfrei bekommen, die Regelsätze für Hartz IV & Co. müssten angehoben werden, Abklemmungen wären zu verbieten. Zugleich müsste ein höherer Stromverbrauch durch progressive Tarife sanktioniert und die zahlreichen Ausnahmen für die energieintensive Industrie gestrichen werden.

Drittens sei es ein großes Problem, dass die Bewegung in der Kohlefrage in Konfrontation zu Gewerkschaften wie der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) und ver.di gerate, die für die relativ guten Arbeitsplätze in der Branche kämpfen. Die Bewegung müsse mehr Energie darein investieren, zusammen mit fortschrittlichen GewerkschafterInnen Konzepte eines gerechten Übergangs zu entwickeln, die auch für die Beschäftigten annehmbar seien. Die Hoffnung ist, dass sich irgendwann KlimaaktivistInnen und ArbeiterInnen gemeinsam für eine lebenswerte Alternative zur Kohle einsetzen. Nicht zuletzt argumentieren sozial-ökologisch orientierte Gruppen für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr als Alternative zur Auto-dominierten Stadt, weil dieses Modell nicht nur klimafreundlicher und sozialer ist, sondern auch die Vision einer lebenswerten, post-kapitalistischen Stadt eröffnet (Fraktion DIE LINKE. im Bundestag 2015). In den letzten Jahren wurden in einer Reihe von Städten vielversprechende Kampagnen und Projekte einer sozial-ökologischen Klimapolitik von links entwickelt, wie im Folgenden gezeigt wird. Auch global-ökologische Gruppen sehen die Wichtigkeit dieser Fragen, konzentrieren ihre begrenzten Ressourcen aber auf ihre eigenen Kämpfe.

Hamburg: Die Hansestadt Hamburg ist eines der Zentren der antikapitalistischen Klimabewegung, die dort eine bemerkenswert kontinuierliche und erfolgreiche lokale Praxis entwickelt hat. Der Kampf gegen das Kohlekraftwerk Moorburg (Vattenfall) am Stadtrand von Hamburg war und ist eines der wesentlichen Kampffelder

der städtischen Klimaszene (s. o.). Bereits Ende 2006 fand sich ein heterogenes Bündnis zusammen, das kreative Aktionen gegen die Baupläne organisierte und dem Betreiber bei den offiziellen Erörterungen auch fachlich Paroli bot. Vor den Anhörungen sorgte der BUND mit einer überraschenden Aktion für Aufsehen:

Zum Beispiel der BUND, der da auch eine wichtige Rolle – wie so oft in Hamburg – gespielt hat, der hat davor die Akten aus der Behörde entwendet, die Akten zum Kohlekraftwerk. [...] Weil die Einsicht in die Akten, die war sehr begrenzt, nur ein paar Stunden an den Werktagen. Das waren immerhin 47 Akten, die für das Genehmigungsverfahren wichtig waren. Und das fanden die so frech, die BUND-Leute, dass sie mit Pressebegleitung – das wurde gefilmt von einem Privatsender – die Akten einfach während der Besuchszeit in Kisten gepackt und rausgetragen haben. (I 4)

Das geplante Kraftwerk traf auf eine breite Ablehnung in der Stadt und wurde intensiv in den lokalen Medien diskutiert. Als der neue schwarz-grüne Senat gebildet wurde, führten die Moorburg-GegnerInnen zunächst noch mehrere Aktionen bei verschiedenen Sitzungen der Grünen durch. Nachdem die ehemalige Ökopartei das Kraftwerk genehmigt hatte, brach der Protest jedoch in sich zusammen. Obwohl das Klima- und Antirassismus-Camp im Sommer 2008 relativ losgelöst von der lokalen Protestszene war, leistete es einen Beitrag dazu, einen zweiten Kampfzyklus gegen Moorburg einzuleiten. Denn wenige Zeit später gründete sich die Initiative *«Moorburgtrasse stoppen»*,¹⁰ um die geplante Fernwärmetrasse zu verhindern, mit der ein Teil der im Kraftwerk erzeugten Energie für die Wärmeversorgung der Stadt genutzt werden sollte. Zwar ist Fernwärme prinzipiell eine sinnvolle Technologie, in diesem Fall hätte jedoch für die jahrelangen Bauarbeiten eine Bresche der Zerstörung mitten durch die Stadt geschlagen werden sollen. Zudem war die Trasse entscheidend für die Wirtschaftlichkeit des umstrittenen Kraftwerks.

Dagegen formierte sich die Moorburgtrassen-Initiative, die am ehesten als Bürgerinitiative (BI) beschrieben werden kann, in ihrer Praxis allerdings weit über eine klassische BI hinausging und Menschen aus sehr unterschiedlichen politischen Spektren und kulturellen Hintergründen vereinte. Mit dem Kampf gegen die Trasse fand sie einen strategischen Hebel und ein erreichbares Ziel, mit dem sie eine breite Unterstützung in den betroffenen Stadtteilen und in der städtischen Öffentlichkeit erreichen konnte. Viele AnwohnerInnen wandten sich nicht in erster Linie wegen den Klimafolgen von Moorburg gegen das Projekt, sondern weil sie die Zerstörung ihrer Parks, Verkehrsengpässe und Belastungen durch Bauarbeiten befürchteten. Die Initiative organisierte verschiedene Protestaktionen und überredete den BUND zu einer Klage gegen die Trasse. Vor allem besetzten mehrere AktivistInnen Bäume im Hamburger Gählerpark, die für die Trasse gefällt werden sollten:

Das Bekannte ist natürlich die Baumbesetzung in diesem ziemlich kalten Winter 2009 auf 2010, die damit anfang, dass im Herbst zwei Ini-Mitglieder einfach sagten [...]: »Wir gehen auf die Bäume.« Ihnen folgten dann einige Robin-Wood-Aktivistinnen und andere. Das ging dann bis zum Februar/März des darauffolgenden Jahres. Es ging auch, glaube ich, mal ins Frühstückfernsehen [...]. Es war auch ein Mediending. Und vor diesem Gerichtsentscheid wurde es auch nochmal richtig spannend, weil in erster Instanz war ja die Klage dagegen abgelehnt worden und eigentlich sollte die ganze Sache geräumt werden. Es wurden schon Tausende Polizeikräfte zusammengezogen. Wir bereiteten uns darauf vor, geräumt zu werden [...]. Die Hubschrauber kreisten schon über den Bäumen – auch nachts, um uns auszukundschaften. Es spitzte sich alles zu. Und dann kam völlig überraschend [...], ich glaube, ein paar Tage, bevor wir die Räumung erwarteten, dann das überraschende Gerichtsurteil [...]. Dieser Erfolg motiviert natürlich auch – ist ja klar. (I 4)

Letztlich wurde das Projekt also durch eine gerichtliche Entscheidung gekippt. Doch der öffentliche Druck und die Baumbesetzung dürften einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran gehabt haben. Dadurch wurde Vattenfall ein erheblicher ökonomischer Schaden zugefügt, weil das Kraftwerk ohne die Fernwärmetrasse mit starken Rentabilitätsproblemen zu kämpfen hatte.

In den Jahren 2011 und 2012 organisierten AktivistInnen aus dem Spektrum der Initiative als Alternative zur PR-Veranstaltung *«Vattenfall Lesetage»* die Veranstaltung *«Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen»* und erfuhren dafür viel Unterstützung aus der städtischen Kulturszene. Ab 2013 stellte der Kohle- und Atomkonzern seine eigenen Lesetage ein. Im Frühjahr 2013 blockierte das neu gegründete Bündnis *Gegenstrom Hamburg*¹¹ parallel zum alljährlichen Hafengeburtstag mit vielen Schiffen symbolisch die Elbe, um gegen die Importe von Steinkohle vor allem aus Kolumbien zu protestieren. Parallel fand an Land auf einer großen Bühne ein politisches Alternativprogramm statt. Im Sommer 2015 blockierten schließlich etwa 100 Menschen mit Booten für mehrere Stunden die Anlieferung von Kohle für Moorburg. Sowohl die Moorburgtrassen-Initiative als auch Gegenstrom Hamburg setzen ihren Kampf gegen Moorburg fort und führen weiterhin Aktionen gegen den unbeliebten schwedischen Staatskonzern durch.

Angesichts der auslaufenden Konzessionsverträge für die Versorgungsnetze entschied sich ein Kreis aus Attac, BUND, Robin Wood und der Moorburgtrassen-Initiative, ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung des

10 Vgl. den Internetauftritt der Initiative unter: www.moorburgtrasse-stoppen.de.

11 Vgl. die Webseite des Bündnisses unter: www.gegenstromhamburg.de.

Strom-, Gas- und Fernwärmenetzes zu starten. Die Unterstützung durch den *Kirchenkreis Ost* und die *Verbraucherzentrale Hamburg* war wichtig, um dem Bündnis zusätzliche Legitimation in der Gesellschaft zu verleihen. Unter dem Namen «*Unser Hamburg – unser Netz*» gelang es den AktivistInnen, die notwendigen Unterschriften zu sammeln. Im Juni 2011 trugen etwa tausend SammlerInnen in nur vier Wochen sogar etwa 120.000 statt der notwendigen 65.000 Unterschriften zusammen. Die inzwischen regierende SPD, die *BILD-Zeitung* und Vattenfall bekämpften die Initiative, indem sie etwa vor den vermeintlich unzumutbaren Kosten für die SteuerzahlerInnen warnten. Und auch die Gewerkschaft ver.di wandte sich gegen das Vorhaben, weil sie Verschlechterungen für die Beschäftigten befürchtete. Die Kampagne der GegnerInnen war jedoch zum Teil ungeschickt und widersprüchlich, sodass sich die öffentliche Meinung in den letzten Wochen vor dem Volksentscheid zugunsten der Initiative wandelte. Bei der Abstimmung, die parallel zur Bundestagswahl am 22. September 2013 stattfand, sprachen sich 51 Prozent der HamburgerInnen für die Rekommunalisierung aus (Siegler 2013). Bürgermeister Olaf Scholz akzeptierte die Entscheidung, zumal insbesondere SPD-WählerInnen deutlich für den Rückkauf waren. Das Stromnetz wurde tatsächlich rekommunalisiert, aber beim Gas- und Fernwärmenetz verschleppt der Senat die Umsetzung mit zweifelhaften Begründungen.

Nicht zuletzt sollte die Initiative *HVV umsonst!*¹² erwähnt werden: Seit einigen Jahren setzt sich ein kleiner Kreis von AktivistInnen dafür ein, dass die Fahrt mit den Bussen und Bahnen des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV) kostenfrei wird. Dafür hat die Initiative in den letzten Jahren immer wieder kreative und zum Teil auch ungehorsame Aktionen (wie Umsonstfahractionen) durchgeführt, Diskussionsveranstaltungen organisiert und Informationsmaterial herausgegeben. Auch wenn das Medienecho darauf wohlwollend war, konnte die Kampagne keine richtige Dynamik entfalten. Weder in der Bevölkerung noch in der NGO-Landschaft stößt sie auf einhellige Zustimmung. Von den Parteien im Abgeordnetenhaus unterstützt nur DIE LINKE die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV. HVV umsonst! arbeitet aber kontinuierlich an dem Thema weiter.

Berlin: In der Bundeshauptstadt sind ähnliche Kampagnen entstanden, auch wenn die Kampfbedingungen und die Klimaakteure jeweils etwas anders aufgestellt waren. So initiierte die *Arbeitsgruppe Öffentlicher Nahverkehr des Berliner Sozialforums* bereits im Jahre 2009 eine langfristig angelegte Kampagne für einen kostenfreien ÖPNV. Sie wurde dabei von der Gruppe *Für eine linke Strömung (FeLS)*¹³ unterstützt, die inzwischen in der Interventionistischen Linken aufgegangen ist. Nach den Klimaprotesten in Kopenhagen entschied sie sich, bewusst eine lokale Praxis für Klimagerechtigkeit zu entwickeln. Die Initiative versuchte zunächst, sich mit Diskussionsveranstaltungen und Netzwerkarbeit zu verbreitern, wollte aber perspektivisch auch Aktionen des zivilen Ungehorsams starten (Sander 2010). Zwar zeigten sich auch andere progressive Akteure offen gegenüber dem Vorschlag, der auch in den Medien auf Interesse stieß. Allerdings konnte sich das Bündnis nicht verbreitern und keine ausreichende Dynamik entwickeln. Deshalb wurde die Kampagne im Frühjahr 2011 wieder eingestellt.

Seit dem Sommer 2011 konzentrierten sich die klimapolitischen Akteure in Berlin auf die Rekommunalisierung der städtischen Stromversorgung. Weil auch dort der Konzessionsvertrag für das Stromnetz am 31. Dezember 2014 auslief, gründeten eine Reihe von Umweltverbänden, kleineren NGOs und Bürgerinitiativen sowie Attac Berlin, FeLS, Gegenstrom Berlin und Aktive der Partei DIE LINKE den *Berliner Energietisch*¹⁴ (Schuster/Tzschiesche/Wenderlich 2012; Angel 2015; Blanchet 2015). Ziel des Bündnisses war es, mithilfe eines Volksbegehrens das Stromnetz wieder in öffentliche Hand zu bringen und ein neues Stadtwerk zu gründen. Dafür schrieb die Initiative selbst ein Gesetz, in dem weitgehende soziale und ökologische Ziele sowie neuartige partizipative Mitbestimmungsmöglichkeiten vorgesehen waren. Nicht zuletzt weil Vattenfall in der Stadt verhasst ist, schlossen sich viele Akteure dem Bündnis an. Deswegen stieß es auch auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung und erfuhr viel Zuspruch in den Medien. Alle Oppositionsparteien im Berliner Abgeordnetenhaus (LINKE, Grüne, Piraten) unterstützten das Volksbegehren.

Auf dieser Grundlage absolvierten die Energietisch-Aktiven die erste Sammelstufe im Frühjahr 2012 mit Bravour. Kurz vor der zweiten Phase schlug das Bündnis ein fragwürdiges Kompromissangebot der SPD-Fraktion aus. In vier Monaten konnten Hunderte Aktive mit circa 250.000 weit mehr Unterschriften sammeln, als eigentlich nötig waren. Der Energietisch konnte jedoch nicht ausreichend öffentlichen Druck aufbauen, um zu verhindern, dass der Senat den Termin des Volksentscheids auf einen unattraktiven Tag statt auf das naheliegende Datum der Bundestagswahl legte. So stimmten am 3. November 2013 zwar etwa 600.000 BürgerInnen bzw. 83 Prozent der Abstimmenden mit «Ja». Trotzdem unterlag die Initiative denkbar knapp, weil sie das notwendige Quorum um 20.000 Ja-Stimmen verfehlte (Stützle 2013). Die Regierung und vor allem die SPD verteidigten mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Interessen von Vattenfall. Der Senat machte dem Energietisch aber zumindest insofern begrenzte Zugeständnisse, als sie ein strukturell schwach aufgestelltes

12 Vgl. die Webseite der Initiative unter: <http://hvzumsonst.blogspot.de>.

13 Vgl. den Internetauftritt der Gruppe unter: <http://fels.nadir.org/de>.

14 Vgl. die Webseite des Bündnisses unter: <http://berliner-energietisch.net>.

Stadtwerk gründete und einen Rückkauf des Stromnetzes in Aussicht stellte. Das Vergabeverfahren für die neue Netzkonzession war zur Fertigstellung dieser Studie immer noch nicht abgeschlossen. Ein zweifelhaftes Public-Private-Partnership-Modell wird aber immer wahrscheinlicher.

Die Gruppen innerhalb des Energietischs, die aus der radikalen Klimabewegung stammen, hofften vor allem auf eine politische Ausstrahlungswirkung des Projekts, das das allgemeine Konzept der Vergesellschaftung in einen konkreten, gewinnbaren Kampf übersetzen sollte:

Das Berliner Beispiel [könnte] im Erfolgsfall als neue Form direktdemokratischer Stadtwerte einen bundesweiten Vorbildcharakter bekommen, zumal in Hamburg gleichzeitig mit der Bundestagswahl ein ähnlicher Volksentscheid stattfinden wird. Die Möglichkeiten von Volksbegehren bzw. von (Re-)Kommunalisierungen unter progressiven Vorzeichen könnten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen erprobt werden, um insgesamt eine Demokratisierung voranzutreiben. Damit könnte Vergesellschaftung von einem politischen Konzept zu einem manifesten Kampf um eine neue Form kollektiv ausgehandelter Bedürfnisbefriedigung werden. (Frey/Sander 2013)

Die Niederlage beim Volksentscheid bedeutete zwar einen Rückschlag für emanzipatorische Kämpfe um Energiedemokratie. Es konnte aber zumindest eine mittelfristige Diskursverschiebung und eine Stärkung der städtischen Umweltbewegung erreicht werden. Die Gruppe FeLS hob insbesondere hervor, dass es gelungen war, mit einem konkreten Vergesellschaftungsprojekt an die Interessen der BerlinerInnen anzuknüpfen, weil es reale Vorteile für viele Menschen versprach:

Die weitreichende Richtungsforderung nach der Vergesellschaftung von Grundgütern wird nur mit konkreten Anknüpfungspunkten gesellschaftlich wirkungsmächtig, ist dann aber sehr anschlussfähig. Wird sie in Forderungen in Bezug auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen übersetzt, bekommt sie breite Zustimmung, insbesondere sobald diese Forderungen in Verbindung mit einem realisierbaren Vorhaben präsentiert werden. (FeLS Klima-AG 2015)

Nach dem verlorenen Volksentscheid versuchte FeLS an die Arbeit für eine soziale Stromversorgung anzuknüpfen, die bereits während des Volksbegehrens in der Sozial-AG des Energietischs begonnen hatte. Die Gruppe folgte dabei dem Vorbild der Londoner Initiative *Fuel Poverty Action*,¹⁵ die erfolgreich von Energiearmut Betroffene organisiert und ihnen in Großbritannien eine öffentlich hörbare Stimme gegeben hat. Im Rahmen des Energietischs engagierte sich FeLS gegen die Einführung von unsozialen Prepaid-Zählern in Deutschland und setzte sich öffentlichkeitswirksam für den Fortbestand einer Schuldnerberatung ein, der Vattenfall die Finanzierung streichen wollte. Perspektivisch wollte die Gruppe auch versuchen, Abklemmungen durch Blockadeaktionen zu verhindern. Allerdings fand sie keinen geeigneten Ansatzpunkt, um der Kampagne eine tatsächliche Dynamik zu verleihen, und stellte sie deshalb Ende 2014 ein. Gründe dafür waren, dass es kaum Bündnispartner für das Thema gab, viele Betroffene sich nicht selbst als *energiearm* begreifen und der öffentliche Diskurs um Energiearmut nicht so prominent wie in Großbritannien ist.

Auch wenn die große Bewegung des Volksbegehrens vorbei ist, arbeitet der Energietisch kontinuierlich weiter für eine soziale, ökologische und demokratische Stromversorgung. Seit einigen Jahren beschäftigt sich das Bündnis *Kohleausstieg Berlin*¹⁶ mit den Möglichkeiten, sich in der Stadt für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kohle einzusetzen. Es organisiert Podiumsdiskussionen, Filmabende und kleinere Aktionen. Beide Initiativen sind (inzwischen) allerdings stark von NGOs geprägt und setzen eher auf fachpolitische Expertise und professionelle Öffentlichkeitsarbeit, weniger auf bewegungsförmige Zuspitzung und Graswurzel-Aktivismus. Demgegenüber hat das Bündnis *Ende Gelände Berlin*, das zu den Kohlebesetzungen mobilisiert, aber auch lokale Aktionen startet, eine starke Aktivität entfaltet. Interessante sozial-ökologische Gruppen und Projekte sind nicht nur in Hamburg und Berlin, sondern auch in einer Reihe anderer Städte entstanden.

Leipzig: Im Jahre 2008 gründete sich die Gruppe *Klimagerechtigkeit Leipzig*,¹⁷ die sich in den folgenden Jahren an den überregionalen Aktivitäten der Klimabewegung beteiligte. So mobilisierte sie zum Hamburger Klimacamp und zu den Kopenhagener Gipfelprotesten. Im Oktober 2010 organisierte sie zusammen mit anderen Klimagruppen einen Aktionstag gegen die in Leipzig ansässige Strombörse, die als einer der internationalen Handelsplätze für den umstrittenen Emissionshandel fungiert. Die Leipziger Gruppe brachte sich in den 2011 beginnenden Klimacamp-Prozess in der Lausitz ein (s. u.). Im Jahre 2012 beteiligte sie sich außerdem am stark regional und bürgerlich geprägten Klimacamp in Hohenmölsen nahe Leipzig. Nach einigen erfolgreichen Jahren wurde die politische Perspektive für die Gruppe immer unklarer und sie dünnte personell aus. Sie wurde ein Stück weit von der 2014 neu gegründeten Klima-AG von *Prisma*,¹⁸ der Leipziger IL-Gruppe, abgelöst, die sich bisher vor allem in «Ende Gelände» einbrachte (s. u.). Zwar sind in Leipzig AktivistInnen seit den Anfängen der

15 Vgl. die Webseite der Initiative unter: www.fuelpovertyaction.org.uk.

16 Vgl. den Internetauftritt des Bündnisses unter: <http://kohleausstieg-berlin.de>.

17 Vgl. die Webseite der Gruppe unter: <http://klimagerechtigkeit.blogspot.de>.

18 Vgl. den Internetauftritt der Gruppe unter: <http://prisma.blogspot.de>.

Klimabewegung zu dem Thema sehr aktiv. Doch das Beispiel der Stadt zeigt, wie schwierig es sein kann, eine funktionierende lokale Klimapraxis zu entwickeln und welche Anforderungen an die beteiligten Gruppen damit verbunden sind.

Hannover: In den letzten Jahren setzte sich die kleine Aktionsgruppe *Bewegt autofrei maximal sozial/Bams!* für einen ticketlosen Nahverkehr in Hannover ein. Sie organisierte mehrere kreative Straßen- und Adbusting-Aktionen,¹⁹ um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Zudem beteiligte sie sich an dem Beteiligungsverfahren der Stadtverwaltung für das Projekt *Masterplan: 100 % für den Klimaschutz*, in dem die Stadt zusammen mit Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Plan für ein klimaneutrales Hannover im Jahre 2050 entwickeln wollte. Dort konnte die Gruppe ihre konkrete Vision einer autofreien Stadt stark machen, ohne dass diese Perspektive freilich Eingang in die offizielle Politik fand. Zuletzt dünnte die Gruppe allerdings personell aus und löste sich schließlich auf.

Bremen: In der Hansestadt gründeten im Jahre 2008 antirassistische und globalisierungskritische Gruppen das *Klimaplenum Bremen*.²⁰ Zwar engagierten sich die Gruppen auch stark beim Aufbau der deutschen und transnationalen Klimagerechtigkeitsbewegung, legten den Fokus aber schon vor Kopenhagen auf eine lokale Praxis. So startete das Klimaplenum 2009 eine Kampagne für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr und führte dafür zwei sogenannte *Umsonstfahrttage* unter dem Motto *«Reclaim Your Public Transport»* durch. Mehrere Aktionsgruppen fuhren mit Bussen und Bahnen ohne Ticket durch das Stadtgebiet, suchten das Gespräch mit den Fahrgästen und warben damit öffentlich für eine sozial-ökologische Verkehrspolitik. Die lokalen Medien schenken den Aktionen eine breite und überwiegend positive Aufmerksamkeit, die Mobilisierung blieb aber schwach. Ende 2009 wurde die Kampagne eingestellt und nach Kopenhagen fand ein starker personeller Umbruch in dem Bündnis statt (Sander 2010). Es führte zwar noch mehrere Aktionen zum Thema ressourcenintensive Mobilität und Verkehr durch, fand aber nicht mehr zu seinem anfänglichen Schwung zurück.

Düsseldorf: Im Fahrwasser der Attac-Stromkonzernkampagne (s. o.) organisierte eine lokale Gruppe der Interventionistischen Linken zusammen mit Attac Düsseldorf 2008 eine eigene Subkampagne zur Enteignung der großen Energieversorger. Die beiden Gruppen führten mehrere Aktionen durch, die sich insbesondere gegen den Konzern Eon richteten, der seinen Hauptsitz in Düsseldorf hat. Die Aktivitäten waren wichtig, um die Enteignungsforderung in die linksradikale Klimabewegung einzuführen, mündeten allerdings nicht in eine längerfristige Praxis. Ferner initiierte die Interventionistische Linke in Düsseldorf im Jahre 2009 mit mehreren Bündnispartnern eine Initiative zur Einführung eines Sozialtickets im ÖPNV. Das Ziel war in erster Linie, die Menschen in einen Kampf zu involvieren, der ihre Lebensbedingungen unmittelbar verbessern könnte. Aus dem Beispiel lässt sich aber auch für die klimapolitisch motivierten Kämpfe um den öffentlichen Nahverkehr lernen. Durch eine geschickte Bündnispolitik und günstige politische Rahmenbedingungen gelang es den InitiatorInnen, das Bündnis *Initiative für ein Sozialticket in Düsseldorf*²¹ sukzessive in die politische Mitte auszuweiten, bis schließlich der zuständige Aufsichtsrat des *Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR)* tatsächlich beschloss, ein Sozialticket zum 1. Januar 2011 einzuführen (Sander 2010).

Tübingen: Im Frühjahr 2008 lud die Gruppe *ZAK³-Tübingen*, die ursprünglich aus der internationalistischen Solidaritätsarbeit der 1970er und -80er Jahre entstanden war, zur Gründung einer Kampagne *«TüBus umsonst – Nulltarif im Stadtverkehr»*²² verschiedene linke und zivilgesellschaftliche Gruppen ein. Sie beschreibt diese Forderung als «einen doppelten Spagat: zwischen sozialer Frage und Ökologie ebenso wie zwischen pragmatischer Kommunalpolitik und antikapitalistischer Utopie» (ZAK Tübingen 2010). Sie führte ein öffentliches Hearing zu dem Vorschlag durch und machte mehrere kreative Aktionen – einschließlich Umsonstfahrt-Aktionen. Die Reaktionen in der Bevölkerung und das Medienecho waren überwiegend positiv. Es gelang aber nicht, ein breiteres Bündnis zu dem Thema aufzubauen und die politisch Aktiven in der Universitätsstadt in größerem Maße zu mobilisieren. Auf politischer Ebene unterstützte zunächst nur die Linksfraktion ohne Vorbehalte den ticketfreien Nahverkehr. Bald machte sich auch der grüne Bürgermeister Boris Palmer die Idee zu eigen, sodass sie endgültig in der offiziellen Stadtpolitik ankam. Die Stadtregierung verschleppte jedoch eine Entscheidung; zuletzt verschob sie eine geplante Bürgerbefragung auf den Herbst 2017. Die Gruppe ZAK bleibt weiter an dem Thema dran.

Es ist deutlich geworden, dass Gruppen der Klimabewegung in einer Reihe von Städten ermutigende und zum Teil auch erfolgreiche Kampagnen für eine sozial-ökologische Transformation durchgeführt haben. Allerdings leiden diese Ansätze seit einigen Jahren unter strategischen Orientierungsproblemen. Die Kampagnen für einen kostenfreien ÖPNV konnten bisher keinen Durchbruch erzielen; die Volksbegehren in Hamburg und Berlin lassen sich nicht einfach wiederholen; die Aktivitäten gegen Energiearmut haben keinen Schwung entwickelt.

19 Bei Adbusting-Aktionen werden auf kreative und subversive Weise Werbungen im öffentlichen Raum verfremdet, um die ursprüngliche Aussageabsicht zu karikieren und mit einer neuen Bedeutung zu versehen.

20 Vgl. den Blog des Klimaplenums unter: <http://klimaplenum-bremen.blogspot.de>.

21 Vgl. die Webseite des Bündnisses unter: www.sozialticket-duesseldorf.de.

22 Vgl. die Informationen zur Kampagne unter: http://zak-tuebingen.org/?page_id=10.

Keines der Projekte konnte tatsächlich eine übergreifende Bewegungsdynamik und eine größere Zahl von Nachahmungsprojekten auslösen. Zu unterschiedlich sind dafür die jeweiligen Bedingungen vor Ort. Es fehlt offenbar ein vielversprechender Ansatzpunkt, mit dem sozial-ökologischen Kämpfen eine neue Dynamik verliehen werden könnte. Die meisten entsprechenden Gruppen sind entweder eingeschlafen oder haben sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt – vor allem «Ende Gelände» (s. u.).

3.5 Der global-ökologische Bewegungsflügel: Anti-Kohle-Kämpfe und Klimacamps

Andere Gruppen zogen andere Konsequenzen aus der strategischen Neuorientierung nach Kopenhagen und wandten sich den *carbon majors* zu, um für eine radikale Reduktion der CO₂-Emissionen zu streiten. Dabei fokussierte der global-ökologische Flügel in Deutschland auf den Kampf gegen die Kohle, genauer gegen die beiden großen Braunkohlereviere, Rheinland und Lausitz, mit ihren Kraftwerken, Tagebauen und Infrastrukturen. Abgesehen von einigen Aktivitäten gegen die Erprobung der CCS-Technologie in der Lausitz machten die Gruppen kaum eigenständige Aktionen gegen andere große Emittenten von Treibhausgasen.

Die Begründung dafür ist, dass die Kohleverbrennung zu den zentralen Klimakillern in Deutschland zählt. Allein die RWE-Kohleindustrie im Rheinland war 2012 mit 100 Millionen Tonen CO₂ für knapp zehn Prozent der Treibhausgasemissionen der ganzen Bundesrepublik verantwortlich. Wenn es gelingen würde, diese fossilistische Industrie zeitnah abzuwickeln und damit ihre Emissionen massiv zu reduzieren, würde das einen erheblichen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit leisten und das Möglichkeitsfenster offenhalten, die globale Erwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Deshalb entstand vor allem in der Rheinländischen Bewegung – analog zur großen Schwester, der Anti-Atom-Bewegung – die Forderung nach einem sofortigen und umfassenden Kohleausstieg. Darüber hinaus verwiesen die AktivistInnen auch auf die sozial-ökologischen Verheerungen, die die Tagebaue und Kraftwerke vor Ort anrichten. Sie erzwingen Umsiedlungen von AnwohnerInnen, zerstören einzigartige Naturräume und setzen erhebliche Mengen an Feinstaub und Radioaktivität frei.

Neben diesen inhaltlichen Argumenten begründeten die Anti-Kohle-Gruppen ihre strategische Entscheidung wesentlich mit den Möglichkeiten des *movement building*, die eine Fokussierung auf die Kohlereviere eröffnen. Sie plädierten dafür, sich angesichts der begrenzten eigenen Kräfte um die Kohlefrage zu sammeln, um dort schrittweise eine starke Bewegung aufzubauen. So erklärte ein Aktivist, der die Protestaktionen im Rheinland mit initiierte:

Die Klimabewegung war immer nicht groß. Man muss sehen: Wo wird man handlungsfähig. Es gab einen Teil der Leute, die haben sich auf das Klimacamp konzentriert und auch auf die Braunkohlereviere. [...] Wir haben einfach das Potenzial des Rheinischen Reviers für Aktionsmöglichkeiten gesehen. Ich sehe das als einen wichtigen, guten Kristallisationsort, wo wir mit unseren Methoden wirklich Gegenmacht aufbauen können. (l 11)

Es ging darum, den Menschen ein Angebot zu machen, selbst für Klimagerechtigkeit aktiv zu werden und ihre Forderungen auf die Straße zu tragen, anstatt entweder auf die offizielle Klimapolitik zu hoffen oder sich (nur) einem individuellen Konsumverzicht zu verschreiben. Für den Bewegungsaufbau knüpften die KlimaaktivistInnen an die Tradition der *Camps for Climate Action* in Großbritannien an. Sie starteten in beiden Kohlereviere Klimacamps, um neue Leute zu politisieren, zu involvieren, Vertrauen untereinander aufzubauen und sich mit anderen Gruppen und Bewegungen zu vernetzen. Dabei setzten sie auf eine Kombination aus Weiterbildung (vor allem in Form von Workshops und Diskussionsveranstaltungen auf den Camps), Erproben von utopischen Lebensweisen im Kleinen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Sowohl in der Lausitz als auch im Rheinland konnten die AktivistInnen an eine längere Widerstandstradition von örtlichen Bürgerinitiativen anknüpfen, die sich vor allem gegen die Umsiedlungen wandten und weniger das Klimathema in den Mittelpunkt stellten. Das Verhältnis der beiden Klimacamps zu den BIs gestaltete sich allerdings unterschiedlich.

Rheinland: Bereits im Jahre 2008 hatten Aktive aus dem Spektrum der Umweltverbände zeitweise eine Streuobstwiese besetzt, die dem Braunkohletagebau Garzweiler II zum Opfer fallen sollte. Eine Reihe von AktivistInnen, die sich im Kontext der Kopenhagen-Proteste politisiert oder dem Klimathema zugewandt hatte, traf sich auf dem Bonner Klimacamp im Frühjahr 2010. Im Nachgang des Camps begannen sie, sich für das Rheinische Revier als Aktionsort zu interessieren. Gemeinsam mit der BUND-Jugend NRW organisierten sie noch im Sommer das erste Klimacamp im Rheinland. Das Camp war verbunden mit der Kampagne «*Wer anderen eine Grube gräbt*»: Knapp 30 AktivistInnen blockierten über mehrere Stunden erfolgreich einen Kohlezug. Die Blockade war Teil eines transnationalen CJA-Aktionstags. So fand gleichzeitig die oben erwähnte Demonstration gegen die Strombörse in Leipzig statt. Obwohl kaum linke AktivistInnen zu der Aktion gekommen waren, entschied sich die Gruppe weiterzumachen. In den nächsten Jahren baute sie langsam – mit Schwankungen und viel politischem Einsatz – die Aktionsstrukturen in der Region auf. Die KohlegegnerInnen wählten immer wieder neue Aktionsformen und fanden neue Bündnispartner. Sie wurden immer mutiger in ihren Aktionsformen und sammelten dadurch zugleich Erfahrungen und Fertigkeiten für die nächsten Aktionen. So wuchs die Bewegung Schritt für Schritt (Stötzel 2012; AusgeCO₂hlt 2013).

Das Jahr 2011 startete mit Aktionen gegen die Hauptversammlung von RWE in der Essener Grugahalle unter dem Motto «*RWE unplugged*». Zusammen mit AtomkraftgegnerInnen störten die KlimaaktivistInnen den Ablauf der Veranstaltung sowohl außerhalb als auch innerhalb des Tagungsgebäudes merklich. Die Aktionen wurden auch in den beiden folgenden Jahren wiederholt, konnten allerdings keine darüber hinausgehende Dynamik entfalten. Im Sommer 2011 fand das zweite Klimacamp in Kooperation mit dem *Eine Welt-Netz NRW* statt. Im Kontext des Camps kam es wieder zur Blockade eines Kohlezugs. Radikale Öko-AnarchistInnen schufen außerdem die *Werkstatt für Aktionen und Alternativen (WAA)*²³ in Düren im Rheinischen Revier, um einen dauerhaften Ort des Widerstands direkt in der Region zu etablieren. Im Dezember desselben Jahres gründete sich dann auch AusgeCO₂hlt aus dem Kreis der CamporganisatorInnen. Zunächst startete die Gruppe als offene Plattform, bei der auch die BUND-Jugend dabei war. Später konstituierte AusgeCO₂hlt sich als feste Gruppe, die seitdem eine tragende Säule im Rheinischen Kohlewiderstand ist. Anfang 2012 besetzten außerdem radikale Öko-AnarchistInnen Bäume im Hambacher Forst. Die spätere Räumung zog sich über Tage hin, insbesondere weil sich ein Aktivist in ein Tunnelsystem unter der Waldbesetzung eingegraben hatte. Parallel zum dritten Klimacamp im Rheinland starteten AktivistInnen zudem erneut eine Schienenblockade.

Im nächsten Jahr erreichte die Bewegung in der Kohleregion eine neue Qualität, da diesmal das Klimacamp zusammen mit einem «*Reclaim the Fields Camp*» organisiert wurde, das von einem aktivistischen Netzwerk für Ernährungssouveränität getragen wurde. Es war in Bezug auf die TeilnehmerInnen das bis dahin größte Camp und erreichte auch eine größere Öffentlichkeit. Außerdem wurde es durch die AktivistInnen der «*Reclaim Power Tour*» verstärkt (s. o.). 2014 fand das fünfte Rheinische Klimacamp im Rahmen der EKIB-Kampagne «*Kohleausstieg ist Handarbeit*» statt. Das Camp war zwar etwas ruhiger und kleiner als die vorherigen. Aber der Umstand, dass die *Climate Games*²⁴ in Amsterdam Teil der Kampagne waren, zeigte die zunehmende transnationale Vernetzung der Rheinländischen AktivistInnen. Vor allem stand das Jahr 2014 im Zeichen der Vorbereitung für eine deutlich größere Massenaktion im folgenden Jahr, die dann «*Ende Gelände*» werden sollte. Es war also gewissermaßen die Ruhe vor dem Sturm.

Eine langjährige Aktivistin im Rheinländischen Kohlewiderstand erklärte, dass die Strategie der aktionistischen KohlegegnerInnen darin besteht, Bewegungsaufbau mit öffentlichem Druck zu kombinieren. Diese strategische Orientierung war Ausdruck der allgemeinen politischen Neuausrichtung in der Bewegung nach Kopenhagen:

Wir gehen hin zu konkreten Quellen von CO₂-Emissionen – und zwar auf lokaler Ebene oder auf Länderebene. Der Blick ist dann natürlich in Deutschland auf das Rheinische Braunkohlerevier als größte CO₂-Quelle Europas [gefallen]. Und dann war die Idee, man blockiert da auch konkret Infrastruktur oder zerstörerische Abläufe, anstatt symbolisch vor einem Treffen von Politikern zu protestieren. Natürlich geht es um Öffentlichkeit und eine Pressearbeit dazu. Und es geht auch um das Zeichen und darum, politischen Druck aufzubauen. Aber es geht tatsächlich auch um so ein Gefühl von: «Wir können das. Wir können diesen Ablauf tatsächlich selbst verhindern, [indem wir uns] denen physisch in den Weg stellen – auch wenn es nur ein Tag ist.» (I 8)

Die systemkritische Anti-Kohle-Bewegung zielt darauf, eine eigene Gegenmacht aufzubauen, um ihre Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg zu verbreiten und Druck auf die herrschenden Parteien auszuüben, um perspektivisch tatsächlich zu erreichen, dass Kohlekraftwerke, Tagebaue und Stromkonzerne abgewickelt werden. Im Zentrum der Politik von AusgeCO₂hlt und den AktivistInnen im Rheinland steht allerdings das *movement building*. Vor allem geht es ihnen darum, sich selbst und TeilnehmerInnen der Camps und Aktionen ein Gefühl der Selbstermächtigung zu vermitteln. Die oben bereits zitierte Aktivistin untermauerte die Bedeutung einer solchen Ausrichtung durch ihre eigenen Erfahrungen:

Ich glaube [...], dass die Camps selbst etwas total Politisierendes haben. Ich habe das selbst erlebt auf einem Klimacamp in London. [...] Das war für mich total das Schlüsselerlebnis, mit Leuten zusammen zu sein, die wirklich was tun. [Dieses Gefühl]: «Ich bin nicht alleine; wenn sich Leute zusammenschließen, dann können wir auch was bewegen», das [wurde] bei den Aktionen vermittelt. 2014 gingen etwa 20 Leute [...] – so eine ganz kleine Gruppe von Menschen – auf diesen Bagger zu im Garzweiler-Tagebau und diese gigantische Maschine, die hat einfach angehalten. (I 8)

Die Aktiven bekamen dabei das Gefühl, den Kohleausstieg selbst erzwingen zu können, wenn noch deutlich mehr Menschen die Bagger mit ihren eigenen Körpern stoppen. Diese Erfahrung von Selbstwirksamkeit hat viele für eine aktionistische Politik begeistert. Die ImpulsgeberInnen des Kohlewiderstands versuchen bewusst, einen ähnlichen Spirit wie in der Anti-Atom-Bewegung zu erzeugen, indem sie etwa an die Tradition der Schienenblockaden anknüpfen. Bei dem politischen Ansatz von AusgeCO₂hlt geht es also stark darum, die Menschen über unmittelbare Erlebnisse für die Zerstörungen der Kohlewirtschaft zu sensibilisieren und sie politisch zu radikalieren:

23 Vgl. den Blog der AktivistInnen unter: <http://waa.blogspot.de>.

24 Vgl. die Internetpräsenz der Energiekämpfe unter: <https://climategames.nl>.

Wir haben dann immer versucht, neue Leute für das Revier, für die Kämpfe dort zu gewinnen. [...] Dort wird der Klimawandel konkret, dort kannst du's angreifen. Du kannst die Zerstörung sehen. Die Menschen müssen das sinnlich erfahren, das abstrakte Thema. Und dafür sind die Reviere total geeignet. Genauso wie zum Beispiel, wenn du in dem Wald bist, wenn du dann an der Kante stehst, wo die alles plattmachen, das berührt die Leute emotional. Und du musst die Leute nicht nur abstrakt vom Kopf [...], sondern auch von den Emotionen her kriegen. Und dafür brauchst du Gemeinschaftsgefühl, dafür braucht es [gemeinsame] Aktionen und du brauchst Orte dafür. (I 11)

Die Gruppe *AusgeCO₂hlt* ist einer der Motoren der aktionistischen Anti-Kohle-Bewegung im Rheinland. Ihre Schlagkraft ziehen die Mitglieder der Gruppe aus ihrem starken sozialen Zusammenhalt und dem Umstand, dass der Kern der Gruppe emanzipatorische Politik nicht nur als kurzfristiges Hobby, sondern als langfristige Lebensaufgabe macht. *AusgeCO₂hlt* bringt Kontinuität in den Protest und hat ein gutes strategisches Gespür dafür, welche Botschaften Leute ansprechen und welche neuen Praxisformen es sich lohnt auszuprobieren. Ferner fungiert die Gruppe als Bindeglied zwischen radikaleren Öko-AktivistInnen auf der einen Seite und Bürgerinitiativen, NGOs und anderen linksradikalen Gruppen auf der anderen Seite. Zugleich tritt sie unmissverständlich für eine *system-change*-Perspektive ein.

Zu den AktivistInnen im Hambacher Forst, die eine umstrittene, aber wichtige Kraft im Kohlewiderstand sind, hat *AusgeCO₂hlt* ein freundschaftliches Verhältnis. Seit nunmehr vier Jahren schützen sie unter hohem persönlichen Einsatz diesen ganz besonderen Wald und besetzen in direkten Aktionen, die klein, aber wirkungsvoll sind, regelmäßig die Bagger. Jahr um Jahr werden sie geräumt und besetzen den Forst immer wieder von Neuem (Silva 2015). Zuletzt haben die Repression und die rechtswidrigen Übergriffe vonseiten der Polizei und des RWE-Werksschutzes deutlich an Intensität gewonnen. Vor diesem Hintergrund schlugen die Grünen in Düren kürzlich eine Schlichtung zwischen Konzern und WaldbesetzerInnen vor. Letztere stehen dem aber skeptisch gegenüber, da sie befürchten, dass dieser Schritt die Bewegung schwächen und den Diskurs von der Beendigung der Kohleförderung zum Ende des Protestes verschieben würde. Eine Idee war deshalb, zur Vorbedingung für Verhandlungen zu machen, dass der Tagebau zumindest für die Zeit der Gespräche angehalten wird. Auch wenn die Mitglieder von *AusgeCO₂hlt* größtenteils nicht unmittelbar in der Region wohnen, pflegen sie enge Kontakte in die örtliche BI-Szene. Die war schon in den 1980er Jahren gegen die Tagebaue aktiv und erreichte in den 1990er Jahren den Höhepunkt ihres Kampfzyklus. Nachdem Garzweiler II genehmigt worden war, brach der Protest jedoch ein. Viele AnwohnerInnen wurden desillusioniert und zogen sich in die politische Passivität zurück. Neben den verbleibenden BI-AktivistInnen versucht der BUND NRW vor allem auf gerichtlicher Ebene gegen die stetige Ausbreitung der Tagebaue anzukämpfen. Die zumeist jungen KlimaaktivistInnen brachten wieder Leben in den lokalen Widerstand. Seit einigen Jahren gibt es wieder ein Netzwerktreffen von verschiedenen Initiativen, das *Bündnis gegen Braunkohle*. Die Aktivitäten vor Ort haben sich dadurch konsolidiert, aber es ist keine tatsächliche Bewegung in den betroffenen Dörfern entstanden. Die graswurzelorientierten Klimagruppen legen Wert auf eine lokale Verankerung und versuchen die AnwohnerInnen einzubeziehen. Im Wesentlichen folgen sie aber ihrer eigenen Agenda und wählen ihre Aktionsformen selbst. Die werden zwar nicht von allen BI-Aktiven geteilt, insgesamt gibt es aber eine relativ große Akzeptanz in der Bevölkerung für verschiedene Formen des Protests. Etwas anders stellen sich die Ausgangsbedingungen für Kohleproteste in der Lausitz dar.

Lausitz: Die Klimacamps in der Lausitz wurden wesentlich von der Gruppe *Gegenstrom Berlin* angestoßen, die gewissermaßen im Osten das Pendant zu *AusgeCO₂hlt* ist. In der Berliner Gruppe zog sich die Gründergeneration sukzessive zurück und eine neue Generation, die um Kopenhagen herum dazugestoßen war, prägte die Politik der folgenden Jahre. *Gegenstrom* arbeitete zunächst zu Kohle, CCS und Emissionshandel und organisierte zusammen mit Klimagerechtigkeit Leipzig die Demonstration gegen die Leipziger Strombörse im Sommer 2010. Ihre Mitglieder wurden stark von den ersten Gehversuchen der aktionistischen KohlegegnerInnen im Rheinland inspiriert. Nachdem sie auf der wichtigen Aktionskonferenz Anfang 2011 in Berlin verstärkt mit Bürgerinitiativen aus der Lausitz in Kontakt gekommen waren, entschlossen sie sich, auch in der ostdeutschen Kohleregion einen Klimacamp-Prozess zu starten. Zusammen mit lokalen Aktiven organisierte *Gegenstrom* im Sommer 2011 das erste *Lausitzer Klima- und Energiecamp*.²⁵ Parallel zum Camp besetzten AktivistInnen die Parteizentrale der Brandenburgischen LINKEN in Potsdam, um gegen die drohende Erprobung der CCS-Technologie in dem ostdeutschen Bundesland zu protestieren.

Auch in den folgenden Jahren fanden regelmäßig Klimacamps in der Lausitz statt. Um die lokale Bevölkerung einzubinden, organisierten die KlimaaktivistInnen jedes Jahr ein gemeinsames Fußballspiel, eine große Podiumsdiskussion vor Ort und einen Abschlussgottesdienst mit einem örtlichen Pfarrer, der eine wichtige Instanz des Braunkohlewiderstands ist. Ferner wurden den BesucherInnen des Camps Workshops und Theaterstücke angeboten. Zum Teil starteten AktivistInnen auch provokative Protestaktionen wie die Störung von Veranstaltungen der Kohlelobby oder eine Sitzblockade vor einem der Kohlekraftwerke im Revier. Einen Höhepunkt für

25 Vgl. die Internetpräsenz des Camps unter: www.lausitzcamp.info.

die Anti-Kohle-Bewegung in der Lausitz stellte die Menschenkette gegen den schmutzigen Energieträger im Jahre 2014 dar. An der Kette, die bis nach Polen reichte, nahmen über 7.000 Menschen aus 23 Ländern teil. Sie war die bis dato größte Anti-Kohle-Aktion in der Region. Dementsprechend begeisterte sie die kohlekritischen AnwohnerInnen und erzeugte eine starke mediale Aufmerksamkeit.

Gegenstrom Berlin entschied sich 2011, den Klimacamp-Prozess in der Lausitz zu starten, weil die Region direkt vor den Toren der Stadt liegt, die von dort Strom bezieht und auch von den ökologischen Schädigungen – etwa über Belastungen des Grundwassers – betroffen ist. Die Gruppe orientierte sich zwar an den Aktivitäten im Rheinland, wollte aber ihre Initiative partizipativer gestalten und bewusst Aktive aus der Region in den Organisationsprozess einbeziehen, der von Anfang an langfristig angelegt war. Eine langjährige Aktivistin von Gegenstrom erklärte die damals getroffenen strategischen Entscheidungen:

Dann war das erste Ziel, nachdem man ein bisschen die Bürgerinitiativen da kennengelernt hat, einen Kreis zu finden, der nicht nur aus Berlinern und Berlinerinnen besteht, sondern auch aus Leuten von vor Ort, um sich dann nicht sagen lassen zu müssen, man sei wie ein UFO, das da landet, alles durcheinanderbringt, dann wieder geht und verbrannte Erde hinterlässt, sondern [der] tatsächlich nachhaltig [...] in der Region Strukturen schafft. Es war immer klar, dass es nicht nur ein Klimacamp geben soll, sondern dass man da vielleicht tatsächlich einen langfristigen Widerstand etabliert. (I 6)

Der Prozess startete mit einem kleinen Kreis von Aktiven aus Berlin und Brandenburg, der das erste Klimacamp 2011 vorbereitete, um die Möglichkeiten eines solchen politischen Ansatzes in der Region auszuloten. Er traf sich oft in der Lausitz, um Region und Leute kennenzulernen. Dazu machten die Aktiven Postwurfsendungen in den betroffenen Orten und luden zu Diskussionsabenden in der Dorfkneipe ein. Auf diese Weise schafften sie es tatsächlich, dass die zunächst noch skeptischen lokalen BIs und AnwohnerInnen zu den Camps kamen und diese als Orte des Austauschs und der Aktionen annahmen. Deswegen hat der Organisationskreis, der bis heute im Wesentlichen in seiner Zusammensetzung erhalten geblieben ist, seine Arbeit fortgesetzt und das Camp als jährlich wiederkehrendes Ereignis in der Lausitz etabliert:

Dieses Die-Leute-Mitnehmen hat super funktioniert. Das hat eben eine Weile gedauert, bis man da mal die ersten Widerstände durchbrochen hat. Aber am Ende sagen [auch] die lokalen BIs: «Das Lausitzcamp gehört zum festen Bestandteil des Braunkohlewiderstands in der Lausitz.» [...] Vielleicht kann man es so sagen, dass bei uns ganz viele kleine Schritte gemacht werden und nicht der große, radikale, medienwirksame Schritt. (I 6)

Die zitierte Aktivistin verweist zudem auf eine Schlüsselsituation, die deutlich macht, dass dem Camp-Prozess der politische Brückenschlag zwischen globaler Klimagerechtigkeit und lokaler Betroffenheit in einer sozial-ökologisch benachteiligten Region in Deutschland gelungen ist:

Und eine schöne Anekdote, wo sich das mal bemerkbar gemacht hat, war, als der Ortsvorsteher von Schenkendöbern [...] in seiner Eröffnungsrede in der hiesigen Kneipe die Klimacamper begrüßt [hat]. Der hat das total unterstützt und gesagt: Er weiß, dass der Kampf gegen die Kohle nicht nur ein Kampf für die Heimat ist, sondern ein Kampf gegen den Klimawandel, und er weiß, dass sich das Camp international versteht. Und er hat [...] unseren Auftrag, unser Ziel, das wir uns gesetzt hatten, [...] eigentlich ausgesprochen, nämlich, den lokalen Kampf gegen die Kohle mit so einem internationalen Klimagerechtigkeitsgedanken zu verbinden. Das hat der vor versammelter Dorfgemeinschaft gemacht. Und das ist interessanterweise – obwohl das nur eine kleine Geschichte ist – für ganz viele Beteiligte ein total prägendes [...] Erlebnis gewesen, dass der diesen Bogen in seiner Rede gezogen hat. (I 6)

In diesem Erfolg liegt aber zugleich auch eine Begrenzung. So hat die aktionistische Bewegung im Rheinland eine attraktivere Ausstrahlung, weil sie größer ist und spektakulärere Aktionen hervorbringt. Der Rheinische Widerstand blieb immer ein Referenzpunkt für Gegenstrom, das sich eine ähnliche Dynamik für die Lausitz erhoffte. Der Versuch, dort direkte Aktionen zu starten, die für ein vergleichbares Aufsehen sorgen, hat jedoch lange keine Früchte getragen. Ein Grund liegt darin, dass aktionserfahrenere Leute sich bald aus den Strukturen zurückzogen und die AktivistInnen, die den Bewegungsaufbau in der Region fortführten, nicht über ausreichend Erfahrung und Radikalität verfügten, um selbstständig solche Aktionen zu organisieren. Komplementär dazu gewannen gemäßigte AktivistInnen aus der Lausitz an Gewicht in dem Campkreis. Dieser nahm stark auf die Wünsche und Befürchtungen der lokalen KohlegegnerInnen Rücksicht, die teilweise skeptisch gegenüber konfrontativeren Aktionen waren. Diese Rücksichtnahme drückte sich auch in den stärker realpolitisch geprägten Forderungen des Camps aus. So insistierten die AktivistInnen nicht auf einem sofortigen Kohleausstieg wie das Rheinische Camp, sondern schlossen sich den Bürgerinitiativen an, indem sie forderten, den Ausstieg sofort *einzuleiten*.

3.6 Die jüngste Phase der Bewegung: «Ende Gelände»

Seit 2013 vollzogen sich im weiteren zivilgesellschaftlichen Feld der Klima- und Energiepolitik molekulare Verschiebungen, die sich 2015 in einem gemeinsamen Kristallisationspunkt verdichteten. Die in ganz verschiedenen Spektren der Umweltbewegung an Fahrt gewinnende Debatte um einen Kohleausstieg und neue Interventionsfelder konnte in der Kampagne «Ende Gelände» einen Ausdruck finden. Die Idee, eine öffentlichkeitswirksame Massenaktion des zivilen Ungehorsams im Rheinland zu organisieren, überzeugte viele. Damit konzentrierten sich seit 2015 alle Kräfte der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung auf einen genuin global-ökologischen Ansatz. So analysierte ein Kenner der Umweltszene die damalige Konstellation:

Da sehe ich [...] eine Verschiebung in der Akteurslandschaft oder im Politikfeld in dem Augenblick, wo ab 2013/14 zunehmend Akteure das Kohlethema entdecken und auch Leute mit viel Bewegungserfahrung sich dem Thema widmen und dann versuchen, «Ende Gelände» auf die Beine zu stellen. Ich glaube, dass «Ende Gelände» das Ergebnis [...] von verschiedenen Diskurselementen ist, die zusammengreifen. (I 3)

Dieser Verdichtungsprozess in der ökologischen Bewegungslandschaft bestand im Wesentlichen aus fünf Elementen. *Erstens* stellte die langfristige Aufbauarbeit von Gruppen wie AusgeCo₂ht im Rheinland und Gegenstrom in der Lausitz die entscheidende Basis dafür dar, dass so etwas wie «Ende Gelände» überhaupt möglich werden konnte. Die Rheinländischen KlimaaktivistInnen gestalteten das Camp 2014 ruhiger, um ganz bewusst mit verschiedenen Akteuren das Gespräch zu suchen, ob sie sich für das folgende Jahr eine gemeinsame Massenaktion neuer Qualität vorstellen können. *Zweitens* schlossen sich Gruppen, die sich zuvor auf sozial-ökologische Ansätze konzentriert hatten, dem «Ende-Gelände»-Prozess an. Hintergrund dieser Entscheidung war, dass ihre eigenen Projekte an einen toten Punkt gekommen waren bzw. sie nicht mehr durch arbeitsintensive Kampagnen gebunden waren (s. o.). Das betrifft vor allem die Interventionistische Linke, die zudem umfangreiche Erfahrungen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams in den Prozess einbringen konnte. *Drittens* berichteten mehrere GesprächspartnerInnen von einem Phänomen, das sich als *Rückkehr der Klimakader* bezeichnen lässt. Eine Reihe von erfahrenen AktivistInnen, die die erste Phase der Klimabewegung noch stark geprägt hatten und sich dann sukzessive aus unterschiedlichen Gründen zurückzogen, kehrte 2014 in die Protestnetzwerke zurück und brachte Erfahrung und Kontakte mit.

Viertens konnten die KlimaaktivistInnen die linke Degrowth-Bewegung für ihre Kampagnenidee gewinnen. Das wurde dadurch begünstigt, dass die Initiative *Konzeptwerk Neue Ökonomie*, die eine katalysatorische Rolle in der Bewegung spielt, sich selbst entschied, einen Wechsel ihres strategischen Ansatzes auszuprobieren. Bisher hatte die wachstumskritische Bewegung stark auf akademischen Debatten einerseits und kleinen Alternativprojekten andererseits basiert. Nun versuchte das Konzeptwerk, die theoretischen Diskussionen zu erden und die Bewegung aus den Hörsälen herauszulockern. Die Mitglieder des Konzeptwerks wollten über den reinen Bewusstseinswandel hinauskommen und zusammen mit der wachstumskritischen Szene «aktionsorientierte Methoden des gesellschaftlichen Wandels ausprobieren» (I 8). Die eigenen konzeptionellen Entwürfe sollten an einem konkreten Politikfeld und in einem tagespolitischen Konflikt geprüft werden. *Fünftens* wandte sich seit einigen Jahren auch eine Reihe von Umweltverbänden und anderen NGOs verstärkt dem Kohlethema zu. Sie starteten eigene Kampagnen und Aktionen wie die großen Menschenketten und öffneten sich dabei zunehmend dem radikaleren Klimaspektrum. Die internationale Organisation 350.org lud 2013 mehrere Hundert KlimaaktivistInnen zu einem internationalen Vernetzungstreffen nach Istanbul ein und rief dort das Projekt *Global Power Shift* aus. Auch in Deutschland kamen in der Folge viele VertreterInnen von etablierten Verbänden und aktionistischen Graswurzelgruppen zu einem Treffen zusammen. Zwar führte der Prozess hierzulande nicht zu einem unmittelbaren Ergebnis. Aber solche und ähnliche Treffen schufen die Basis für die spätere Zusammenarbeit in Bezug auf «Ende Gelände». Ausdruck der intensivierten Kooperation ist auch, dass sich seit 2015 regelmäßig eine *Kohlerunde* aus aufgeschlossenen VerbandsvertreterInnen und bewegungsnahen AktivistInnen zum Austausch trifft.

Die strategischen Verschiebungen im bewegungspolitischen Feld sind auch vor dem Hintergrund von wichtigen Prozessen in der offiziellen Klima- und Energiepolitik zu sehen. *Zum einen* stand Ende 2015 der nächste große UN-Klimagipfel in Paris an. Ähnlich wie schon in Kopenhagen wurden im öffentlichen Diskurs große Hoffnungen in die Verhandlungen gesetzt, nun endlich zu einem neuen internationalen Klimavertrag zu kommen und damit das Problem der globalen Erwärmung zu lösen. Dazu mussten sich alle zivilgesellschaftlichen Akteure auf die eine oder andere Weise verhalten. *Zum anderen* zeichnete sich in der Bundesrepublik ab, dass die Zukunft der Kohle zu einem der nächsten großen Konflikte nach dem neuen Atomkompromiss von Fukushima werden würde. 2015 rang Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel um den staatlichen Umgang mit alten Kohlekraftwerken. 2016 befeuerte die Organisation *Agora Energiewende* die Debatte um einen langfristigen Kohleausstieg mit ihren «Elf Eckpunkten für einen Kohlekonsens» (Agora Energiewende 2016) und im selben Jahr will Vattenfall sein Braunkohlegeschäft in der Lausitz verkaufen.

«Ende Gelände» war eine klare Antwort der Bewegung auf diese Konstellation: «Das war so eine Entgegnung: «Ihr verhandelt das Klima in Paris [...] und wir verhandeln das Klima im Braunkohletagebau» (I 8). Vor allem ist es auf diese Weise gelungen, den Widerspruch aufzulösen, dass der Klimawandel nur lokal an den unmittelbaren Orten der CO₂-Produktion bekämpft werden kann, dieser Kampf sich aber in einer transnationalen Solidarität verortet und ein globales Problem adressiert. So resümiert eine Aktivistin, die stark in die transnationalen Bewegungsnetzwerke eingebunden ist:

Es [gab] aus den Erfahrungen von [...] Kopenhagen die Überlegung: «Okay, das müssen wir anders angehen [...], nicht auf Paris fokussieren und auch schon darüber hinausdenken, was danach kommt.» [...] Ich glaube, das war wichtig für die Klimabewegung [zu sagen]: «Ja, wir machen was hier vor Ort», weil Klimapolitik sollte ja lokal werden nach Kopenhagen. Aber das hat völlig den Fokus verloren, dass es ein globales Phänomen ist und eine internationalistische Gerechtigkeitsperspektive braucht. Und das – hab ich das Gefühl – das kam dann wieder mit Paris, mit «Ende Gelände» und dem Vorschlag von AusgeCo₂ht und dass bei dem Treffen in Köln Leute aus anderen Ländern da waren. [...] [«Ende Gelände»] hat es geschafft, diese Kurve zu bekommen. (I 7)

In der geschilderten Gemengelage wollte «Ende Gelände» also ein transnational wahrnehmbares Zeichen setzen, bezog sich aber vor allem auf den Kontext in Deutschland bzw. im Rheinland. Die beteiligten Akteure verfolgten mit der Kampagne ganz unterschiedliche Strategien, die sich aber gut ergänzten. Dem Kern der beteiligten Klimagruppen ging es darum, den lokalen Widerstand zu stärken und den Aufbau der Klimabewegung voranzutreiben. Die Stärke sollte der Aktion aber nicht in erster Linie dadurch zufließen, dass sie aktionsorientierte linksradikale AktivistInnen zusammentrommelt, sondern dass sie neue soziale Kreise politisiert (Interventionistische Linke 2015a). Ein Mitglied der Interventionistischen Linken erläuterte diese strategische Herangehensweise:

Erst mit dem Pariser Klimagipfel als Fortsetzung von Kopenhagen gab es dann ein strategisches Konzept, was viele Leute überzeugt hat, nochmal so eine Massenaktion zu machen, nämlich zu sagen: «Gerade im Jahr von Paris mobilisieren wir nicht nach Paris, sondern machen hier eine Aktion vor Ort.» Das [fiel] zusammen mit einem Aufschwung der Auseinandersetzung um Kohle in der deutschen Politik. [Es gab] ein ziemlich offensichtlich werdendes und auch medial offensichtlich werdendes Auseinanderklaffen zwischen Klimazielen und realer Situation in Deutschland aufgrund der weiteren Kohleverstromung. [...] Wir haben auch immer gesagt: Wenn wir mehr Leute werden wollen bei den Protesten, dann reicht es nicht, nur eine große Aktion auszurufen und dann vielleicht die linksradikale Szene stärker zu mobilisieren. Das ist auch nicht das, wo wir unsere Energie drauf verschwenden wollen, sondern wir müssen Bündnispartner gewinnen, die tatsächlich andere Leute mobilisieren können. (I 2)

Jenseits des *movement building* setzte «Ende Gelände» auch auf eine linke Intervention in den bundesweiten Kohlediskurs. Die Aktion wurde kampagnenförmig auf die Frage des Kohleausstiegs zugespielt, weil auf diese Weise am ehesten die öffentliche Aufmerksamkeitsschwelle durchbrochen und ein gesellschaftlicher Wandel eingeleitet werden kann. Dafür wählten die OrganisatorInnen das Mittel des zivilen Ungehorsams, um den Kohlekonflikt strategisch zu eskalieren. Dieser Ansatz überzeugte auch das anarchistisch geprägte Spektrum um AusgeCo₂ht, das in der Regel unangekündigte direkte Aktionen mit kleineren Gruppen präferiert:

Ich glaube, der Sprung [...] ist uns dadurch gelungen, dass wir ein Konzept, was bei «Castor Schottern» gemacht wurde, bei «Dresden Nazifrei» etc. übernommen [haben], und wir im Voraus schon gesagt haben, was wir machen, und einfach dieses Konzept, was unter dem Stichwort ziviler Ungehorsam [läuft], praktiziert haben. [Ein Genosse] hatte das damals so ausgedrückt: «Die Leute wollen wissen, worauf sie sich einstellen müssen, und dann selbst entscheiden, was sie machen, was ihre Grenzen sind.» [...] Und ich glaube, dass das eine Stärke war. Ich glaube, dass wir durch dieses Konzept auch eine andere Pressearbeit machen konnten, weil wir einfach früher schon [...] Journalisten einbinden konnten [...] und dadurch das Ganze auch eine ganz andere Presseöffentlichkeit bekommen hat. Also, wir [haben] stark auch geguckt, was erzeugen wir für Bilder, und [haben] das auch als Macht gesehen, dass das auch ein Interventionsmittel ist, und nicht nur so sehr, wie effektiv ist eine direkte Aktion, sondern dass die Presseöffentlichkeit auch eine Form von direkter Intervention ist. (I 13)

Die breite Beteiligung von linken und zivilgesellschaftlichen Gruppen an «Ende Gelände» beruhte aber nicht nur auf einer nüchternen strategischen Bestimmung, sondern auch auf einem – durchaus bewusst geförderten – sozialpsychologischen Effekt. Einige charismatische Personen, die die Rolle von *storytellern* in der Bewegung haben und die die Fähigkeit besitzen, andere mit ihren Geschichten mitzureißen, erkannten, dass die Zeit reif war für eine Aktion wie «Ende Gelände». Sie vermittelten den Klimaaktiven das Gefühl, dass es ein Möglichkeitsfenster gibt, etwas Großes zu schaffen. Ihre Erzählung wirkte wie ein sich selbst verstärkender Effekt bzw. wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung:

Es ist ja erstmal in dem Augenblick, wo ich es erzähle, noch nichts gesichert, weil, wie sich das entwickelt, ist ja nicht vorhersehbar. Aber es ist natürlich so ein Leitbild. Ich glaube, dass das dann ab dem Herbst/Winter 2014 einen Drive gab, dass viele Leute sich von so einer Geschichte haben anstecken lassen, und das [...] zusammenspielte mit der Hinwendung von verschiedenen Akteuren [...] zu diesem Thema. (I 3)

Nachdem schon beim Bundeskongress Internationalismus 2014 in Leipzig über einen linken Umgang mit Paris und die Möglichkeiten einer größeren Aktion im folgenden Jahr diskutiert worden war, beschlossen die TeilnehmerInnen einer EKIB-Aktionskonferenz im Herbst 2014 eine Massenaktion im Rheinland, die auf einem anschließenden Treffen in Osnabrück weiter konkretisiert wurde. In den folgenden Monaten wurden weitere linke Gruppen und Organisationen gewonnen, die sich an der Kampagne beteiligten. Auch eine Reihe von Umweltverbänden und NGOs unterstützten die Aktivitäten nach ihren Möglichkeiten. Eine wichtige Rolle im Vorlauf der Aktion spielte die Konferenz *Kampf ums Klima* im April 2015 in Köln (Klas 2015), auf der die TeilnehmerInnen eine alternative Agenda zur herrschenden Klima- und Energiepolitik diskutierten und praktische Absprachen für den aktionistischen Sommer trafen. Nach dem Erfolg der Menschenkette 2014 in der Lausitz luden die Organisationen aus dem Umweltverbändespektrum zu einer weiteren Kette ins Rheinland ein. Im April 2015 reihten sich 6.000 Menschen als Zeichen des Protests gegen die Kohle zwischen den Dörfern Keyenberg und Immerath auf. Im August kamen dann tatsächlich etwa 1.500 AktivistInnen zum Klimacamp nahe dem Rheinländischen Erkelenz. Ein nicht unwesentlicher Teil der KlimacamperInnen waren die TeilnehmerInnen der *Sommerschule Degrowth Konkret*, die parallel auf dem Camp stattfand. Am 15. August überwandten dann über tausend Aktive in einer Aktion zivilen Ungehorsams die Linien von Polizei und RWE-Security und suchten sich ihren Weg in den nahegelegenen Tagebau Garzweiler. Für den ganzen Tag blockierten sie den Betrieb der gigantischen Kohlebagger.

Die Kampagne wird in der Bewegung fast einhellig als großer Erfolg bewertet (Interventionistische Linke 2015b). Das liegt vor allem an dem Schub, den die Aktion, aber auch der intensive, spektrenübergreifende Austausch auf dem Klimacamp dem *movement building* verliehen hat (Baliani 2015). Zum einen haben sich viele aktionsunerfahrene TeilnehmerInnen darin radikalisiert. Das wurde durch den offenen, transparenten und relativ niedrigschwelligen Charakter der Aktion ermöglicht. Zum anderen konnten neue linke Kreise ins Rheinland mobilisiert werden, die bisher in der Klimabewegung höchstens am Rande aktiv waren. Kamen schon zu den früheren rheinischen Klimacamps immer AktivistInnen aus anderen Ländern, erreichte «Ende Gelände» auch bei der Beteiligung von Internationals eine neue Dimension. Einen großen Gewinn brachte nicht zuletzt die Kooperation mit der Degrowth-Bewegung, die viele Leute ins Revier mobilisierte und zu einer sozialen und inhaltlichen Verbreiterung der Klimaszene beitrug (Laumanns 2015). Die politische Breite des Bündnisses, die zunächst eine Herausforderung für alle Beteiligten war, erwies sich als große Stärke. Nicht zu unterschätzen ist insbesondere das affektive Moment der Aktion. Sie vermittelte den GrubenbesetzerInnen ein starkes Gefühl der Selbstermächtigung: dass sie tatsächlich real in den Ablauf der Kohleindustrie eingreifen und den Tagebau stoppen konnten. Das gilt besonders für die internationalen Gäste, die die Begeisterung mit in ihre Heimatländer nahmen (Hut 2015). Davon berichtete auch eine transnational aktive Klimaaktivistin:

Ich glaube, die Aktion selbst hat die Leute total inspiriert, dass es so ein Lauffeuer geworden ist. [...] Klimawandel ist da so konkret. Diese visuelle Erfahrung [war wichtig], in die Grube zu gehen und die gigantische Mondlandschaft und Zerstörung zu sehen; [...] auch zu merken, wie viele Kilometer du rennst durch diese zerstörte Landschaft. Ich glaube, das ist einfach mega krass gewesen für die Leute. Dann [war es] auf jeden Fall [wichtig], an den Ort zu gehen und zu den Baggern und [zu merken], man blockiert wirklich konkret und nicht nur so abstrakt [...]. Das macht schon einen Unterschied [...]. Die Leute haben das Gefühl gehabt, sie haben was erreicht. (I 7)

Ein Funktionär aus einem Umweltverband ergänzt, dass die Kohlefrage in den letzten Jahrzehnten ein langweiliges Image gehabt habe und im Wesentlichen in den kleinteiligen Auseinandersetzungen einer Fachdebatte ausgetragen worden sei. Dies habe sich durch die innovative und freche Aktion geändert:

Und ich denke, «Ende Gelände» wird mit sich bringen, dass die Kohlefrage, die bisher dröge war, [hip wird] [...]. Das ist dieser tolle Beitrag, den [die Klimabewegung] leistet, den wir nie geschafft haben. Und ich gehe davon aus, dass über «Ende Gelände» und die Debatten drumherum wir auch ein paar [Spektr]en, die bisher ganz woanders waren, auch bekommen werden [...]. Klimabewegung muss auch für viele Menschen ein Stück Lebensgefühl sein. Dann machen sie auch mit, dann macht's Spaß, dann kommen auch mehr. (I 9)

Jenseits der bewegungsinternen Wirkung hatte die Kampagne auch eine große gesellschaftliche Ausstrahlung. Sie hat zwar RWE nicht direkt wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Weil die Aktion und ihre Botschaft so kompromisslos und ausdrucksstark war, überschritt sie aber die unmittelbare Auseinandersetzung um die Tagebaue in der Region und wurde zu einem bundesweiten, wenn nicht sogar internationalen Ereignis: «Ich glaube ja, dass solche Aktionen [...] wie «Ende Gelände» [...] durch ihre Form der Aktion bereits gesellschaftlich relevant werden und gesellschaftlich verändernd wirken» (I 9). Vor allem gelang es ihr, in den öffentlichen Diskurs um die Zukunft der Kohle zu intervenieren. Erst durch «Ende Gelände» wurde die radikale Klimabewegung wieder zu einem bundesweit wahrnehmbaren Player. Sie konnte den Diskurs verschieben, welche politischen Mittel legitim sind, um den Klimawandel aufzuhalten. Zugleich gelang es ihr, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Kohlefrage zu fokussieren und damit der gesellschaftlichen Debatte um einen Kohleausstieg einen Schub

zu verleihen. Während die Medien dieser Frage in der Regel nur eine untergeordnete Aufmerksamkeit schenken, konnte «Ende Gelände» die Schlagzeilen dominieren, weil solche neuen Aktionsformen für Zeitungen und Fernsehen sehr interessant sind. In der Folge erfuhr die Kampagne eine breite und überraschend positive mediale Rezeption, die bis ins Ausland reichte. Dazu trug auch die offensive Pressearbeit des Bündnisses und die Form des zivilen Ungehorsams bei, die der Aktion ein hohes Maß an Zustimmung bescherte.

Ferner war die Unterstützung der Umweltverbände in Form einer Solidaritätserklärung und einer zeitgleichen Demonstration vor Ort enorm wichtig, um der Aktion eine zusätzliche Breite und Legitimation zu verleihen. In diesem Prozess öffneten die Verbände sich teilweise auch selbst der aktivistischen Klimabewegung. Nicht zuletzt erzeugten die AktivistInnen vermittelt über die mediale Berichterstattung Resonanzen in Teilen der Bevölkerung, auch wenn viele Menschen nicht selbst an der Aktion teilnahmen:

[Das ist eine] Mischung aus Widerstand, aus zivilem Ungehorsam, aus bewussten Regelübertretungen, die sich aber im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses bewegen, der auch weit in bürgerlichen Kreisen mitgetragen werden kann. Und durch diesen gewaltfreien Aktionskonsens, der da gesetzt wird [...], [empfinden] auch bürgerliche Kreise, wenn sie auch selbst nicht daran teilnehmen würden, eine gewisse Grundsympathie [dafür]. «Ende Gelände», wenn es das auch nicht wahrhaben möchte, macht für den kritisch orientierten Teil der bürgerlichen Gesellschaft eher eine Stellvertreterpolitik. (19)

Aufgrund des Erfolgs im Rheinland beschloss «Ende Gelände» bei einer erneuten Aktionskonferenz im Herbst 2015 die nächste große Aktion für Pfingsten 2016 in der Lausitz (Klima AG von Prisma 2015). Eine zusätzliche Brisanz erhielt die Aktion in der Lausitz dadurch, dass Vattenfall sein Braunkohlegeschäft in der Region an den tschechischen Finanzinvestor EPH verkaufen will. Die jahrelange Aufbauarbeit von Gegenstrom und dem Klimacamp-Prozess machten den Schritt von «Ende Gelände» in die Lausitz überhaupt erst möglich. Im Mai 2016 schlug das Lausitzer Klima- und Energiecamp seine Zelte nahe dem Dorf Proschim auf, das für den Tagebau Welzow-Süd abgebaggert werden soll. Das Camp übertraf noch einmal den Erfolg vom Rheinland. Zu Spitzenzeiten beherbergte es über viertausend KlimaaktivistInnen. Diese blockierten ohne Gegenwehr der Polizei oder des Vattenfall-Sicherheitspersonals am Freitag, dem 13. Mai die Braunkohlebagger und eine Verladestation von Welzow-Süd. In den Folgetagen besetzten die AktivistInnen die Gleise, über die das benachbarte Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe mit Braunkohle versorgt wird. Weil dem Kohlemeiler der Brennstoff ausging, musste er auf Notbetrieb heruntergeregelt werden. Die Polizei schritt nur unverhältnismäßig hart ein, als eine größere Gruppe KlimaschützerInnen in das Kraftwerksgelände eindrang.

Ermutigend war, dass wieder viele Hundert AktivistInnen aus anderen Ländern an der Aktion teilnahmen. Diese war außerdem in die internationale Kampagne «*Break Free*»²⁶ eingebettet, in deren Rahmen eine Reihe von ungehorsamen Aktionen gegen die Fossilwirtschaft in ganz verschiedenen Ländern der Welt durchgeführt wurde. Auch die deutschen Umweltverbände unterstützten «Ende Gelände» mit einer Demonstration am Pfingstsonntag durch Proschim. Zwar wurde in den Medien wieder intensiv über die Besetzungen berichtet. Insbesondere in den Wochen nach den Aktionstagen fiel die Berichterstattung aber sehr kritisch aus. Zu einem Problem wurde «Ende Gelände», dass nicht alle Initiativen des Kohlewiderstands in der Lausitz hinter der Kampagne standen. Vor allem in Teilen der regionalen Bevölkerung traf sie auf eine starke Ablehnung. Gruppen aus KohlearbeiterInnen, AnwohnerInnen und Neonazis griffen an verschiedenen Stellen die AktivistInnen gewaltsam an. Auch wenn der Umgang mit den Menschen vor Ort eine noch ungelöste politische Herausforderung bleibt, war «Ende Gelände 2.0» ein großer Erfolg für die Klimagerechtigkeitsbewegung. Im August 2016 wurden beim jüngsten rheinischen Klimacamp diese Erfahrungen ausgewertet und über neue Aktionsmöglichkeiten diskutiert.

3.7 Exkurs: Bedeutung des Klimagipfels in Paris

Die Klimagerechtigkeitsbewegung begann schon 2014 zu überlegen, wie sie sich strategisch gegenüber den Ende 2015 anstehenden UN-Klimaverhandlungen in der französischen Hauptstadt verhalten soll. Zu Anfang wurde durchaus kontrovers diskutiert, ob die Bewegung wieder eine ähnliche Mobilisierung wie nach Kopenhagen starten sollte. Insgesamt überwogen allerdings deutlich die kritischen Stimmen, die aus den Erfahrungen von 2009 die Konsequenz zogen, dass ein starkes Abarbeiten am offiziellen Gipfelgeschehen nicht nur unfruchtbar sei, sondern sogar der Bewegung nachhaltig schaden könne (BUKO AS GesNat 2015). Vor diesem Hintergrund entschieden sich die relevanten klimapolitischen Graswurzelgruppen schließlich einhellig, auf «Ende Gelände» zu fokussieren, das als richtige Antwort auf Paris gesehen wurde (s. o.).

Nichtsdestotrotz nahmen einige deutsche AktivistInnen an den Gipfelprotesten teil, zum einen, um die internationalen FreundInnen zu unterstützen, die durchaus nach Paris mobilisierten, und zum anderen, weil auf jeden Fall Tausende Menschen nach Paris fuhren, denen sie ein kritisches Angebot machen wollten. Ihr Ziel bestand

26 Vgl. die Webseite der Kampagne unter: <https://breakfree2016.org>

nicht darin, an die Politik zu appellieren, einen guten Vertrag zu verabschieden, sondern die öffentliche Aufmerksamkeit für die eigene alternative Agenda zu nutzen und die transnationale Vernetzung der Klimabewegung voranzutreiben. Für den internationalen Bewegungsaufbau war die Zusammenkunft in Paris tatsächlich nützlich. In einigen Ländern erhielt die Klimabewegung nach dem Gipfel einen merklichen Auftrieb. In Paris nahmen etwa 15.000 Menschen trotz des überzogenen Ausnahmezustands in Frankreich an einer spontanen und ungehorsamen Demonstration teil. Angesichts der großen Ungewissheit über die Reaktion der Polizei bedeutete dieser Schritt eine große Ermächtigungserfahrung für die Teilnehmenden. Ferner werteten nicht wenige Akteure aus dem Globalen Süden das Verhandlungsergebnis durchaus als Erfolg der Bewegungen, zumal sich die Staatengemeinschaft auf das ehrgeizige Ziel verständigte, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. In der radikalen Klimagerechtigkeitsbewegung in Europa überwog hingegen die Kritik am Gipfelbeschluss, da das gesetzte Ziel de facto durch keinerlei wirksame Umsetzungsmechanismen gedeckt ist. Mit dieser kritischen Position ging die Bewegung jedoch weitgehend im allgemeinen Jubel über die Einigung unter, dem sich auch die meisten NGOs anschlossen. Die Medien berichteten zum Schluss weder über die Proteste noch über die Kritik an der internationalen Klimapolitik. Dadurch wurde ein problematischer Diskurs etabliert, dass die Regierungen das Klimaproblem gelöst hätten, dass keine weiteren Anstrengungen nötig seien und dass Protest deswegen in Zukunft illegitim sei. Die nächsten Monate und Jahre müssen zeigen, ob es der Klimabewegung gelingt, diesen scheinbaren Konsens wieder aufzubrechen und ein alternatives Narrativ zu etablieren, dass eine klimagerechte Gesellschaft im Gegenteil sogar einen grundlegenden Wandel erfordert, den die Menschen aktiv gegen die Mächtigen erkämpfen müssen.

4 ZUR WIRKSAMKEIT DER KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG

Im tagespolitischen Handgemenge der linken Klimagruppen und angesichts der enormen Energien, die in die Umsetzung der einzelnen Kampagnen fließen, gerät manchmal aus dem Blick, was eigentlich die Strategie ist, um langfristig die eigenen Ziele zu erreichen. Was würde es überhaupt bedeuten, dass die Bewegung gesellschaftlich wirksam wird, und wie kann sie diese Wirksamkeit erreichen? Wie kann sie tatsächlich ihre Ziele politisch durchsetzen? Was würde es heißen zu gewinnen? Ein erfahrener Umweltaktivist gibt darauf eine überzeugende Antwort:

Durchsetzungsfähig wird eine Bewegung immer dann, wenn sie mehrheitsfähig geworden ist im [...] Lebensgefühl der Gesellschaft. [...] Meine Grundthese ist: [...] Es muss ein Gefühl bei den Leuten entstehen: »Ich finde das schlecht.« Und ich hab den Eindruck, die Mehrheit dieses Landes ist gegen Kohle, die Mehrheit will auch den Klimawandel möglichst abbremsen. Aber es ist noch nicht so wichtig geworden, dass es sich zu einer von der Politik zu beachtenden Frage entwickelt hat. (I 9)

Allerdings existieren in der Bewegung implizit und explizit durchaus unterschiedliche Vorstellungen über die angemessenen Taktiken und Strategien und über den zu beschreitenden Weg. Als Beitrag zur Reflexion über diese politischen Fragen sollen im Folgenden wesentliche strategische Kontroversen und Ansatzpunkte diskutiert werden.

Zunächst werden an dieser Stelle die unterschiedlichen Herangehensweisen der öko-anarchistischen und der postautonomen Gruppen angesprochen. Diese lassen sich beispielhaft an den unterschiedlichen Praxen von «Ende Gelände» und dem Hambacher Forst darstellen. Die anarchistisch inspirierten AktivistInnen im Forst versuchen, kleinere Kreise von Gleichgesinnten aufzubauen, die ihre gesellschaftlichen Utopien in ihrem Leben und ihrem Kampf unmittelbar vorwegnehmen wollen. Sie machen keine Zugeständnisse an die vorherrschenden Formen von Politik und setzen darauf, direkt in die Abläufe der Kohleindustrie einzugreifen. «Ende Gelände» zielt demgegenüber darauf, viele Menschen durch eine niedrigschwellige Aktion zivilen Ungehorsams einzubeziehen, die dazu geeignet ist, eine breite Öffentlichkeit und gesellschaftliche Legitimation zu erreichen.

Es lässt sich eine weitere Kontroverse identifizieren, die über die Debatte zwischen AnarchistInnen und Postautonomen hinausgeht. Diese betrifft die Frage, wie das Verhältnis der Bewegung zur sie umgebenden Gesellschaft in einem grundlegenden Veränderungsprozess gedacht wird. Die im Folgenden vorgestellten Sichtweisen stellen allerdings eher Idealtypen dar, während die einzelnen GesprächspartnerInnen den Schwerpunkt auf die eine oder andere Perspektive legen, die anderen aber auch mitdenken. So existiert eine starke Position in der klimapolitischen Protestszene, die sich darauf konzentriert, eine starke Klimabewegung aufzubauen, die neue Leute politisiert, sich mit anderen Bewegungen vernetzt, öffentliche Diskurse verschiebt und einen gesellschaftlichen Konflikt zuspitzt. Vor allem müsse es darum gehen, eine umfassende antikapitalistische Position zu verbreitern und die positiven utopischen Energien zu stärken, um perspektivisch tatsächlich in der Lage zu sein, die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden und durch eine emanzipatorische Form des Zusammenlebens zu ersetzen.

Dabei sei es – zugespitzt formuliert – zweitrangig, wann der Kohleausstieg kommt. Es könne sogar einen radikalierenden Effekt auf viele Menschen haben, dass die herrschende Politik ihn trotz der offensichtlichen Dringlichkeit nicht bald durchsetzen wird. Eine entgegengesetzte Einschätzung geht von ähnlichen Prämissen aus und kommt deshalb zu vergleichbaren Schlussfolgerungen. So stelle die Fokussierung auf einen Ausstieg aus der Kohle auch eine Gefahr dar, weil er tatsächlich in absehbarer Zeit erreicht werden könnte. Die Bewegung habe sich mit diesem Ziel einen gewinnbaren Kampf ausgesucht, der die für die Klimakatastrophe verantwortliche Produktions- und Lebensweise nicht grundsätzlich infrage stelle. Wenn die Kohleindustrie abgewickelt wird, drohe der Bewegung der Wind aus den Segeln genommen zu werden. Sie könne ihre politische Orientierung verlieren oder ganz auseinanderbrechen. Insbesondere wenn sie sich selbst an Verhandlungen beteilige, drohe sie vereinnahmt zu werden und ihre eigentliche Macht einzubüßen. Als mahnendes Beispiel wird dafür die Anti-Atom-Bewegung angeführt, die inzwischen trotz ihrer großen Stärke ihren zentralen Angriffspunkt verloren hat. Deswegen müsse es darum gehen, sich auf eine solche Entwicklung vorzubereiten und die eigene grundsätzliche Gesellschaftskritik zu schärfen. So gibt ein Klimaaktivist in Bezug auf «Ende Gelände» zu bedenken:

Wenn jetzt «Ende Gelände» zweitausend Leute in die Lausitz mobilisiert, hat man am Ende vielleicht einen Einfluss auf den Kohleausstieg. [...] Das wird noch klappen. [Aber] was können wir da eigentlich wirklich erreichen? [...] Und ist es nicht total naiv, [...] am Ende realpolitisch Politik zu machen, nämlich einen bundesdeutschen Kohleausstieg zu erreichen? Ist das wirklich das Ziel oder ist das eigentlich nur ein Mittel? Es gibt ja viele Leute [...], die sagen: «Es ist eindeutig nur ein Mittel und es geht vor allem darum, [...] eine Bewegung aufzubauen, die politisierend wirkt, die versucht, Praktiken zu entwickeln, die dieses Scheißsystem infrage stellen.» (I 3)

Eine andere Aktivistin, mit der ein Gespräch geführt wurde, argumentiert ganz ähnlich:

Ich sehe auch ein Problem in der Klimabewegung und auch an «Ende Gelände», wenn das einen zu starken Fokus auf Kohle hat [...], weil dir dann, wenn es zum Beispiel konkret um einen Kohleausstieg geht, der dann von offizieller Seite auch forciert wird, [...] schnell das Wasser abgegraben wird [...] oder du dich entscheiden musst, in schwierigen runden Tischen bzw. Diskussionen vielleicht mitzureden oder nicht. Ich habe immer das Gefühl, man muss eigentlich die Kampagne oder den Aktivismus so denken: Diese eine Forderung von uns ist erfüllt – und dann können wir gleich mit der nächsten aufwarten [...]. Wie können wir da noch mehr an den eigentlichen Punkt rankommen? Also nur zu sagen: «Wir sind gegen Kohle», [das reicht nicht]. Die Kampagne muss so sein, dass man dann gleich sagt: «Und wir sind auch gegen Kapitalismus» – und das gut begründet. (I 7)

Eine andere Position verortet die Bewegung dagegen stärker in einem komplexen zivilgesellschaftlichen und politischen Feld. Sie stellt sich die Frage, welchen Beitrag aktionistische Protestformen im Zusammenspiel bzw. in einer Arbeitsteilung mit anderen gesellschaftlichen Akteuren dazu leisten können, zum Beispiel einen Kohleausstieg tatsächlich durchzusetzen. Auch wenn die verschiedenen Player unterschiedliche Strategien und Ziele verfolgen und unterschiedliche politische Mittel wählen, könnten sie sich gegenseitig befruchten. Eine Kooperation könne allen Beteiligten nützen und die gemeinsame Schlagkraft erhöhen. Dabei könne es durchaus sinnvoll sein, dass die AktivistInnen es zu ihrer vordringlichen Aufgabe machen, eine starke, unabhängige Bewegung aufzubauen, und andere Felder der Auseinandersetzung den verbündeten NGOs überlassen. Gerade darin liegt ihr Beitrag zu einem radikalen gesellschaftlichen Wandel, der nicht nur die herrschenden Strukturen untergraben, sondern auch die moderaten Bündnispartner verändern kann:

Ich glaube, je stärker die Graswurzelbewegung ist, desto mehr wirken wir auch in die Gesellschaft hinein. [...] Man sieht ja, wie sich auch die Positionen vom BUND und vielen NGOs so langsam aufgeweicht haben oder verschoben haben. Und eigentlich will ich eine Linkverschiebung von denen hinkriegen. Und das kriegen wir am besten hin, indem wir eine attraktive starke Bewegung haben. Und dann bin ich auch total dafür, strategische Allianzen einzugehen. Ich meine, man [muss] sich auf seine eigene Stärke konzentrieren. Wir werden nicht den BUND ersetzen oder irgendwelche anderen NGOs. Die haben in der Gesamtlandschaft ihren eigenen Platz. Ich konzentriere mich einfach auf [mein] Ferment. (I 11)

Denn die Stärke von Bewegungen bestehe darin, eine radikale Kritik und ein kompromissloses «Nein» zu formulieren. Sie könne aus sich selbst heraus einen Konflikt und ein gesellschaftliches Momentum schaffen, das eine enorme öffentliche Ausstrahlung hat und die Aufmerksamkeit auf ein Thema bündelt, das breite gesellschaftliche Resonanzen auslöst und die Politik unter Druck setzt. Auf diese Weise seien bewegungsförmige Aktionen in der Lage, die gesellschaftlichen Grundkoordinaten zu verschieben, welche Themen relevant, welche Deutungen des Problems plausibel und welche Lösungen erstrebenswert sind. Sie veränderten die Meinungen in der Bevölkerung und brächten die etablierte Akteurskonstellation in Bewegung. Dadurch könne eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erreicht und ein gesellschaftlicher Transformationsprozess angestoßen werden: «Ich sehe Bewegung als einen Akteur, der Konflikte zuspitzt und einen Diskurs- bzw. Debattraum schafft, in dem Akteure [...] dann über konkrete Veränderungen streiten» (I 3).

Demgegenüber seien NGOs wie die deutschen Umweltverbände darauf angewiesen, dass ein Thema ohnehin in der offiziellen politischen Arena diskutiert wird, das sie dann mit ihren Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und des Lobbyismus aufgreifen können, um Verbesserungen zu erreichen oder Verschlechterungen abzuwenden. Zwar seien sie mit ihrer Expertise und Legitimation in kontinuierliche fachpolitische Debatten eingebunden. Ohne dass es einen öffentlich wahrgenommenen Konflikt darum gibt, könnten sie jedoch keine effektiven Kampagnen entwickeln, die eingespielte Pfade verlassen und zu einem grundlegenden Wandel des Feldes führen. Ihre eigenen Aktionsformen seien zu gewohnt und zu sehr in die etablierten politischen Prozesse eingefügt, als dass sie eigenständig ein Thema in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken können. Andersherum helfen die NGOs mit ihrer öffentlich erklärten Solidarisierung auch der Bewegung, weil sie ihr zusätzliche Legitimation verleihen und ihr weite gesellschaftliche Kreise erschließen, die sie alleine nicht ohne Weiteres erreichen könnte.

Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass eine Reihe von NGOs gegenwärtig stark Aktionen wie «Ende Gelände» unterstützt. Die Aktion helfe ihren eigenen strategischen Zielen insofern, als sie auch ihre eigenen Themen auf die gesamtgesellschaftliche Agenda bringt, einen politischen Druck aus der kritischen Zivilgesellschaft aufbaut und das ganze gesellschaftliche Feld nach links verschiebt. Auf dieser Grundlage könnten die Verbände gewissermaßen eine Strategie des *good cop, bad cop* spielen, indem sie einerseits betonen, dass die Forderungen und Ausdrucksformen von «Ende Gelände» nicht angemessen sein mögen, dass sie aber andererseits ein tatsächliches Problem adressieren, das einer politischen Bearbeitung bedürfe. Dadurch, dass das Feld nach links ausgedehnt wurde, könnten nun ihre eigenen Positionen realistischer erscheinen. Die NGOs könnten eine vermittelnde Rolle spielen und einen neuen politischen Kompromiss anbieten. Mit dem Rückenwind der bewegungsförmigen Proteste seien sie in der Lage, mit mehr Nachdruck ihre etablierten Taktiken einzusetzen, um

realpolitische Zugeständnisse zu erzielen. In dem veränderten Setting hätten ihre eigenen presseorientierten Aktionen, ihre Studien und ihre Lobbyarbeit eine größere Durchschlagskraft in den vermachteten Policy-Arenen. So erläutert ein Vertreter einer NGO, die sich stark für «Ende Gelände» einsetzt, die eigene Strategie:

Die politische Perspektive auf Kohleausstieg und Energiewende ist doch jetzt gerade, dass alle über den Konsens reden. Gabriel macht einen runden Tisch und Agora schlägt vor: «Wir machen jetzt so einen schönen Kohlekonsens.» [...] Ich glaube, dass die NGOs sich gerade viel zu schnell auf diese Perspektive einlassen und sagen: «Och, schön, super, Konsens, setzen wir uns alle mal an einen Tisch, reden mal drüber und am Ende kommt was Schönes bei raus.» Und ich glaube, das wird nicht passieren. Es kommt dann was dabei raus, aber das wird nicht schön. [...] Hendricks sagt ja: «Ein Kohleausstieg vor 2050 ist möglich.» Das ist ja schon hart, wenn das die Perspektive ist, wenn man sich auf solcherlei Gespräche einlässt. Und deswegen glaube ich, [...] dieser Konflikt Kohle, der muss weitergetrieben werden, der muss als Konflikt weiter sichtbar sein – und nicht als Konsens. [...] «Ende Gelände» ist meines Erachtens sozusagen das Grundrauschen [...], das die Grundlage bildet, auf der überhaupt dann politisch sowas passieren kann. (I 5)

Insbesondere müsse die Kampagne einen Konflikt inszenieren, auf dessen Grundlage die NGOs dann durchsetzungsfähig werden:

Ich glaube, die Rolle von «Ende Gelände» ist, diesen Konflikt zu produzieren und dadurch medial sichtbar zu machen – dass auch in der *Tagesschau* darüber diskutiert wird. Das ist dann die Folie, vor der NGOs überhaupt nur Durchsetzungskraft haben, weil meine These wäre: Solange [...] diese Frage in Konsensgesprächen irgendwo in Hinterzimmern [geklärt] wird, ziehen wir notwendigerweise den Kürzeren. [Wir müssen] einen öffentlichen Konflikt haben und damit [...] das Thema relevant machen und den Bürgern auf der Straße zeigen: «Guck mal, hier ist gar nichts gelöst.» Mit Paris [wird jetzt der Eindruck] verbreitet: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das mit dem Kohleausstieg alles von selbst passiert. [Es ist notwendig], dass man dieses Zeichen setzt: «Nee, da ist ein Riesenproblem, was noch bearbeitet werden muss» – und damit die Politik auch unter Zugzwang setzt. (I 5)

Darüber hinaus verstärken Kampagnen wie «Ende Gelände» auch Veränderungsprozesse innerhalb der Umweltverbände selbst. Zwar haben einige Verbände relativ schwerfällige Strukturen und orientieren stark auf die etablierten Policy-Prozesse. Überall existieren aber auch Kräfte innerhalb der Organisationen, die sie stärker für bewegungsförmige Protestformen öffnen wollen und die einen stärker allgemeinpolitischen Anspruch haben. Auch internationale Schwesterorganisationen der Verbände sind in dieser Hinsicht oft schon weiter und üben dadurch einen Druck auf die deutschen Partnerorganisationen aus, sich mehr in solche Aktionen einzubringen. Nicht zuletzt setzt sich auch in den Spitzen einiger Verbände die Einsicht durch, dass sie ihre hergebrachten Politikformen um aktionistische Elemente ergänzen müssen, um ihren politischen Zielen Nachdruck zu verleihen und um nicht den Anschluss an die jüngere Generation von UmweltaktivistInnen zu verlieren. Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren eine vorsichtige Öffnung mancher NGOs gegenüber der aktionsorientierten Klimabewegung und ihren politischen Ausdrucksformen zu erkennen.

Die Aktionen der Bewegung wirken zudem selbst aus der Distanz heraus auf den Staat ein und übersetzen sich in einer gebrochenen, seinen eigenen Selektivitäten entsprechenden Form in die Staatsapparate. Die aktivistischen Gruppen können beispielsweise politischen Einfluss nehmen, indem sie den politischen und ökonomischen Preis für bestimmte Projekte in die Höhe treiben oder durch spektakuläre Aktionen die öffentliche Meinung beeinflussen, die sich wiederum in Wahlen ausdrückt. Auch im Hamburger Gerichtsurteil zu Ungunsten der Moorbургtrasse dürften sich die Kämpfe der TrassengegnerInnen manifestiert haben (s. o.). Nicht zuletzt haben konfrontative Protestaktionen auch insofern einen Effekt auf den Staat, als die Politik versucht, politischen Dynamiken vorzubeugen, die sie unter Umständen nicht mehr kontrollieren kann. Die Vertreterin eines Umweltverbandes argumentiert, dass die Bewegung strategisch mit diesem Bestreben der Regierenden, disidente Proteste zu befrieden, arbeiten könnte:

Und was ich nicht unterschätzen würde, ist tatsächlich so eine Abschreckungswirkung auf die Politik, diese Sorge: Das wird das nächste Wendland. Das wollen die nicht. Das will kein Politiker in seinem Vorgarten haben. [...] Der Wunsch der Politik, das zu verhindern, stärkt gerade beim Kohleausstieg den zeitlichen Ablauf. Das heißt nicht, dass alles so kommt, wie wir uns das wünschen, also dass wir schon sehr bald darüber reden. Aber es erhöht deutlich die Chancen, indem man richtig Druck macht und zeigt: «Hier lassen wir den Dampf aus dem Kessel. Und wenn ihr nicht handelt, dann hört das auch nicht auf.» Und das ist eine Ansage, die kann nur sowas wie «Ende Gelände» im Moment machen. Und wir sind dann diejenigen, die in bewährter Manier die Studie dazu liefern oder die zivile Aktion vor dem Reichstag [machen]. [Ich glaube], dass das dann an der Stelle zusammenläuft. (I 12)

Für die Bewegung ist also ein strategisches Verhältnis zum Staat sinnvoll, das dem Umstand Rechnung trägt, dass die etablierte Politik in der gegebenen Gesellschaft die einzige Instanz ist, die allgemeinverbindliche Regeln durchsetzen kann. Da es auch für linke Klimakampagnen hilfreich ist, den Menschen erreichbare Ziele zu

vermitteln und die eigenen Kämpfe so zu führen, dass sie auch gewonnen werden können, sollten sie in ihren Strategien Ansätze entwickeln, wie dem Staat realpolitische Zugeständnisse abgetrotzt werden können. Einige NGOs werden so konkret, dass sie darauf orientieren, dass die Kohlefrage bis 2017 politisch zu einem so drängenden Thema gemacht werden muss, dass die Grünen nicht daran vorbeikommen, das Thema in den Koalitionsverhandlungen durchzukämpfen, sollten sie in eine neue Bundesregierung kommen. Auch wenn diese Überlegungen von vielen Unbekannten abhängen und sicherlich nicht die Strategie der kritischen Klimabewegung anleiten sollten, müssten die linken Klimagruppen politische Reflexionen darüber beginnen, wie sie realpolitische Erfolge forcieren können, aber zugleich den Herrschaftscharakter des Staates berücksichtigen und den Aufbau alternativgesellschaftlicher Strukturen vorantreiben, die auf eine Überwindung des Kapitalismus zielen. Diese Frage warf auch einer der Gesprächspartner auf:

Ich frage mich, wie wir eine Bewegung schaffen können, die Druck aufbaut auf der einen Seite und Teilerfolge, die erzielt werden, auch mitnimmt, aber sich davon nicht zerstören lässt. Also, wenn eine Regierung sagt: «Ok, wir machen [einen] Kohleausstieg 2040», dass wir dann sagen können: «Ok, [das] ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir wollen mehr.» [...] Ein Szenario wäre [...], dass wir weitermachen mit unserer Politik [...] und Aktionen machen und dann irgendwann eine Partei das aufgreift und versucht zu pushen und [sagt]: «Wir wollen einen Kohleausstieg», und versucht das konkret umzusetzen, dann aber sagt: «Aufgrund von den Arbeitsplätzen etc. können wir das nicht vor Soundso machen.» Und dann müssten wir sagen: «Wir wollen das aber früher haben», und weiterhin Druck aufbauen. (I 13)

Die vorgestellten Kontroversen reflektieren die strategischen Spannungsverhältnisse, in denen sich das Hamburger Camp, die Mobilisierung nach Kopenhagen, die Kämpfe in den Kohlerevieren und zuletzt «Ende Gelände» bewegten bzw. aktuell noch bewegen. Allerdings gingen auch einige Projekte, die linke Klimagerechtigkeitsgruppen in den letzten Jahren gestartet haben, über die diskutierte implizite oder explizite Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren hinaus. In Kampagnen wie «Unser Hamburg – unser Netz», dem Berliner Energietisch, den Initiativen für ein ÖPNV-Sozialticket in Düsseldorf oder für einen Nulltarif in Tübingen arbeiteten linke Klimagruppen in breiten Bündnissen unmittelbar mit Umweltverbänden und anderen Organisationen zusammen. Mit dem Mittel des Volksbegehrens wählten sie ein Instrument, mit dem einerseits in der Stadt eine massenhafte Aktivierung ausgelöst und eine zugespitzte öffentliche Auseinandersetzung geführt werden kann, das aber andererseits dazu geeignet ist, selbst sozial-ökologische Alternativen konkret auszuformulieren und mit wirksamen Mitteln die staatliche Politik unter Zugzwang zu setzen.

5 STRATEGISCHE PERSPEKTIVEN ZUKÜNFTIGER KLIMAKÄMPFE

Ausgehend von der bisherigen Entwicklung der Klimabewegung in Deutschland und den grundlegenden Überlegungen zu ihrer gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit stellt sich nun die Frage, welche Strategien und Schwerpunkte die Bewegung in den nächsten Jahren wählen sollte. In der gegenwärtigen Phase sind die meisten Gruppen stark in «Ende Gelände» involviert. Es haben aber bereits Diskussionen über den weiteren Weg der Bewegung in einem mittelfristigen Zeithorizont begonnen. Auch einige der InterviewpartnerInnen, die für die vorliegende Studie befragt wurden, haben ihre strategischen Empfehlungen für die nächste Zeit formuliert. «Ende Gelände» ist ein sehr erfolgreiches global-ökologisches Projekt, das einer typischen bundesweiten bzw. transnationalen Kampagnendynamik folgt. Sollte die Kampagne deshalb in den nächsten Jahren weiterhin den Schwerpunkt der Klimabewegung bilden? Andererseits ist der sozial-ökologische Strang der Bewegung etwas versiegt; es gibt kaum noch eine originär städtische lokale Praxis. Müssen die Klimagruppen deshalb an die positiven Erfahrungen der letzten Jahre anknüpfen und neue sozial-ökologische Praxen vor Ort entwickeln? In dieser Kontroverse werden zwei unterschiedliche Stoßrichtungen deutlich. Sie schließen sich nicht aus, aber die GesprächspartnerInnen setzen darin sehr wohl unterschiedliche Prioritäten.

«Ende Gelände» fortsetzen ...: So betont eine starke Position unter den AktivistInnen, dass der Bewegungsaufbau – vor allem im Rahmen von «Ende Gelände» – fortgesetzt würde müsse. Die eigene Basis solle konsolidiert und verbreitert werden, um wirksam Proteste führen zu können. Dabei müssten vor allem neue Kreise angesprochen werden, die ein originäres Interesse an ökologischen Fragen haben und längerfristig zu dem Thema arbeiten wollen. Denn sowohl die Unterstützung der NGOs als auch die Beteiligung linksradikaler Aktionsgruppen könnten sich als kurzlebig herausstellen. Es müsste darum gehen, den Klimaaktiven Fertigkeiten zu vermitteln, ihnen Selbstermächtigungserfahrungen zu ermöglichen, ihnen eine Organisierungsperspektive zu geben und Formen eines nachhaltigen Aktivismus zu entwickeln. Die aktionistischen Klimagruppen müssten sich zudem stärker mit anderen Bewegungen und Spektren austauschen und gemeinsame Kämpfe mit ihnen führen.

Insbesondere müsse die transnationale Kooperation und Organisation im Rahmen von CJA vorangetrieben werden. Es gehe darum, die Kämpfe gegen die fossilen Industrien weiter zu europäisieren und am langfristigen Aufbau einer starken europäischen Bewegung mitzuwirken. Das habe bereits mit der Kampagne «Break Free» von 350.org begonnen, müsse aber auch unabhängig von den NGOs forciert werden. Die Stärke des CJA-Prozesses liege darin, dass er sich nicht an den offiziellen Gipfeln abarbeitet, sondern eine eigene Agenda setzt, die an die verschiedenen Bewegungen und Themen in den einzelnen Ländern anknüpft. Transnationale Mobilisierungen könnten wechselnde Zuspitzungsmomente in einzelnen Ländern schaffen und dadurch jeweils den lokalen Auseinandersetzungen zu einer größeren Stärke verhelfen. Auf diese Weise würden Synergieeffekte und gemeinsame Lernprozesse entstehen.

Auf dieser Grundlage könne eine mächtige Bewegung entstehen, die an die globalisierungskritische oder die Anti-Atom-Bewegung heranreicht. Wenn sie ihre Kräfte in «Ende Gelände» bündelt, könne sie sowohl gesellschaftlich breitenwirksam als auch im Sinne politischer Veränderung effektiv werden, weil sie ihre Energien auf einen Punkt konzentriert. Im günstigen Fall könnte «Ende Gelände» durchaus dazu beitragen, einen beschleunigten Kohleausstieg durchzusetzen. Deshalb sei es wichtig, auch in den folgenden Jahren an der Kampagne festzuhalten und sie weiterhin auf die Kohlefrage zu fokussieren. Das mache zum einen aus bewegungspolitischer Perspektive Sinn, weil es wichtig für den Bewegungsaufbau sei, nachhaltig an einem Thema zu arbeiten und zugleich nach der größten Schnittmenge der heterogenen Klimagruppen zu suchen, die zurzeit in «Ende Gelände» zu finden ist. Aber auch aus Gründen der politischen Wirksamkeit sei es wichtig, den Kohlekonflikt weiter am Kochen zu halten, weil dies zurzeit in Deutschland die entscheidende Frage für die Klimapolitik sei. Diese Position wird insbesondere von VertreterInnen der Umweltverbände starkgemacht, die sich positiv auf die Kampagne beziehen:

Ich finde, sowas wie «Ende Gelände» [...], das hat die Kraft, aus sich heraus eine Aufmerksamkeit auf ein Problem zu lenken. Und das kann so eine langweilige Aktion, die wir so machen [...], nicht. Kurzfristig [halte] ich es gerade dieses und auch nächstes Jahr für sehr relevant, eben weil es eine eigene Kraft hat – auch eine eigene mediale Kraft, das ist ja die Stärke – und wir jetzt gerade politische Prozesse haben, die es günstig beeinflussen kann, indem man das Thema hochhält, skandalisiert. (I 12)

Relativ konkret wird die Idee diskutiert, 2017 ein sogenanntes Flächenkonzept im Rheinland zu starten: Vergleichbar den Castor-Protesten im Wendland sollen an mehreren Tagen ganz unterschiedliche Aktionen an verschiedenen Orten im Rheinland stattfinden, die verschiedene Zielgruppen ansprechen und eine unterschiedliche Eskalationsstufe wählen, aber in ihrem Zusammenspiel ein starkes Gesamtbild des Widerstands schaffen und die Kohleindustrie effektiv blockieren. «Ende Gelände» dürfe nicht jedes Jahr das Gleiche machen, weil irgendwann ein Gewöhnungseffekt einsetze. Die Aktion könne nicht jedes Jahr größer und besser werden, weil

es enttäuschend und demobilisierend wirken kann, wenn keine Steigerung mehr geschafft wird. Deswegen müsse die Kampagne einen Spannungsbogen entwickeln, indem sie immer wieder neue Aktionsformen und -ziele ausprobiert.

Von anderen GesprächspartnerInnen wird jedoch – unbenommen einer Anerkennung der wichtigen Verdienste von «Ende Gelände» – der Modus des kurzatmigen Kampagnenaktivismus kritisiert, dem auch dieses Projekt folge. Einige Gruppen und Organisationen der radikalen Klimabewegung würden Themen öffentlichkeitswirksam besetzen, nachdem sie von anderen Akteuren etabliert wurden und eine gewisse soziale Verbreitung erreicht haben. Die aktionsorientierten Gruppen versuchten dann, den Konflikt durch die gewählten Aktionsformen zuzuspitzen und mit einer antikapitalistischen Kritik zu verbinden. Abhängig vom Erfolg der Aktion würde dann die nächste entsprechende Aktion organisiert oder zum nächsten Thema gesprungen, wenn sie nicht die erhoffte Dynamik erzielt hat oder die öffentliche Aufmerksamkeit für das Themenfeld wieder nachlässt. Ein solcher Aktionismus beziehe weder die konkreten politischen Bedingungen in dem jeweiligen Konfliktfeld ein, noch entwickle er eine langfristige Strategie, die an die singulären Aktionen anschließt, um auch tatsächlich realpolitische Erfolge erzielen zu können. Die Bewegung falle danach wieder auf die Kerne zurück, die ohnehin langfristig zu dem Thema arbeiten. Deren Arbeit sei oft weniger sichtbar und spektakulär, aber notwendig für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation. Die Form der aktionistischen Bewegungspolitik lege das jedoch nicht an und führe auch nicht dazu, dass sich Leute auf langfristige Strukturen einließen. So gibt ein der Bewegung eigentlich sehr nahestehender Gesprächspartner aus dem Verbändespektrum zu bedenken:

[Ich habe] eine große Kritik [...] an dieser Sprunghaftigkeit, die viel auch mit der Aktionsorientierung dieser Gruppen zu tun hat. [...] Die aktionsorientierten Elemente sind für mich die Campact-Leute im Bereich der Organisation von Widerstand. Mehr ist das leider nicht. Das bringt kurzfristig was. Aber für langfristige Arbeit von Bewegungen sind sie leider zu kurz [...] immer nur dabei. Und das wird sich auch langfristig für solche Bewegungen [auswirken], weil es kurze Hypes gibt in der Öffentlichkeit. «Ende Gelände» wird wieder eine große öffentliche Auswirkung haben. Bloß, wenn wir auch in fünf oder zehn Jahren noch gegen Kohlekraftwerke anrennen, wird genau dieser Teil der Bewegung auch wieder nicht da sein. Da gehe ich fest von aus. (I 9)

In der Tat bergen Kampagnen wie «Ende Gelände» immer die Gefahr, dass sich darin nicht tatsächliche Begehren in der Bevölkerung ausdrücken bzw. sie keine nachhaltigen Effekte in der Gesellschaft haben, sondern dass die AktivistInnen sich eine eigene Stärke vortäuschen, sich tatsächlich aber von den widerspruchsvollen Alltagserfahrungen und realpolitischen Auseinandersetzungen im Rest der Gesellschaft entfernen. Solche Projekte politisieren zwar eine neue Generation von AktivistInnen bzw. trommeln die bereits aktiven aktionsorientierten Kreise zusammen. Sie tendieren jedoch dazu, immer wieder ähnliche Aktionen hervorzubringen, um ihre eigene aktivistische Basis zu reproduzieren. Andersherum wird es auch zum Erfolgsmaßstab der Kampagnen, wie viele AktivistInnen für eine Aktion versammelt werden konnten und ob sie auf der Straße oder im Feld handlungsfähig werden konnten. In letzter Konsequenz entstehen so Pfadabhängigkeiten, die die organisierenden Gruppen zu Gefangenen ihrer eigenen Mobilisierungs- und Kampagnenlogik machen (FeIS 2011). Zwar ist «Ende Gelände» noch weit davon entfernt, in diese Falle der Selbstreproduktion und Selbstreferenzialität zu tappen, zumal die Kampagne ein breites gesellschaftliches Bündnis zusammenbringt, neue soziale Kreise einbezieht und eine große gesellschaftliche Wirkung hat. Mittelfristig muss es allerdings gelingen, die global-ökologischen Kämpfe wieder in den konkreten gesellschaftlichen Kontexten vor Ort zu erden und neue Ansätze einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln.

... oder neue sozial-ökologische Kämpfe entwickeln: Es ist allerdings in der Klimagerechtigkeitsbewegung und unter ihren Verbündeten umstritten, ob es notwendig ist, wieder alltagsbezogene Projekte in den Städten zu starten und selbst Antworten auf die soziale Frage in der ökologischen Frage zu formulieren bzw. welchen Stellenwert diese Baustelle gegenwärtig hat.

So zeichnete sich in den Gesprächen eine Sichtweise im NGO-Spektrum ab, dass es nicht die vordringliche Aufgabe der Klimabewegung sei, gerechte Alternativen zur Kohle zu entwickeln. Diese Aufgabe könne eher von den Bürgerinitiativen und vor allem den Umweltverbänden übernommen werden, die ihre entsprechenden Konzepte in die politische Diskussion einbringen und das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen, wie ein sozial-verträglicher Umbau der alten Industrien gelingen kann. Aber es sei nicht die eigentliche Rolle der Umweltbewegung, Antworten auf die soziale Frage zu liefern. Vor allem aber könnten die linken Klimagruppen nur in Ansätzen formulieren, wie ein gerechter Wandel aussehen müsste. Auch den etablierten Umweltverbänden werde in der vorherrschenden Politik nicht die Kompetenz zugesprochen, Lösungen für diese Fragen anbieten zu können. Sie würden nicht von den politischen EntscheidungsträgerInnen in die entsprechenden Verhandlungen einbezogen. Die Gewerkschaften hätten zwar in den letzten Jahrzehnten an Schlagkraft verloren, sie seien aber weiterhin dazu in der Lage, einen sozial verträglichen Übergang durchzusetzen, der den Beschäftigten eine sichere Perspektive biete. Die Kampagne «Ende Gelände» solle sich auf ihre Stärke konzentrieren, mit ihren Aktionen die Kohlefrage weiter zuzuspitzen.

Eine andere Perspektive, die in den Interviews deutlich geworden ist, problematisiert diese kampagnenförmige Fixierung auf die Kohle. Sie korreliert mit der in Kapitel 4 illustrierten Position, dass es das wesentliche Ziel von solchen Aktivitäten sein müsste, eine antikapitalistische Bewegung aufzubauen. Nicht nur drohe eine Befriedung und Zerstreuung der Bewegung, wenn der Kohleausstieg mittelfristig erreicht wird, sondern vor allem lasse sich der Kohlestrom relativ einfach durch andere Energiequellen ersetzen, ohne dass dafür die kapitalistische Produktions- und Lebensweise infrage gestellt werden muss. Ferner können die radikalen Klimagruppen mit ihren Anti-Kohle-Kämpfen überhaupt keine Antwort auf die Etablierung eines grünen Kapitalismus geben, der von einigen mächtigen Kapitalfraktionen durchaus vorangetrieben wird. Die Praxis der Bewegung müsse deshalb so ausgerichtet sein, dass sie das vorherrschende Gesellschaftsmodell im Kern angreift. Dafür müssten die aktivistischen Gruppen ihre *system-change*-Position schärfen und ihre eigene gesellschaftliche Utopie ausbuchstabieren, wie ein gesellschaftlicher Transformationsprozess und die angestrebte sozial-ökologische Gesellschaft aussehen könnte. Vor allem müssten sie eine ganzheitliche Klimaperspektive entwickeln, die alle gesellschaftlichen Bereiche einbezieht, die Bedeutung der imperialen Lebensweise in Rechnung stellt und die Rolle des bürgerlichen Staates darin reflektiert. Denn eine reine Fokussierung auf die Kohleindustrie sei auch deshalb verkürzt, weil auch andere gesellschaftliche Sektoren massiv zum Klimawandel beitragen (Heizen/Kühlen, Mobilität/Verkehr, Landwirtschaft/Ernährung etc.).

In einigen Gesprächen wurde allerdings noch eine anders gelagerte Kritik an der gegenwärtigen kampagnenförmigen Engführung auf die Kohlefrage formuliert, die einen wichtigen Punkt trifft. So sei es zwar zweifellos richtig, in der eigenen Praxis immer wieder die antikapitalistische Perspektive stark zu machen. Vor allem müsse es aber darum gehen, parallel zu «Ende Gelände» wieder stärker eine sozial-ökologische Politik aufzubauen, die an den unmittelbaren gesellschaftlichen Verhältnissen und alltäglichen Widersprüchen der Menschen ansetzt. Eine global-ökologische Praxis erfülle die wichtige Funktion, eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen und eine andere Lebensweise einzufordern. Doch sie bleibe auf absehbare Zeit eine Minderheiten- und Nischenposition. Darüber hinaus müssten deshalb sozial-ökologische Ansätze entwickelt werden, die die Menschen mit ihren Wünschen und Befürchtungen mitnehmen, um die notwendige radikale Transformation der Gesellschaft mehrheitsfähig machen zu können. Die weitgehenden Umbrüche, die in jedem Fall in den nächsten Jahrzehnten auf die Gesellschaften zukommen, müssten möglichst demokratisch und gerecht gestaltet werden. Zurzeit gelinge es den Konzernen und ihren Verbündeten, mit der Angst der Armen und der Beschäftigten in den alten Industrien vor den vermeintlichen oder realen Bedrohungen des ökologischen Umbaus Politik zu machen. Das könnten sie vor allem deshalb, weil die ökologischen Kräfte kaum eine politische Antwort auf diese ideologischen Angriffe hätten. Vor diesem Hintergrund sei es ein nicht zu unterschätzendes Problem, dass die linken Klimagerechtigkeitsgruppen die soziale oder Klassenfrage zurzeit weitgehend vernachlässigen:

Dann ist sicher ein zentraler Auseinandersetzungspunkt der nach einem Bezug zu Klassenkämpfen – der Klassenfrage. Und der ist gerade ein bisschen in den Hintergrund getreten, weil es jetzt gerade einen anderen Ansatzpunkt der Verbreiterung gibt, der auch funktioniert, aber langfristig weiterhin [von] dieser Grundlage zehrt, dass es so einen Klassenhass gegen die Energiekonzerne gibt, auf deren Basis man arbeitet; dass aber schon die Gegenseite eigentlich weiter ist und versucht, diesen Klassenhass gegen die Erneuerbaren zu drehen – mit einer gewissen Berechtigung; und es da nach wie vor keinerlei strategische Antwort von ökologischen Bewegungen drauf gibt, was man auch direkt im Kohlefeld sieht am [Erstarken] des Widerstandes von Gewerkschaften. (I 2)

Ein anderer Gesprächspartner hat die gegenwärtigen Versäumnisse und Herausforderungen treffend formuliert, weshalb er an dieser Stelle ausführlich zu Wort kommen soll. So problematisiert er, dass die linken Klimagruppen sich zu stark auf das antikapitalistische *movement building* konzentrierten und ihre Politik nicht bewusst-strategisch in einem breiteren Feld zivilgesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen verorteten:

Die Klimabewegung hat sich ein bisschen intellektuell eingeeigelt [...]. [Das] läuft in Deutschland gar nicht so richtig, dass so ein Wissen um Diskussionen in anderen Bereichen [besteht] oder ein Austausch damit passiert – und auch ein Austausch mit Leuten, die näher am normalen politisch-parlamentarischen Prozess dran sind oder näher an den etablierten Medien. [In der radikalen Klimabewegung dominieren] im Moment ein bisschen zu stark dieses *movement building* und die weitgehenden Perspektiven, wo man sagt: «[Der] Kohleausstieg ist zwar gut, aber eigentlich geht es uns um etwas ganz Anderes.» Das finde ich auch total richtig und das sollte man in der Bewegung entwickeln und die bewegungsinternen Diskussionen auch so lassen. Aber gleichzeitig muss man auch eine realistische Diskussion darüber führen, wo wir gerade stehen, was die Kräfteverhältnisse sind und welche Möglichkeiten wir uns vielleicht verbauen dadurch, dass wir die Fragen so bearbeiten, wie wir es tun, und nicht ein bisschen breiter. (I 10)

Die Klimagruppen müssten ihre Strategien auf andere Akteure ausdehnen und zugleich Positionen von ihnen aufnehmen, um tatsächlich ein hegemoniefähiges Transformationsprojekt formieren zu können:

Ich glaube, es wäre total sinnvoll, beispielsweise wenn man wirklich einen Kohleausstieg erkämpfen will innerhalb der nächsten zehn Jahre, dann [...] viel, viel mehr da reinstecken, wie man konkrete Szenarien entwickeln [kann], auf die wir als radikale antikapitalistische Klimabewegung uns einlassen [können], auf die sich andere Leute aber auch einlassen können, die aus ganz anderen Hintergründen kommen – als gemeinsame Plattform. So ähnlich, wie das beim Energietisch ja auch gelaufen ist, dass man versucht hat zu gucken, auf was kann man sich aus verschiedenen Bewegungsspektren einigen, was Elemente von allem Möglichen enthält und wo man nicht komplett hinter allem stehen muss, was da drinsteht. [Man formuliert] eine Plattform beispielsweise [so]: «Wir wollen den Kohleausstieg, genau so soll er laufen, das sind die Mechanismen, mit denen wir das sozial abfedern wollen, und das ist die längerfristige Vision für die Region», um dann damit in die politische Auseinandersetzung zu gehen. Und politische Auseinandersetzung bei so einem Thema heißt auch, dann irgendwann in Talkshows gewinnfähig zu sein. (I 10)

Ein Problem besteht jedoch darin, dass *auf der einen Seite* die sozial-ökologische Frage sowohl für etablierte als auch für radikale Akteure der Umweltbewegung nicht im Vordergrund steht. Sie konzentrieren sich auf die wichtige Aufgabe, den Klimawandel als globale Bedrohung mit sehr konkreten Auswirkungen für die Menschen zu begrenzen. *Auf der anderen Seite* fokussieren die Gewerkschaften auf den ebenfalls zentralen Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen, behandeln ökologische Probleme aber zweitrangig. Eigentlich hätten sie eine wichtige Rolle für gesellschaftsverändernde Prozesse, sind aber tendenziell in ihren Handlungsroutinen und korporatistischen Wettbewerbsbündnissen gefangen. Weder Umweltgruppen noch Gewerkschaften allein können jedoch ein umfassendes Projekt gesellschaftlicher Transformation konstituieren. Ein Versuch, beide Perspektiven zu verschränken, erweist sich als schwierig. Nur wenige Akteure wie Attac, die Naturfreunde, die Interventionistische Linke, die Partei DIE LINKE sowie einzelne Intellektuelle, Gesprächskreise und Thinktanks versuchen, eine integrale sozial-ökologische Politik starkzumachen.

Die Suche nach neuen sozial-ökologischen Ansatzpunkten ist eng mit der Frage einer lokalen Praxis der Klimabewegung verbunden. So betont eine Reihe von GesprächspartnerInnen, dass es durchaus wichtig sei, in der näheren Zukunft wieder verstärkt lokale Klimagruppen aufzubauen, die selbst handlungsfähig sind und eine lokale Klimagerechtigkeitspolitik entwickeln können, die auch Themen jenseits den Kohlekonflikts aufgreift. Eine starke lokal verankerte Basis und überregionale Kristallisationspunkte könnten sich gegenseitig befruchten und wechselseitig verstärken. Das sei auch deshalb wichtig, weil Kampagnen wie «Ende Gelände» dazu tendierten, dass sie von eingespielten Kreisen organisiert werden, denen es aber nicht gelingt, sich tatsächlich zu verbreitern und neue Leute zu empowern. Wie einfach dieser Schritt gelingen kann, darüber bestehen allerdings unterschiedliche Sichtweisen. Einige sind überzeugt, dass die aktiven Klimagerechtigkeitsgruppen sich zunächst darauf konzentrieren sollten, dass «Ende Gelände» in den nächsten Jahren weiter wächst. Auf dieser Grundlage würden sich dann gewissermaßen in einem Trickle-down-Effekt wieder Gruppen finden, die auch lokal neue Themenfelder erschließen können und wollen. Der Umstand, dass in einigen Städten bereits lokale «Ende-Gelände»-Bündnisse gegründet wurden, die auch eigenständige Aktionen vor Ort durchführen, verdeutlicht dieses Phänomen. Andere weisen aber darauf hin, dass es eine sehr voraussetzungsvolle Aufgabe sei, eine effektive lokale Klimapraxis zu entwickeln. Denn eine solche Praxis erfordere eine politisch-strategische Zielstrebigkeit und eine langfristige Ausrichtung, weil sie sehr mühsam und kleinteilig sein könne. Eine Aktivistin verdeutlicht das am Beispiel ihrer Erfahrungen in Leipzig:

Es ist cool, wenn man sagt: «Wir wollen auch eine lokale Praxis haben.» [...] Aber ich hab' immer das Gefühl, man muss das auch realistisch machen. Eine Bürgerinitiative sich raussuchen und sagen: «Wir wollen die unterstützen», [...] da muss man klarhaben, das macht man auch erstmal fünf Jahre [...]. Das ist sehr zäh. Bei Treffen ist es nicht klar, dass das Essen vegan ist – so Basics. Bündnisarbeit mit BIs vor Ort, das ist anstrengend, das ist schwer. [...] Ich frage mich ein bisschen, ob wir das stemmen können als Gruppe [...]. Ich strauchel auch immer wieder darüber und sehe das auch als Mangel an [...] unserer Praxis, dass wir das nicht haben in Leipzig. Und gleichzeitig denke ich: Ja, es ist aber wirklich auch sehr schwer, sowas Lokales, Kontinuierliches auf die Beine zu stellen. (I 7)

Solche und ähnliche Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass zunächst eine kritische Menge an erfahrenen und entschlossenen AktivistInnen nötig ist, um eine Bewegungspraxis vor Ort zu entfalten. Insofern ist eine zentrale, auf ein Ereignis und einen Ort fokussierte Kampagnenpraxis auch Ausdruck einer gewissen Schwäche, nicht über ausreichend Kräfte für vielfältige lokale Praxen zu verfügen. Sie kann aber eine stärkende Funktion haben, indem sie zunächst die vorhandenen Kräfte um ein Projekt bündelt. Wenn die Bewegung stark genug geworden ist, kann sie in die Städte (und Dörfer) zurückkehren und neue Kampffelder erschließen. Dabei müssen die aktiven Klimagruppen aber vom tatsächlichen Stand der Bewegung ausgehen. Das heißt, eine neue Praxis muss sich organisch aus den Erfahrungen von «Ende Gelände» heraus entwickeln und die neu aktiv gewordenen mitnehmen. Dafür ist es zwar nötig, ernsthaft nach politischen Ansatzpunkten zu suchen,

die einen konkreten Bezug zur Kommune haben. Ein neues Projekt lässt sich aber nicht erzwingen. So hat etwa die Energiearmutskampagne von FeS gezeigt, dass es nicht ausreicht, *im Prinzip* lokal zu agieren und an den Alltag von nicht genuin politischen Menschen anschlussfähig zu sein. Faktisch erreicht das lokale «Ende-Gelände»-Bündnis in Berlin viel mehr neue Leute, als es die Arbeit zu Energiearmut jemals getan hat, weil die Anti-Kohle-Kampagne den Beteiligten das Gefühl vermittelt, tatsächlich etwas mit ihrem Handeln erreichen zu können. Damit ein sozial-ökologisches Projekt vor Ort (wie zum Beispiel der Berliner Energietisch) funktionieren kann, braucht es eine bestimmte gesellschaftliche Grundkonstellation und ein politisches Momentum, eine überzeugende Idee und vor allem eine entschlossene Gruppe, die voranschreitet. Ein langjähriger Aktivist der Klimabewegung bringt diese strategische Herausforderung gut auf den Punkt:

Ich glaube, es müsste darum gehen, jetzt zu erreichen, dass sich aus einer Begeisterung für «Ende Gelände» vor Ort – nicht nur in Leipzig und Berlin – lokale Strukturen herausbilden, die tatsächlich auch darauf ausgerichtet sind, dass die Leute nicht nur bundesweite Kampagnenarbeit machen, sondern auch sich lokalen Themen zuwenden – aber nicht [ausschließlich], weil eine Gefahr weiterhin bleibt, wenn man einen zu abrupten Bruch macht. [Es gibt] diese Herausforderung als relativ kleine Gruppe in so einer Stadtrealität, wo noch nicht so klar ist: Findet man Bündnispartner und den Hebel, um irgendwas umzusetzen? Insofern sind lokale Proteste herausfordernder für die Aktivist:innen, die sich daran beteiligen, und leichter demotivierend. [...] Deswegen wäre es, glaube ich, gut, weiterhin bundesweite Kampagnen zu haben, die diese Sammlungs- und Stärkungsfunktion [...] haben, wenn sie nicht nur auf Selbstreproduktion ausgerichtet sind; und auf der anderen Seite mit Leuten eine Debatte zu führen, was es denn bei ihnen vor Ort zu tun gäbe; und einzelne positive Beispiele aufzubauen. (I 2)

Abschließend sollen deshalb einige Ansatzpunkte skizziert werden, wo eine sozial-ökologische Politik in den nächsten Jahren ansetzen könnte, die für die graswurzelorientierten Klimaaktivist:innen umsetzbar ist und eine tatsächliche gesellschaftliche Wirkung entfalten kann. Einige wurden in den Interviews angesprochen, andere sollen ergänzend genannt werden.

Just Transition und die Gewerkschaftsfrage: Die meisten Gesprächspartner:innen erkannten die Zukunft der Arbeiter:innen in den schmutzigen Industrien als eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Es ist ein großes Problem, dass die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften gegenwärtig eher als Gegner:innen der Umweltbewegung in Erscheinung treten, zumal sie in den traditionellen Kohle- und Industrieregionen auch eine starke Verankerung in der lokalen Bevölkerung haben. *Zum einen* liegt die Gefahr darin, dass soziale und ökologische Ziele gegeneinander diskutiert werden, obwohl sie eigentlich in einer gerechten Transformation miteinander vereint werden müssten. Weder darf die Umweltbewegung den klassischen Kampf der Arbeiterbewegung um gute Arbeitsbedingungen und Befreiung von der Lohnarbeit aufgeben, noch kann dieser Kampf auf Kosten einer zerstörten Umwelt gewonnen werden. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass es in der Kohlefrage einen materiellen Widerspruch gibt, der sich nicht ohne Weiteres auflösen lässt. *Zum anderen* droht die Anti-Kohle-Bewegung im Ringen um die gesellschaftliche Hegemonie ins Hintertreffen zu geraten, wenn die Gewerkschaften ihr entgegenstehen. Deshalb müssten die Akteure der Klimagerechtigkeitsbewegung sich zunächst intern viel stärker mit diesem Thema beschäftigen und dann in verschiedenen Formen das Gespräch mit den Beschäftigten und Gewerkschafter:innen suchen, um diese Spaltung zu überwinden:

Ich finde das ein Riesenproblem, dass es in Deutschland – gerade auch für die Frage, wie lange das mit dem Kohleausstieg noch dauert – so eine krasse konfrontative Linie zwischen den Gewerkschaften und der Klimabewegung gibt. Ich glaube, den Kohleausstieg gegen die Gewerkschaften durchzudrücken, [wäre] fatal. Wahrscheinlich wäre es extrem lohnenswert, wenn viel mehr Energie aus Klimabewegungskontexten darein gesteckt würde, mit Gewerkschaften zusammen zu überlegen – oder zumindest mit Teilen von Gewerkschaften – was Konzepte sein könnten für einen Kohleausstieg, der von den arbeitenden Leuten vor Ort angenommen werden kann. (I 10)

Dafür kann an das Konzept einer Just Transition bzw. der gerechten Übergänge angeknüpft werden (Candeias 2011). In einem ganzheitlichen Umbauprogramm müssten neue Jobs mit guten Arbeitsbedingungen bei den erneuerbaren Energien und im Care-Bereich geschaffen werden. Dieses Programm müsste eine Aufwertung des öffentlichen Sektors, eine massive Umverteilung von oben nach unten, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen einschließen. Im Fall der Kohlereviere würde es darum gehen, zusammen mit aufgeschlossenen Kräften aus den Gewerkschaften konkret auszubuchstabieren, wie ein solcher gerechter Umbau aussehen müsste. Er müsste vor allem einschließen, dass die jetzigen Kohlearbeiter:innen eine Beschäftigungsgarantie in der Renaturierung der alten Tagebaue erhalten.

Wie kann dieser politische Diskussionsprozess aber konkret angegangen werden? Dafür kann an eine Untersuchung von George Marshall angeknüpft werden, der sich mit der Frage auseinandersetzt, warum so wenig gegen den Klimawandel unternommen wird, obwohl er ein so drängendes Problem ist (Marshall 2014). Er entwickelt die These, dass die Menschen nicht durch Berichte über wissenschaftliche Fakten bewegt werden,

sondern durch die Face-to-Face-Beziehungen in ihrem sozialen Umfeld. Diese Perspektive greift ein Aktivist für die Kohlefrage auf:

Wir müssen eigentlich gucken, wer über Klimawandel kommuniziert und wie wir über Klimawandel kommunizieren, damit es da eine Veränderung gibt. Und das heißt zum Beispiel, dass ich [...] wahrscheinlich der Falsche [bin], um [Leuten von RWE] Strategien [vorschlagen], mit Kohle und Klimawandel umzugehen, sondern es bräuchte eigentlich Leute, die zumindest in der Gewerkschaft sind und am besten bei RWE angestellt sind, die anfangen, auszubrechen aus dem gewohnten Geschichtenerzählen und den gewohnten Denkmustern, und aus deren Perspektive sagen: «Wir haben lange gut verdient in der Kohleindustrie, sind vielleicht krank geworden dadurch, aber das ist unsere Tradition gewesen. Aber diese Zeit ist jetzt vorbei und wir müssen jetzt über andere Perspektiven nachdenken. Und wichtig ist, dass wir, um andere Perspektiven aufzubauen, noch gut bezahlt werden für die Renaturierung.» (I 13)

Die KlimaaktivistInnen müssten verbündete Personen in den Gewerkschaften – und am besten in den Industrien selbst – finden, die solche alternativen Narrative in ihren Peergroups verbreiten. Ein derartiges Projekt ist ohne Frage ein großes Unterfangen, für das aktivistische Klimagruppen Kooperationen mit Stiftungen, WissenschaftlerInnen und fortschrittlichen GewerkschafterInnen eingehen müssten.

Recht auf eine sozial-ökologische Stadt: Ob ein ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter Umbau der Gesellschaft gelingen kann, entscheidet sich nicht nur in den Kohlerevieren, sondern nicht zuletzt auch in der zukünftigen Gestaltung der städtischen Gesellschaften:

Wenn die Klimakämpfe sich so lokalisieren, dass sie vor allem im Rheinland und in der Lausitz stattfinden, dann haben sie auch gleichzeitig wenig zu tun mit der Art und Weise, wie Leute [leben], die nicht in der Kohleindustrie arbeiten. [Die Klimafrage] hat aber de facto total stark [...] mit der Autoindustrie zu tun oder mit der Flugindustrie, mit der Art und Weise, wie wir uns ernähren, fortbewegen. Diese ganzen Fragen geraten dann total aus dem Blick. Deswegen vermute ich, dass es total gut wäre, längerfristig sehr, sehr stark auch städtische Formen zu finden. (I 10)

Es gibt nicht den einen Ansatzpunkt, der sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, und alle Kommunen weisen unterschiedliche Bedingungen auf. Doch es lässt sich eine Reihe von Feldern identifizieren, in denen es sich lohnen würde, sozial-ökologische Praxen auszuprobieren. Die Erfahrung zeigt, dass die Klimagerechtigkeitsgruppen dann erfolgreich sein können, wenn sie ein Thema ansprechen, das die Menschen unmittelbar im Alltag berührt, und eine Kampagne entwickeln, die viele Leute mitnimmt. Sie müssen breite Bündnisse bilden, öffentlichkeitswirksame Ausdrucksformen finden und ihre Politik so ausrichten, dass sie auch zu spürbaren Erfolgen führen kann. Bürger- oder Volksbegehren können in diesem Sinne ein starkes Instrument sein. Die Initiativen in Hamburg und Berlin haben wichtige Erfahrungen damit gesammelt, an die anzuknüpfen wäre (FeIS Klima-AG 2015). Folgende Angriffspunkte könnten lohnenswert sein:

- *Energiedemokratie und sozial-ökologische Stadtwerke:* Die kommunalen Energieversorger sind ein wichtiger und an Bedeutung gewinnender Akteur für die städtische Energiepolitik. Sie sind aber kaum demokratisch organisiert, (als Grundversorger) für viele Abklemmungen verantwortlich und haben nicht selten Anteile an Kohlekraftwerken. Trotz der relativen Erfolge der oben genannten Volksbegehren ist bisher eine Demokratisierung der Stadtwerke nicht gelungen. An dieser Stelle könnte eine neue Kampagne ansetzen. Außerdem wird die dezentrale Energiewende gerade von der Bundesregierung demontiert. Als Gegenstrategie müssten die städtischen Versorger dazu gebracht werden, massiv in Solaranlagen und Windräder im Stadtgebiet zu investieren bzw. Genossenschaften dabei zu unterstützen. Nicht zuletzt wäre Druck zu machen, dass sie Sozialtarife für sozial schwache Haushalte anbieten und ein Abklemmungsmoratorium aussprechen. Solche Bemühungen ließen sich auch mit den Divestment-Initiativen²⁷ verbinden, die es inzwischen in vielen Städten gibt und die bereits einige Erfolge erzielt haben. Auch wenn deren Zugang etwas anders ist, könnten sich gut Synergieeffekte finden lassen.
- *Kostenfreier ÖPNV und linke Verkehrspolitik:* Auch wenn sich gezeigt hat, dass die Kampagnen für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr alle ähnliche Schwierigkeiten hatten, bleibt das ein Ansatz, der weiterhin vielversprechend ist. Es könnte lohnenswert sein, dafür eine bundesweite Dachkampagne zu entwickeln, die den lokalen Initiativen eine größere Sichtbarkeit und Kontinuität gibt. Notwendig wären Kampagnen mit einem mittelfristigen Spannungsbogen, die früh auf attraktive und einfach nachzunehmende Aktionen setzen und zugleich eine konkrete Durchsetzungsperspektive entwickeln. Auch Projekte, die sich für eine Verkehrspolitik einsetzen, die FahrradfahrerInnen Vorfahrt gewährt, bergen interessante Möglichkeiten, wie das aktuelle Fahrrad-Volksbegehren in Berlin zeigt.²⁸ Kaum sinnvoll ist es dagegen, die individuellen AutofahrerInnen und Flugzeugpassagiere direkt anzugreifen – etwa mit den bei einigen Ökogruppen beliebten Kreu-

27 Divestment-Gruppen und -Kampagnen zielen darauf, öffentlichen Druck auf staatliche und private Unternehmen auszuüben, um sie zu bewegen, ihre Investitionen aus klimaschädlichen und fossilen Industrien abzuziehen.

28 Vgl. die Webseite des Trägervereins Netzwerk lebenswerte Stadt e. V. unter: <https://volksentscheid-fahrrad.de>.

- zungsblockaden. Vielversprechender sind Proteste gegen Neubauprojekte von Straßen und Flughafen-Landebahnen, die in den letzten Jahren immer wieder zu Kristallisationspunkten von Widerstand geworden sind.
- *Lokaler Kohleausstieg*: In oder im Umland von vielen Städten sind Kohlekraftwerke in Betrieb, die die Atemluft und das Trinkwasser belasten, die zugleich von der lokalen Politik protegirt werden und ständig mit frischem Brennstoff versorgt werden müssen. Der langjährige Kampf gegen das Kraftwerk Hamburg-Moorburg bzw. das Bündnis Kohleausstieg Berlin zeigen, dass es sich lohnen kann, den Kampf gegen die Kohle auf einzelne Kraftwerke vor Ort zu fokussieren. Wie in der Anti-Atom-Bewegung müssten die lokalen Standortinitiativen das Rückgrat einer langfristig angelegten Bewegung für einen zügigen Kohleausstieg sein, auch wenn dieser letztlich bundesweit vollzogen werden muss. Mit einer Vielfalt von Taktiken muss den Betreibern das Leben schwer gemacht werden: Blockaden, öffentliche Schmutzkampagnen, Gerichtsprozesse und Volksbegehren.
 - *Solidarische Ökonomie*: Die Kämpfe um die städtische Klima- und Energiepolitik könnten mit Ansätzen solidarischer Ökonomie flankiert werden. So existiert eine überschaubare aber wachsende Bewegung, die solidarische Erneuerbare-Energien-Anlagen im Kleinmaßstab entwickelt und verbreitet. Initiativen für Ernährungssouveränität starten gemeinschaftliche Stadtgärten und Projekte der *Community Supported Agriculture (CSA)*. Auch die Degrowth- und Transition-Town-Bewegung arbeiten an Inselprojekten für eine alternative gesellschaftliche Infrastruktur. Diese emanzipatorischen Alltagspraktiken und die solidarische Organisation des Lebens können eine wichtige Basis einer (städtischen) Klimagerechtigkeitsbewegung sein. Entscheidend ist allerdings, dass diese Ansätze aus ihrer Nischenposition herauskommen und mit einer explizit politischen Praxis popularisiert und verallgemeinert werden.
 - *Recht auf Stadt*: Gegenwärtig gibt es vielfältige Initiativen und Kampagnen, die sich gegen steigende Mieten und Gentrifizierung engagieren. Sie streiten für soziale Infrastrukturen (Wohnraum, Gesundheit, Mobilität etc.) und für eine *Stadt für alle* – unabhängig von Pass und Einkommen. Kämpfe für lokale Klimagerechtigkeit könnten davon profitieren, wenn sie sich inhaltlich und praktisch-politisch stärker darin verorteten. Die oben genannten Ansätze ließen sich darin integrieren oder es wären neue Kämpfe in diesem Rahmen anzuzetteln, die eine Brücke zwischen sozialen und ökologischen Fragen schlagen.

6 LITERATUR

Agora Energiewende (2016): Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens: Konzept zur schrittweisen Dekarbonisierung des deutschen Stromsektors (Langfassung), Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Kohlekonsens_LF_WEB.pdf.

Angel, James (2015): Towards an Energy Politics In, Against and Beyond the State. Reflections on Berlin's Struggle for Energy Democracy, London.

Antirassismusbüro Bremen (2007): Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ... Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven, in: BUKO – Bundeskoordination Internationalismus: Wie grün sollen Linke sein? Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen, S. 98–106, unter: www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_naturverhaeltnis.pdf.

AusgeCO₂hlt (2013): David gegen Goliath. Selbstermächtigung durch Widerstand gegen den Klimakiller Braunkohle, in: Analyse & Kritik 579.

Avanti – Projekt undogmatische Linke (2009): Öko-Kommunismus sha-la-la-la-la, in: Avanti – Projekt undogmatische Linke/Linksjugend Solid (Hrsg.): Klimacasino schließen! Materialien für eine Klimabewegung von unten – Gegen Emissionshandel und andere Katastrophen, S. 20–22.

Avanti – Projekt undogmatische Linke (2010): Der Gipfel des Scheiterns. Zaghafte Schritte einer dringend notwendigen Klimabewegung, in: Analyse & Kritik 546.

Avanti – Projekt undogmatische Linke/Klima AG (2009a): Nicht nur Kopenhagen. Die Klimabewegung muss radikal und lokal sein, in: Die Linke und die sozial-ökologische Frage: Klima, Kämpfe, Krise, Sonderbeilage Analyse & Kritik.

Avanti – Projekt undogmatische Linke/Klima AG (2009b): Die Energiefrage stellen! Klima- und Anti-Atom-Bewegung müssen an einem Strang ziehen, in: Analyse & Kritik 544.

Baliani, Jonas (2015): Jubel in der Grube. Ende Gelände war ein wichtiger Etappensieg für die Klimabewegung, in: Analyse & Kritik 608.

Barth, Thomas (2014): Politik mit der Umwelt: Zur politischen Soziologie der Luftreinhaltung in Deutschland, Münster.

Becker, Sören/Beveridge, Ross/Naumann, Matthias (2015): Remunicipalization in German cities: contesting neo-liberalism and reimagining urban governance?, in: Space and Polity, Special Issue: In, Against, Beyond Neoliberalism: the «Crisis» and Alternative Political Futures 1/2015, S. 76–90.

Bedall, Philip (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie, Bielefeld.

Bernau, Olaf (2008): In der Diskursfalle. Linke Klimapolitik muss praktischer, vielfältiger und konfrontativer werden, in: Analyse & Kritik 532.

Blanchet, Thomas (2015): Struggle over energy transition in Berlin: How do grassroots initiatives affect local energy policy-making?, in: Energy Policy C/2015, S. 246–254.

Brand, Karl-Werner (2008): Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch, Frankfurt a. M./New York, S. 219–244.

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegen-hegemoniale Strategien, Hamburg.

Brand, Ulrich/Bullard, Nicola/Lander, Edgardo/Müller, Tazio (Hrsg.) (2009): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics, Uppsala.

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2002): «Nachhaltige Globalisierung»? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens, in: dies. (Hrsg.): Mythen globalen Umweltmanagements. «Rio +10» und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, Münster, S. 12–47.

Brand, Ulrich/Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2008): Sozial-ökologische Konflikte. Emanzipatorische Umweltpolitik ist radikal-demokratische Gesellschaftspolitik, in: *Analyse & Kritik* 529.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg, S. 79–94.

Brunnengräber, Achim (2012): Ein neuer Bewegungszyklus. Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 1/2012, S. 42–50.

Brunnengräber, Achim (2013): Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung. NGOs und soziale Bewegungen in der internationalen Klimapolitik, in: Garrelts, Heiko/Dietz, Matthias (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden, S. 357–72.

BUKO – Bundeskoordination Internationalismus, Arbeitsgruppe Soziale Ökologie (2008): Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist schon da, in: *Widerspruch* 54/2008, S. 149–159.

BUKO AS GesNat – Bundeskoordination Internationalismus Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (2015): Still not loving COPs, unter: www.anti-atom-aktuell.de/archiv200/254/254stillnotloving.html.

Candeias, Mario (2011): Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1/2011, S. 90–97.

Corbach, Matthias (2006): Eine Wirkungsanalyse der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, in: Reiche, Danyel T./Bechberger, Mischa (Hrsg.): *Ökologische Transformation der Energiewirtschaft. Erfolgsbedingungen und Restriktionen*, Berlin, S. 81–100.

Dietz, Matthias (2013): Debatten und Konflikte in der Klimabewegung, in: Garrelts, Heiko/Dietz, Matthias (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden, S. 391–412.

FeIS – Für eine linke Strömung (Hrsg.) (2011): «Heinz Schenk Debatte». Texte zur Kritik der Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe «Für eine linke Strömung», Neuauflage, Berlin.

FeIS – Für eine linke Strömung, Klima-AG (2015): Power to the people. Was hat der Berliner Energie-Volksentscheid aus linker Perspektive gebracht?, in: *Analyse & Kritik* 601.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (2015): Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr: Eine Offensive für sozialökologische Mobilität und Lebensqualität (Plan B konkret), unter: www.nachhaltig-links.de/images/DateienJ2/1_Mobilitaet/2_PDF/2015/15-04-14%20Plan%20B%20A5%20mobil%20web%20FINAL.pdf.

Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*, Wiesbaden, S. 163–86.

Frey, Florian/Sander, Hendrik (2013): Raus aus der Defensive. Berliner Energietisch kämpft für Demokratisierung der städtischen Stromversorgung, in: *Analyse & Kritik* 579.

Garrelts, Heiko/Dietz, Matthias (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung – Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs, in: Dies. (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden, S. 15–35.

- Gegenstrom Berlin (2011):** Gegen den fossil-nuklearen Wahn: Energiedemokratie jetzt! Energiepolitische Thesen von Gegenstrom Berlin, in: Analyse & Kritik 561.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013):** «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/IH_Studien_Gruene_Basis.pdf.
- Häußermann, Dorothee (2013):** Für eine wahre Energiewende: Die Fahrradtour »Reclaim Power« fährt im Sommer quer durch Deutschland, in: Analyse & Kritik 584.
- Hut, Benjamin (2015):** Viel mehr als eine symbolische Aktion: Die dänische Aktivistin Tannie über ihre Einschätzungen zu Ende Gelände, in: Analyse & Kritik 608.
- Initiative K (2008):** Die Eigentumsfrage. Wege zum Klimakommunismus, in: *arranca/sul serio* 38/14 (gemeinsame Ausgabe).
- Interventionistische Linke (Hrsg.) (o. J.):** Vergesellschaftung. Eine Broschüre der Interventionistischen Linken, Lübeck.
- Interventionistische Linke (2015a):** Wer anderen eine Grube ... Für August plant ein breites Bündnis eine Kohleblockade im Rheinland, in: Analyse & Kritik 605.
- Interventionistische Linke (2015b):** Auf geht's! Weiter geht's! Ende Gelände! Eine vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken nach Ende Gelände, unter: www.interventionistische-linke.org/beitrag/auf-gehts-weiter-gehts-ende-gelaende.
- Jänicke, Martin (2008):** Megatrend Umweltinnovation: Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat, München.
- Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio (2009):** Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe «einundzwanzig», Bd. 2, Berlin.
- Klas, Gerhard (2015):** Wie wird er ausgehen, der Kampf Kapitalismus vs. Klima? Vom 10. bis 12. April findet in Köln eine Klimaaktionskonferenz statt, in: Analyse & Kritik 603.
- Klein, Naomi (2015) Die Entscheidung:** Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a. M.
- Klima AG von Prisma (IL Leipzig) (2015):** Gegen den fossilen Kapitalismus. Im Mai 2016 geht Ende Gelände in die nächste Runde, in: Analyse & Kritik 611.
- Klima!Bewegungsnetzwerk (2010):** Das Scheitern als Chance begreifen: Wie weiter nach Jøkenhagen?, unter: <http://klima.blogspot.de/aktuelles/das-scheitern-als-chance-begreifen-wie-weiter-nach-jokenhagen>.
- Koburger, Ines/Doria, Andrea (2008):** Für produktive Unruhe sorgen: Interview mit zwei InitiatorInnen des Klima-/Antiracamps in Hamburg, in: Analyse & Kritik 531.
- Kössler, Georg (2013):** Die Klimabewegung in Deutschland, in: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hrsg.): Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch, Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden, S. 185–204.
- Kraus, Jürgen (2010):** Von Kopenhagen zur Vernetzung für Klimagerechtigkeit. Perspektiven in einer Post-COP15-Welt, in: Analyse & Kritik 547.
- Laumanns, Christopher (2015):** Antikapitalistische Mittelstandskinder: Ende Gelände hat gezeigt: Der Widerstand gegen Kohle und Klimawandel lässt sich mit Wachstumskritik verbinden, in: Analyse & Kritik 608.

Loske, Reinhard/Bleischwitz, Raimund (1998): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, 5. Aufl., hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Misereor, Basel.

Marshall, George (2014): Don't even think about it. Why our brains are wired to ignore climate change, New York.

Mautz, Rüdiger/Byzio, Andreas/Rosenbaum, Wolf (2008): Auf dem Weg zur Energiewende: Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland, Göttingen.

Methmann, Chris (2008): Die Axt am Pfeiler des Kapitalismus, in: *arranca/sul serio* 38/14 (gemeinsame Ausgabe).

Methmann, Chris/Sander, Hendrik/Sundermann, Jutta (2008): Power to the People! Den Stromkonzernen den Stecker ziehen, *AttacBasisTexte* 31, Hamburg.

Müller, Tazio (2008): Schafft zwei, drei, viele Klimacamps! Die Linke braucht eine eigenständige Klimapolitik, in: *Analyse & Kritik* 531.

Müller, Tazio (2009): Countdown to Copenhagen – wird der Klimagipfel zu einem Seattle 2.0? Und: Wo bist du im Dezember?, in: *Analyse & Kritik* 541.

Müller, Tazio (2010): Das war der Gipfel: Interview mit Tazio Müller zu Repression und Strategien nach Kopenhagen, in: *Analyse & Kritik* 546.

Müller, Tazio/Passadakis, Alexis (2008): Die letzte Schlacht gewinnen wir? Das Klima, die Zeit und die radikale Linke, in: *arranca/sul serio* 38/14 (gemeinsame Ausgabe).

Passadakis, Alexis (2007): Nach der klimapolitischen Leerstelle beim G8-Gipfel. Zeit für eine neue linke Ökologie?, in: *Analyse & Kritik* 520.

Passadakis, Alexis/Baliani, Jonas (2008): Für ein ganz anderes Klima! Im Sommer in Hamburg: Klimacamp08, in: *Analyse & Kritik* 528.

Passadakis, Alexis/Müller, Tazio (2007): Krise im Treibhaus. Die Klimafrage und die Transformation des Kapitalismus in: *Analyse & Kritik* 523.

Passadakis, Alexis/Müller, Tazio (2009): Gipfelstürmen im Treibhaus? Strategien um den UN-Klimagipfel in Kopenhagen, in: *Die Linke und die sozial-ökologische Frage: Klima, Kämpfe, Krise, Sonderbeilage* *Analyse & Kritik*.

Passadakis, Alexis/Müller, Tazio (2010): Die Saat für eine Klimagerechtigkeitsbewegung. Über unerfüllte Erwartungen, neue Hoffnungen und die Frage nach Erfolgen, in: *Analyse & Kritik* 546.

della Porta, Donatella/Parks, Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung. Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit, in: Garrelts, Heiko/Dietz, Matthias (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Wiesbaden, S. 39–56.

Radkau, Joachim/Hahn, Lothar (2013): Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München.

Rest, Jonas (2011): Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung. Die Krise der Klimapolitik und die neue Dynamik im Feld der NGOs und sozialen Bewegungen, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*, Wiesbaden, S. 85–106.

Roose, Jochen (2010): Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung, in: Feindt, Peter H./Saretzki, Thomas (Hrsg.): *Umwelt- und Technikkonflikte*, Wiesbaden, S. 79–103.

- Sander, Hendrik (2008):** Einen Unterschied machen. Herausforderungen für klimapolitische Interventionen von links, in: *Analyse & Kritik* 533.
- Sander, Hendrik (2010):** Reclaim Your Public Transport: Linke Kampagnen für einen sozial-ökologischen öffentlichen Nahverkehr, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Standpunkte* 30/2010: S. 4–6.
- Sander, Hendrik (2015):** Die offene Flanke der Umweltbewegung, in: *Klimaretter.info*, 15.2.2015, unter: www.klimaretter.info/protest/hintergrund/18192-die-offene-flanke-der-umweltbewegung.
- Sander, Hendrik (2016):** Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima, Berlin.
- Sander, Hendrik/Powalla, Oliver (2016):** Debatte Energiewende: Kein Erfolg ohne Mehrheit, in: *die tageszeitung*, 11.2.2016.
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis (2011):** Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, *AttacBasisTexte* 36, Hamburg.
- Schuster, Hannah/Tzschiesche, Selana/Wenderlich, Michelle (2012):** Vergesellschaftung von Energie: Revolutionäre Realpolitik in der Vielfachkrise, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1/2012, S. 66–69.
- Siegler, Gilbert (2013):** Volksentscheid erfolgreich – kein Profit mit Energie: Hamburg hat es vorgemacht, jetzt muss Berlin es gleichtun, in: *Analyse & Kritik* 587.
- Silva, Emlyn (2015):** Picknick auf dem Riesenbagger. Im rheinischen Hambacher Forst protestieren Aktivist_innen gegen Braunkohleabbau, in: *Analyse & Kritik* 608.
- Spehr, Christoph (1996):** Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien.
- Stay, Jochen (2009):** Ja klar, machen wir! Der Anti-Atom-Aktivist Jochen Stay antwortet Avanti, in: *Analyse & Kritik* 544.
- Stötzel, Patrick (2012):** Von der Streuobstwiese ins Herz der fossilen Bestie. Kampagne AusgeCO2hlt fokussiert Energiekämpfe, in: *Analyse & Kritik* 568.
- Stützle, Ingo (2013):** Knapp daneben ist auch vorbei. Für einen Erfolg des Berliner Volksentscheids fehlten 20.000 Stimmen, in: *Analyse & Kritik* 588.
- Unmüßig, Barbara (2011):** NGOs in der Klimakrise: Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*, Wiesbaden, S. 45–58.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000):** Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster.
- Weis, Laura/Becker, Sören/Naumann, Matthias (2015):** Energiedemokratie. Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung, hrsg. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_01-15_Energiedemokratie.pdf.
- ZAK Tübingen (2010):** TüBus umsonst – Für ein Grundrecht auf Mobilität, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3/2010.